einzelverkaufspreis: 1.50 dm incl. 6% mwst

# Informations-Dienst

## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 215 4. FEBRUAR 78 D 1870 CX

Redaktionsschluß: Donnerstag 16.00 Uhr








**frankfurter informationsdienst e.V.**
**hamburger allee 45**
**6000 frankfurt 90**
**tel. 0611/70 43 52**

**postadresse:**
**postfach 90 03 43**
**6000 frankfurt 90**

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

**druck: druckladen**
**hamburger allee 45**
**6000 frankfurt 90**
**tel. 0611/705772**

**bilderdienst im id**
**postfach 90 03 43**
**6000 frankfurt 90**

*abonnement gegen vorauskasse von 1.50 mark je heft. mindestbetrag 18 mark für 12 hefte (vierteljährlich) auf postscheckkonto 52 52 28 - 602 postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60). bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlängerung", „adresswechsel", außerdem die genaue adresse; noch besser: die abonummer*

## NEUES VOM/IM BILDERDIENST

Liebe ID-Leser

Wie ihr aus den letzten ID's entnehmen konntet, versuchen wir verstärkt Bilder zu den Artikeln abzudrucken. Sei es im Text, sei es im Mittelteil. Hoffentlich motiviert euch das, verstärkt Bilder zu schicken.
Zu den Bildern, die wir veröffentlichen, gibt es immer noch eine ganze Reihe, die keinen Platz im ID finden. Diese kann man auch wie bisher zu den üblichen Versandbedingungen bestellen. So sind in der letzten Zeit folgende Bildserien eingegangen:

BEREICH SOZIALARBEIT / STADTTEILARBEIT
Siedlung Frankfurter Berg, Vorstadt-Ghetto, Bilder von einer Aktion alternativer Grundsteinlegung zu einem geforderten Jugendhaus.

WISCHINGEN
Bilder von der Zerstörung des Freizeitzentrums Wischingen

TUNIX
Bilder vom Tunix-Leben, Demonstration, Arbeitskreisen etc.

ARBEIT UND LEBEN
Bilder von einem Gespräch mit Hasan Törgyen, der seit 18 Monaten, seit dem Streik bei Eles/Strumpffabrik Taunusstein, wegen versuchten Totschlags an einem Streikbrecher, hinter Gittern sitzt. Sowie Bilder von Wohngebäuden der ausländischen Arbeitnehmer, Streikbrecher, Streiklokal.

## US-SOLDATEN GEGEN NEUTRONEN-BOMBE

HEIDELBERG
2. Februar

Unter den in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Soldaten hat sich seit Monaten zum ersten Mal wieder eine unabhängige Anti-Armee-Bewegung gebildet. Soldaten haben begonnen, eine Petition gegen die Neutronenbombe – gerichtet an den amerikanischen Kongreß – zur Unterschriftensammlung zirkulieren zu lassen. Bis jetzt haben über 100 Soldaten aus 14 Einheiten im süddeutschen Raum unterschrieben. Ihr Wortlaut in einer Übersetzung:

*„Wir, die amerikanischen Soldaten und Zivilangestellten der Armee, die in der Bundesrepublik stationiert sind, sind gegen die Einführung der Neutronenbombe. Eine Waffe, die Menschen tötet, aber Besitz schont, ist vielleicht gut für die Besitzenden, nicht aber für die, die nur ihr eigenes Leben zu verlieren haben. Wir sind gegen eine Waffe, die den Krieg wahrscheinlicher macht."*

In der Mannheimer Colman-Kaserne sind etwa 60 Unterschriften von Unbekannten aus den Spinden der Soldaten geklaut worden, die unterschrieben haben, wobei die Spinde aufgebrochen wurden. Dies, nachdem sich die Soldaten geweigert hatten, die Unterschriften rauszugeben. Verantwortlich für Aktion ist der Unteroffizier Buzzel. Zwei Soldaten sollen jetzt wegen der Unterschriftensammlung aus der Armee entlassen werden – ehrenhaft immerhin. Die Armee allerdings behauptet, wegen Drogen (würde jeder GI wegen Drogen entlassen, dann wäre die US-Army in Deutschland nur noch ein paar hundert Mann stark).



## TAGUNG ZUM THEMA FAMILIENFÜRSORGE

FRANKFURT
31. Januar

Das "Arbeitsfeld Sozialarbeit" im Sozialistischen Büro beabsichtigt eine Tagung zum Thema "Familienfürsorge" zu organisieren. Die Tagung soll vom 3.-5. März 1978 in Frankfurt durchgeführt werden.

**Sozialistisches Büro, Info Sozialarbeit, Postfach 591, 605 Offenbach, Tel. 0611/59 49 15**

## LIP – SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG

DARMSTADT,
10. Februar 78

Am Freitag, den 10.2.78 um 19 Uhr 30 veranstaltet die Freitagsgruppe (Freiheitliche Sozialisten) und die IG Druck und Papier im Saal der Gaststätte "Zur Kanne", Kopernikusplatz eine Informations- und Solidaritätsveranstaltung zu Lip.

Aus Besancon kommt eine Delegation von Lip, um über den aktuellen Stand (dem neuen Projekt, der Kooperative Lip) zu berichten. Weiterhin werden wir einen Film über den Kampf der Lip-Arbeiter um Erhaltung der Arbeitsplätze und der Arbeiterselbstbestimmung zeigen.
Mit Gewerkschaftern werden wir über Möglichkeiten der Arbeiterselbstbestimmung hier in der BRD diskutieren, denn wir wollen mit dieser Veranstaltung nicht nur über Lip informieren, sondern wir finden, daß Lip uns allen ein Beispiel geben kann.

*Kontaktadresse: Manfred Hoyer, Kittlerstr. 45, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/75255*

## INFO – ALTERNATIV

WIEN,
1. Februar 78

Nach langen Geburtswehen konnten wir unser Informationszentrum eröffnen.
Neben der notwendigen Informationstätigkeit im kommunalen Bereich werden wir versuchen, nach dem Muster des deutschen ID, in Österreich einen Pool für unterdrückte Nachrichten im Dienste der alternativen Bewegung aufzubauen. Zu diesem Zweck wollen wir den Kontakt zu den anderen, bereits bestehenden internationalen alternativen Informationszentren, herstellen und mit Ihnen zusammenarbeiten.
Dazu ist es in erster Linie notwendig, daß jeder, die für die Gegenöffentlichkeit wesentlichen Informationen an uns weiterleitet. Diese Nachrichten werden wir sammeln und in unserer 14-tägig erscheinenden Zeitschrift " A–PRES's Informationsdienst für Österreich" veröffentlichen. Die nächste Auflage unserer Zeitschrift erscheint am Montag, den 13.2.1978, Redaktionsschluß ist Freitag, den 10.2.78. Natürlich geben wir diese Nachrichten auch auf Anfrage weiter.
Da das Info an ein Vereinslokal angeschlossen ist, ersuchen wir, sich bei telefonischen Anfragen an folgende Leute zu wenden: Doris, Gitti, Herby, Hubert, Janos, Johannes, Jörg, Peter, Susi.

**Unsere Adresse: INFO-ALTERNATIV, 1020 Wien, Rotensterngasse 26**
**Tel.: 0222 24 02 05.**
**Telefonisch erreichbar sind wir von 0 - 24 Uhr.**
**Öffnungszeiten des INFO: werktags von 10 - 18 Uhr.**




*DAS FERTIGPRODUKT-PODIUM ©, Marke „Tageszeitung", vom ID-Bilderdienst in Tunix abgelichtet, ein Stein des Anstosses: auf den ersten Blick scheint zwar die Befestigung der Personen am Podium gelungen, aber in welch verheerendem Zustand befinden sich die Frisuren!*

*Nach der ersten öffentlichen Vorstellung von Arbeitsergebnissen aus der bisherigen Diskussion um das Projekt Tageszeitung meinten ernstzunehmende Kritiker, es sei der Eindruck hinterblieben, ein Dutzend Personen um das Podium samt ihren Hintermännern hätten die Tageszeitung abgekocht und anderen die Möglichkeit an der Entwicklung dieses Projektes genommen. Es sei nichts Inhaltliches gesagt worden. Wenn die Zeitung so würde wie die Veranstaltung, dann wäre sie langweilig und perfekt.*

*Sie haben Erwartungen an dieses Projekt — mehr noch: Interesse und Bedürfnis, daran mitzuarbeiten. Doch die Verständigung zwischen denen aus der Initiativgruppe am Podium mit allen, die ihre Phantasie und Fähigkeiten einbringen wollten, ist im Audimax von Tunix nicht hergestellt worden. Da ist noch viel zu tun. Wie einer der Initiatoren festgestellt hat: „Wie wir das Projekt vorgestellt haben, das entspricht ziemlich genau dem Stand der Initiative. Da ist nichts abgeschlossen, nichts fertig. Im Gegenteil. Mit der angekündigten Broschüre soll überhaupt erst Material für Debatten über Inhalt, Gestaltung, Organisation und alles, was wichtig ist, veröffentlicht werden."*

*Die Diskussion über das Projekt Tageszeitung muß von allen geführt werden, bei informellen Treffen, auf Veranstaltungen, in der Alternativpresse, auf dem Rasen.*

*zwei fotoseiten tunix und zwei fotoseiten über hasan töryen sind in diesem ID unterblieben, obwohl schon druckplatten hergestellt und probedrucke gemacht worden waren. grund : unscharfe, kontrastlose fotos z.t., ungeeignet für die reproduktion und somit die weiterverbreitung, ungenügende redaktionelle vorbereitung und einiges mehr, also verschiebung. fazit : wir können fotos von tunix und anderswo gut gebrauchen. ID-bilderdienst*

## MANCHE HABEN TUNIX VERPASST WAREN STATTDESSEN IN BERLIN

*Im folgenden schildert einer der vielen ID'ler, die in TUNIX waren, nämlich der Micky, seine Eindrücke:*

BERLIN 1. Februar Wenn es irgendwann einmal zwei Silben gab, die aus dem Nichts heraus zu einem Massenbegriff wurden, dann kommt nach „Dada" - vor 60 Jahren - heute dem Worte „Tunix" diese Ehre zu. TUNIX hat es vorher noch nie gegeben, keiner konnte es je orten, beschreiben, eingrenzen oder ausgrenzen: und doch wußten alle auf Anhieb bescheid, ein Mißverständnis war ausgeschlossen. Deshalb halte ich jene eilfertigen Positivisten für die größten Verlierer, die sich mit der dümmlichen Umkehrung „Tu was" an fremde Pointen anhängen und in vertraute Gefilde retten wollten. O ihr engherzigen Tröpfe, ihr nimmersatten Gschaftlhuber: wenn IHR unter dem Motto „Tu was" die Menschen dieser Welt gerufen hättet, es wären nur 3 gekommen. In Worten: drei. So aber kamen etwa 20 000, die haben zwar nix gefunden, die wußten aber warum sie es suchten.

In Tunix vereinigt sich Raum und Zeit zu einem Zustand. In Tunix wird das Wegsacken nach schräg unten als Lustprozeß gefeiert. In Tunix kriegt jeder „Ätsch" gesagt, der mit dem Hinweis auf die Ausweglosigkeit des Lebens die kollektive Grabesmiene fordert. Tunix heißt mit den Worten von Paul Scheerbart (1898): „Neinsagen zu Allem und Sitzenbleiben wo man grade sitzt - das scheint mir das Beste zu sein".

Niemand darf, ohne Lügner genannt zu werden, behaupten, er wüßte nicht was Tunix ist. — Eine andere Frage ist, ob Tunix denn tatsächlich stattgefunden hat.

Ich schätze zweidrittel der Reisenden hat Tunix verpaßt, ist stattdessen in Berlin gewesen, oder war schuldlos immer an den falschen Plätzen. Das heißt: Tunix hat urplötzlich

an unvorhersehbaren Ecken stattgefunden, war entgegen allen Vermutungen zu Zeiten nicht auffindbar, wo alle ganz fest damit rechneten und war immer dann sofort verflogen, wenn jemand sagte: „Also Genossen, mir ist das hier zu chaotisch".

Es gibt ein Recht auf Tunix, aber es ließ sich für viele nicht durchsetzen. Wären weniger gekommen, hätten die Räumlichkeiten womöglich verkraftet, was da an energischen Knäueln in den Gängen und vor den Türen vergeblich drängelte. Aber wem sollte man denn vorwerfen, daß er durch seine Anwesenheit den Haufen vergrößerte, daß durch die Vielzahl der Bewohner das Tunix-Leben zeitweise an sich selbst erstickte? Resultat bleibt, daß viele enttäuscht, ausgelaugt, einsam und unbeteiligt blieben - aber manche eben manchmal nicht. Wer also behauptet :es waren zuviele da, der irrt! Richtig muß es hingegen heißen: für die vielen war nicht genügend TUNIX da und ansonsten sind wir immer noch viel zu wenig! Tunix gab es da, wo die Leute sich mal hinsetzen konnten um miteinander etwas zu entwickeln, wo sie sich auf die Situation einlassen konnten, ohne von dem voyeuristischen Zwang des „Dabeigewesenallesmitgekriegt" dauernd fortgetragen zu sein.

Mir lief TUNIX über den Weg, als die 3 Tornados mit ihren Unverschämtheiten einen Hörsaal zu Wackelpudding machten und als anschließend die Berliner „Mescalero" Herausgeber Professoren im liturgischen Sprechgesang durch die Reihen zogen, um mit Vorsänger und gregorianischem Echochor die Gewaltdistanzierung zu verlesen, die der niedersächsische Kultusfritze Pestel seinen ungezogenen Profs zur Unterschrift vorgelegt hatte. Deutlicher und lächerlicher kann man der Perversion jener Distanzierungserklärung nicht zu Leibe rücken. Danach brachen zwei hochgelahrte Magister ein Streitgespräch im Stile mittelalterlicher Scholastik vom Zaun: advocatus diaboli wollte den Mescalero in die ewige Verdammnis schicken, sein Widerpart, advocatus angeli, argumentierte für Heiligsprechung. Und wahrlich, er ward gerettet! Peter Brückner griff später in die Diskussion um „Wissenschaft - Utopie - Widerstand" ein und vielleicht hat mancher Student oder Nicht-Student in diesem Hörsaal mit diesen Professoren in dieser Atmosphäre mal so etwas wie die Lust an der Erkenntnis gespürt. Die Verschmelzung von Theater, Diskussion, Musik und Kommunikation hat vor allem für hohe Tunix-Quotienten gesorgt. Wo nur abgetrennte Einzelteile präsentiert wurden, kam es prompt zu den erschütterndsten Reinfällen. So beim zentralen Kulturfest in der Taverne - wo 2000 Leute noch von draußen reindrückten, als die ersten 1000 von innen schon wieder rausdrückten, weil sie es nicht mehr aushielten - so wohl auch auf der Demo, bei der die einfallslosen Arrangements und die fliegenden Steine nicht das gehalten haben, was TUNIX versprach.

Nun komme ich zum Thema „TUNIX und die Zukunft". Aber damit will ich euch nicht größer langweilen. Darum grüße ich hiermit recht artig die Rene und Uli den Tunixgut, sowie alle anderen, die Lust haben am Strand von TUNIX frei und kräftig durchzuatmen.

**BERICHT VON DER DEMONSTRATION:**

## ES WAR ZUNÄCHST GANZ TOLL

*Ein Mitläufer erzählt:* Wir haben uns am Samstagvormittag getroffen und sind losgegangen; es war zunächst ganz toll, Musik und so, es war tolles Wetter, es waren viele Leute da. Doch an allen Stellen, wo die Möglichkeit bestand woanders langzugehen, also die Route zu ändern, da standen unheimlich viel Bullen, Wasserwerfer und immer gleich so 50,60 Wannen (so nennt man in Berlin die Mannschaftswagen der Polizei) auf einem Haufen, die dann abgesperrt haben. Die Bullen haben neue Kampfausrüstungen gehabt, sahen ziemlich übel, brutal aus.

Da haben die Leute angefangen Eier zu werfen, Farbeier und später auch Steine, es wurde viel gesprüht unterwegs und viele Scheiben eingeschmissen. In der Zeitung stand, daß es 15 bis 20 waren, es waren aber mit Sicherheit mehr.
Am Kranzlereck, das ist am Kurfürstendamm, sind die Bullen an den Demo-Wagen gekommen und haben zu dem Verantwortlichen gesagt: es wären im Laufe der Demonstration laufend strafbare Handlungen begangen worden und wenn er jetzt nicht sofort auflösen würde, würden sie sich an ihn halten. Er hat es dann gemacht, hat sofort gesagt, wir lösen auf. Gleichzeitig kam ein Feuerwehrwagen angefahren, weil eine Deutschlandfahne brannte - doch der kam nicht durch.
Aus diesen beiden Gründen hat die Polizei innerhalb einer halben Minute angefangen zu räumen; sie haben unheimlich in die Menge gehauen. Niemand hat das so richtig gemerkt, plötzlich war Chaos, Geschrei, Hysterie, weil die von zwei Seiten kamen, und da standen Leute dann plötzlich in der Mitte, von allen Seiten kamen Bullen. Wir sind den Kuhdamm rauf, hatten uns in einzelne Gruppen aufgelöst, auch weil die Leute alle was Verschiedenes gedacht hatten, was jetzt gut wäre: manche sind ruhig gegangen, andere sind unentwegt gerannt, andere haben gleichzeitig Scheiben einer Bank eingeschmissen.
Nachher beim Abzug haben die Bullen eine einzelne Grupp[e in] der Schillerstraße eingekesselt und haben da Tränengas reingeworfen und die Leute verprügelt. Viele mußten Kopfverletzungen im Krankenhaus behandeln lassen.

**DIE FOLGENDEN GESCHICHTEN SIND SO ENTSTANDEN:**

Ich hab mir am Sonntag ein Tonband geliehen weil ich Lust hatte mit Leuten zu reden, Lust hatte Leute zu fragen, ob und wie sie TUNIX gefunden haben. So bin ich losgezogen ins Gewühl, in die Gänge der technischen Hochschule und hab schnell gemerkt, daß es auf meine Fragen nur langweilige Antworten gibt. Statements und Stellungnahmen wie:
*Es sind zu viele Leute hier - die Räume sind zu klein, alles ist zu klein - die Diskussionen laufen chaotisch, es wird nicht am Thema entlangdiskutiert - man hätte das besser organisieren sollen - undsofort*
Nicht daß diese Antworten falsch gewesen wären, doch es w[a]ren Antworten die offenlagen, die so offenlagen, daß sie jede[r], nach TUNIX befragt, parat hatte (und sicher hatte das manch eine(r) schon Wochen zuvor ohne große Zauberei prophezeit). Diese Antworten wollte ich nicht hören.
Ich hab die Fragerei also sein lassen und hab mich zu Leuten gestellt, die ich mehr oder weniger kannte, hab ihnen zugehört, mit ihnen gesprochen, gelacht. Dabei hatte ich die ganze Zeit das Tonband laufen. Wenn man mich gefragt hat, was das Mikro soll (das Tonband hatte ich in einer Umhängetasche), hab ich gesagt: ich nehm alles auf. Viele habens nicht geglaubt, man hat mir das Mikro gelassen, es mir aus der Hand genommen, damit gespielt - (fast) alle haben es vergessen.
Aus diesen Aufzeichnungen aus dem TUNIX-Getümmel vom Sonntagnachmittag (im Audimax waren Zauberer und Gripstheater) stammen die Geschichten, sie sind zusammenhängend niedergeschrieben, sind keine Zusammenschnitte. Wenn etwas inhaltlich oder phonetisch falsch sein sollte: TU(T)NIX!!!

**DA KOMMT EIN MANN MIT LANGEM BART**

Schau, da kommt ein Mann mit langem Bart
DAS IST DOCH DER DAVIS COOPER!
....ohhhh ehrlich.... jetzt ist er weg
**Er ist pissen gegangen, er kommt bestimmt wieder vorbei**

**DER MANTEL IN DER REQUISITENKISTE**

In der Taverne hab ich meinen Mantel den Leuten vom WALDETHEATER gegeben, dass der mir nicht verlorenging mit allem - mit dem ganzen Geld und sämtlichen Pässen, Schlüsseln, weisst alles. Und dann sind die abgehauen und haben den Mantel mitgenommen und ich wußte nun nicht ist der Mantel geklaut oder wie oder was und bin total ausgeflippt und bin schlotternd in dem Aufzug (T-Shirt und großkarierte Hose wenn mich nicht alles täuscht, der Schreiber) durch die Stadt gewetzt. JETZT HAB ICH DEN HEUTE WIEDERGEKRIEGT. DA WAR ICH BEI DENEN UND DA WAR DER IN DER REQUISITENKISTE DRIN.

**LIEBER EIN SCHLECHTER ÜBERSETZER MIT LANGEN HAAREN – ODER?**

In der Veranstaltung über Faschismus. Genosse Guattari spricht gerade über seine Ansichten vom Faschismus, vom Mikro-Faschismus, dem Faschismus im Alltag. Sein Beitrag wird vom Französischen ins Deutsche übersetzt. Mehrere sind mit der Übersetzung nicht zufrieden; es wird jemand aus dem Saal aufgefordert weiterzuübersetzen, da er es besser könne. Als di[illegible]r nach vorne geht, ruft eine Stimme von hinten: li[illegible]r ein schlechter Übersetzer mit langen Haaren als ein guter mit kurzen!

**WIESO BRENNTS DENN AUF EINMAL**

Hört mal zu, das Auto von der Mutter von der Rene ist heute Nacht voll ausgebrannt.
Wieso brennts denn auf einmal?
Da vorne in der Carmerstraße, na, da kam die Feuerwehr, drei Züge, dann kam die Kripo und hat unheimlich krauses Zeug erzählt.
Was denn?
*... und Sie wissen ja was los war heute in der Stadt... aber das steht ja wohl nicht im Zusammenhang und so.*
Und dann kommt die Mutter nach Hause und da hat auch schon dreimal die BILDzeitung angerufen und dann haben sie Sie an der Strippe und fangen, und machen da nen Larry am Telefon und legen der Dinger in den Mund im Ernst, ja also – **Erzählst du grad von meiner Mutter** – det war so daß die ge[illegible]n im Kranzler stand bei der Demo als wir vorbeikamen und st[illegible]d da und hat gewunken und hier so und die Faust, was weiß ich ob das zusammenhängt, jedenfalls ganz kraus und quer.
Was haben die denn gesagt?
Hier pass auf, der hat angerufen und hat gesagt: *ach Sie arme Frau und so* und da hat sie gesagt, ACH WISSEN SE, ICH BIN JAHRGANG 27 ICH HAB SCHON SCHLIMMERE SACHEN BRENNEN SEHEN und im übrigen wollt ich zu ihnen dazu überhaupt nichts zu sagen. – *Ja haben Sie denn Feinde?* – Nee, noch nich (sie meinte ihn damit) – *Na ham Se jetzt die Schnauze voll?* – Na von wat? – *Von dieser Stadt, Sie wissen ja, was hier gestern los war.* Uli meint das wär also ein Wort zuviel gewesen.
Woraus die schon wieder ein Ding drehen: noch habe ich keine Feinde, sagte die erschütterte Frau Z. der Bildzeitung oder irgendwat, ne.
Die Story kann ich mit gut vorstellen, steht dann morgen in der Zeitung, Opfer des Terrors, Frau hat die Schnauze voll, Samstag verbrennen sie die deutsche Fahne, Sonntag verbrennen sie mein Auto, wer, was wird Montag verbrannt, ne echt, mußte aufpassen.
Meine Mutter hat aber gesagt, sie wollt irgendne Klage gegen die machen wenn die sowat schreiben.
Da gibts schon einen ganzen Verein, die melden sich doch alle beim Rallwa äh Wallraff...

**FÜR MICH WAR DAS SO DAß ICH NUR RUMRENN**

**(dem Detlef, der TUNIX mitorganisierte, hab ich dann doch eine präzise Frage gestellt. Etwa so: wie siehst du denn das alles oder so:)**

Für mich war das so daß ich nur rumrenn und kuck, aber das ist vielleicht bei den meisten Leuten so. Die aus Westdeutschland bei uns wohnen sagen auch, daß von den Veranstaltungen, die ablaufen, keiner was hat: du stehst mal irgendwo rum, drängelst dich mühsam in irgendsoeinen Saal rein, bekommst nach fünf Minuten keine Luft mehr, rennst wieder raus und bist frustriert. Oder kommst nicht rein weil überall so ein Gedrängel ist... Es stöhnen alle rum weil sie immer nicht rein kommen oder weil dann dauernd etwas verlegt wird oder dann schieben sich solche Pulks von Leuten von einem Hörsaal in den anderen: da muß man sich dann mit den Ellbogen durch die Massen kämpfen und das dauert dann immer so eine halbe Stunde bis du dort bist wo du hinwillst und so ziemlich viel Leute sind wohl eher enttäuscht...
Diese Eröffnungsveranstaltung, das hat bestimmt viel Spaß gemacht, mit der Musik zwischendurch. Das war, obwohls ganz voll war, eine ruhige Situation - für die Leute die drinnen waren. Gleichzeitig standen aber vor der Tür im Vorraum bestimmt viertausend, fünftausend Leute rum und die waren natürlich nicht so begeistert. Die kamen hier an und wußten nicht so recht was sie sollten, kamen nirgens rein und auch nicht raus.
... Es bleibt aber immer noch übrig, daß sich viele Leute hier wiedergesehen sich getroffen haben und daß an bestimmten Punkten das auch Spaß macht so Klamauk – wie du das eben mitmachen kannst mit deiner Energie und Lust,..

**EINE JUNGE FRAU FRÄGT IHRE BEKANNTE EINE MITORGANISATORIN:**

Na, gehts Dir immer noch gut? - NEE! MIR GINGS AUCH NOCH NIE GUT IN DEN LETZTEN ZWEI WOCHEN
**tunigut**
ICH WILL JETZT EINE WOCHE LANG NUR SCHLAFEN

schlafen? - SCHLAFEN', schlaaaafen

**SPIELEN WIR HEUTE BEI DER SCHLUßVERANSTALTUNG NOCH NE RUNDE?**

Spielen wir heute bei der Schlußveranstaltung noch ne Runde? - im Audimax im Maxi-au-d – wobei ich leider nicht dabeisein kann...hast du noch ein Schello das funktioniert? – **ja aber – Wir net – Warum nicht?** – verfüge über eine neue – Es ging immer alles nicht so, es fuhren sämtliche Züge irgendwie andersherum, die Gleise waren zwar richtig, aber ich stand immer auf dem falschen Bahngleis. – Wann ist denn die Abschlußveranstaltung? – Um sieben fängt die an – *da spieln mer gleich am Anfang* –NEE!! – Warum nicht? – Wir haben den High Cracks und Himmel und Hölle gesagt habt ihr die Euch mal angekuckt, des Stück von denen? – Nein – Die wollens heute um sieben nochmal spielen – Jaaaa, genau, im Audimax nämlich; Himmel und Hölle die sind dufte mit Feuerspucker – Haben wir doch schon gesehen, in Milbertshofen – Ja wir haben sie gestern noch getroffen als wir aus der TAVERNE raus sind kamen die grad – Ihr ward auch in der Taverne? – Jajajaja – Ich brech zusammen, also ehrlich, ich hab einen Zusammenbrechreiz –
*werhatdenötgersohngeklauhahaut* –
die singen schon die ganze Zeit da drüben – gewagte Tonart gefunden – miiiih – das ist ja g –
*also wir verweisen auf unser Urheberrecht und bestehen darauf, daß das in F-Dur gespielt wird* –

Sind das die hundert Blumen – Ne, das sind so Leute, die sitzen da so rum – freisitzende Individuen – das Kulturgut fällt auf das Volk zurück – So Atomkraftgegner da hinten in der Ecke, so Folkloristen, jeder hat sein Publikum, Helga Götze schwirrt auch da rum – **Sexualinstitut** – der Brückner auch – **aber es hat sich doch enorm geleert find ich** – der ist so braun – ja der tutjaauchnix.

## OH DIE SINGEN DAS HECKERLIED

Oh die singen das Heckerlied, das ist ja toll. Baden. Power. Das ist das Heckerlied aus der badischen Revolution 1848. *Wenn die Roten fragen lebt der Hecker noch sollt ihr denen sagen ja er lebet noch/er hängt an keinem Baume er hängt an keinem Strick/sondern an dem Traume von der roten neee freien Republik.* Toll, gell, ein total radikales Lied. *Gebet nur ihr Großen euren Purpur her/das gibt rote Hosen für der Freiheit Heer.* Die hattens damals auch voll drauf, hörsts: *33 Jahre währt die Knechtschaft schon/nieder mit den Hunden von der Reaktion.*

Toll, da kommen die sicher aus Baden, aus Lörrach, dem Gebiet um Lörrach, dem HOTZENWALD; im Hotzenwald gabs die überhaupt urälteste Freiheitsbewegung auf deutschem Boden die sogenannten Salpeterer, im 14ten oder sowas Jahrhundert haben die schon freie anarchistische Vereinigungen mitten im Wald, so Köhler, Köhler waren das, haben sich wahnsinnig gewehrt.

## SO GEHT ES UNS AUCH

**(ein Videoteam kommt heran. bevor der mann mit dem mikro was fragen kann, wird er selbst befragt:)**

*Sagen Sie doch mal was dazu!*

Ja ich wollt euch auch grad eben fragen wie ihr die Sache so einschätzt hier.

*Wir, wir findens ganz groß, ganz toll. Wie fanden Sies denn, so als Journalist mal so gefragt*

Ja wir haben uns unheimlich viel vorgenommen aber es hat alles nur zur Hälfte geklappt.

*So geht es uns auch wissen Sie.*
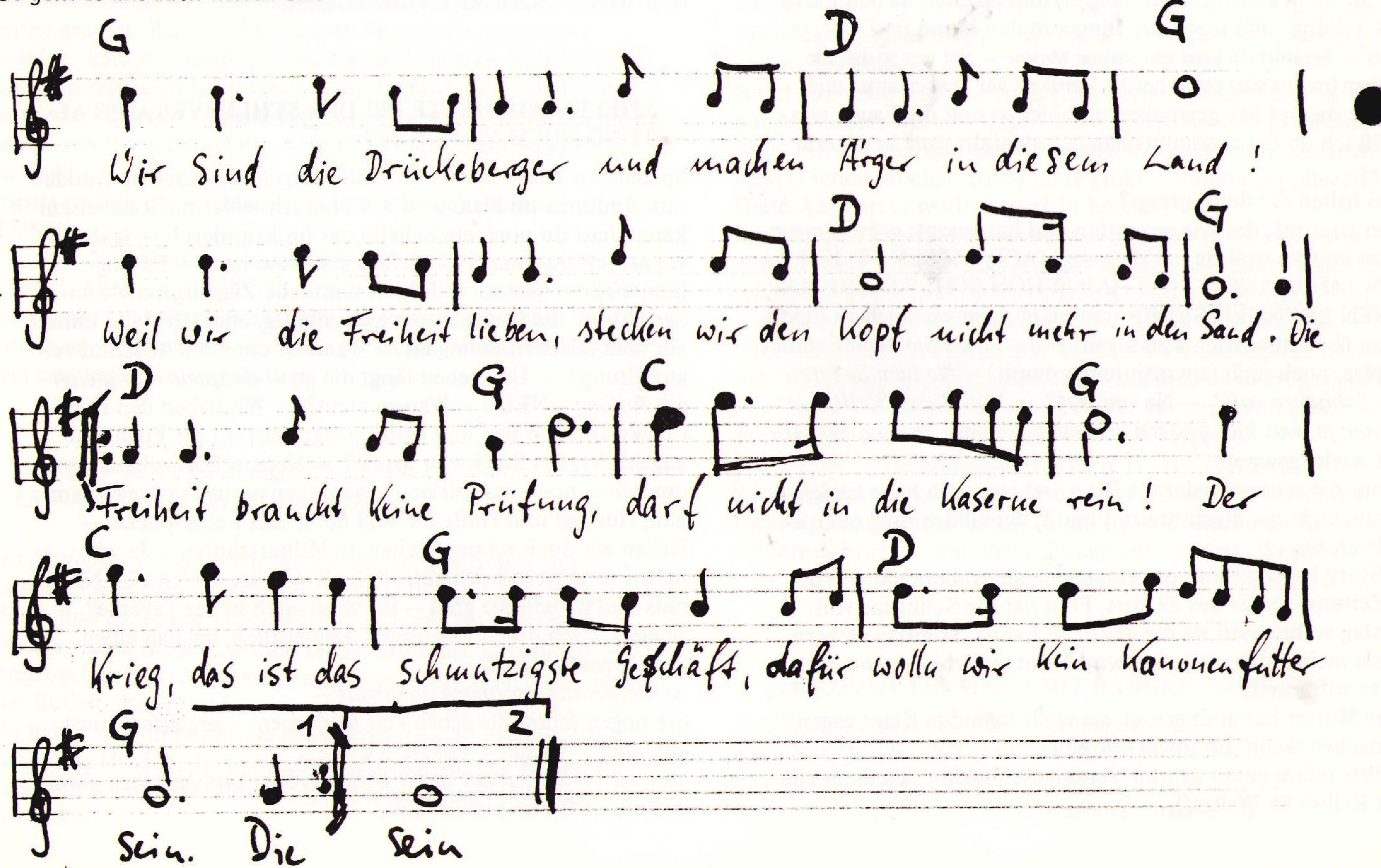
## DAS LIED VON DEN DRÜCKEBERGERN!

Wir sind die Drückeberger
und machen Ärger
in diesem Land,
weil wir die Freiheit lieben
stecken wir den Kopp
nicht mehr in den Sand.
Die Freiheit braucht keine Prüfung,
darf nicht in die Kaserne rein:
Der Krieg, das ist das schmutzigste Geschäft,
dafür wolln wir kein Kanonenfutter sein.

Unsere Väter, die kam(en) nach Hause,
und mancher blieb auch für immer fort,
vom Krieg zerrissen, vom Krieg zerschossen,
und nur für Hitlers Völkermord.
Die Generäle, die Firmenbosse,
die machten damals das große Geschäft,
mit Blut und Tränen, mit Brand und Sterben
ham sie die Völker in den Tod gehetzt.

Aus den Ruinen, den Trümmerhaufen,
da kam der Schrei: "Nie wieder Krieg!"
Die feinen Herren in ihrem Schrecken
die schrien damals noch alle mit.
Doch als sie dann in ihre Banken
gekrochen warn und in die Managerbüros,
da merkten sie, daß sie noch reicher warn geworden,
der Kriegs- und Nachkriegsreibach, der war riesengroß.

Nie wieder Krieg!, das war bald vergessen,
denn damit macht man kein Profit.
„Die Russen kommen!" schrie man von oben,
und mancher Dummkopf schrie unten mit.
Denn mittlerweile in aller Eile
war's Wirtschaftswunder installiert,
damit das Volks vor lauter Dollars
die Erinnerung an den Völkermord verliert.



Die Bundeswehr, die muß jetzt her,
die alten Nazis auf ihre Posten;
Wer keine Arbeit hat, kriegt ein Gewehr,
der Jugend kann's das Leben kosten.
Doch siehe da, hipp hipp hurrah!
da sagten viele: Ohne mich!
Da hilft kein Drohn und keine Fron,
und auch kein Klu-Klux-Klan-Gericht.

Sehn wir die Opfer vom Wirtschaftswunder
im Krankenhaus und Altersheim:
Ein ganzes Volks, das paßt da rein,
doch niemals ist ein Bonze da drunter.
Drum Leute, was soll'n wir verteidigen? !?
Oder ist es die Dividende
von Aktionär und Aufsichtsrat!!!

Drum nennt uns nicht Drückeberger!
Wir machen Ärger in diesem Land!
Weil wir die Freiheit lieben,
stecken wir den Kopf nicht mehr in den Sand.
Die Freiheit braucht keine Prüfung,
darf nicht in die Kaserne rein.
Der Krieg, das ist das schmutzigste Geschäft,
d[illegible] wolln wir kein Kanonenfutter sein.

KÖLNER STRASSENMUSIK GMBH & CO' KG

## "MOTZER" – EINE OBERSCHWÄBISCHE LESERZEITUNG

*BAD SCHUSSENRIED 30. Januar* — *Ein Redaktionsmitglied schreibt:*

Daß die Reaktion direkt zum Auf- und Ausbau von Alternativzeitung beiträgt, ist nicht gerade alltäglich. Doch in der oberschwäbischen Kleinstadt Bad Schussenried ( 7.000 Einwohner) gehen eben auch in diesem Punkt die Uhren anders.
Ein CDU-Landrat machte den "Motzer", ein ehemals unscheinbares hektographiertes Blättchen (Auflage: 80 Stück) wegen ei[illegible] Kommentars zur Schleyer-Entführung im Herbst letzten Jahres dadurch publik, daß er dem selbstverwalteten Jugendzentrum Bad Schussenried, in dem das Blättchen auf einer Rotaprint hergestellt worden war, kurzerhand die Kreismittel streichen ließ.
Und damit nahm die Entwicklung der Alternativzeitung "Motzer' ihren Lauf. Der MOTZER vom Konzept her eine unzensierte Leserzeitung, fand nach der landrätlichen Kampagne plötzlich Verbreitung im ganzen Kreis Biberach. In Bad Schussenried und in der Kreisstadt Biberach finden wöchentlich Lesersitzungen statt, die im Schnitt von mindestens je 10 Leuten besucht werden. Leserbeiträge erreichen uns inzwischen aus ganz Oberschwaben und wir haben meist Mühe, das eingehende Material alles zu veröffentlichen (wegen der Kosten!).
Der "Motzer" hat in Bad Schussenried auch viele erwachsene Leser, weil immer lokalpolitische Themen aus dieser Kleinstadt abgehandelt werden. Eine Sonderaktion zur Bürgermeisterwahl am 8. Januar (BM wird in Baden-Württember direkt von der Bevölkerung gewählt), brachte für den MOTZER sogar einen politischen "Erfolg". Der MOTZER hat angesichts nur eines Kandidaten dazu aufgerufen, die Wahl zur Farce zu machen und irgendwelche x-beliebigen Leute statt des offiziellen Kandidaten auf den Stimmzettel zu schreiben (sind nach der Gemeindeordnung gültige Stimmen und mußten im offiziellen Wahlergebnis aufgeschlüsselt veröffentlicht werden!).
Rund 7 % der Wähler (166 Leute) sind dem MOTZER-Aufruf gefolgt und haben ihre Stimmen auf 85 verschiedene Leute verteilt (u.a. H. Böll, H. Gollwitzer, G. Wallraff, Alice Schwarzer, H. Wehner ...). Die ganzseitige Ergebnisliste im lokalen Amtsblatt war zum Brüllen.
Der MOTZER ist bereits 11 Nummern alt, hat inzwischen eine verkaufte Auflage von 500 Stück/Ausg. und erscheint alle 2 Wochen am Dienstag in Bad Schussenried. Er kostet per Postbezug 1 DM (z.Zt. noch zuzüglich 30 Pfennig fürs Russell-Tribunal) und ist bei folgender Adresse zu kriegen:

**MOTZER - Leserzeitung**
**W.-Schussen-Str. 66, 7953 Bad Schussenried**

## GEMEINDERAT WILL JUGENDZENTRUM SCHLIESSEN

*BAD SCHUSSENRIED 25. Januar* — *Heute sollt ihr wieder einmal Nachricht aus Bad Schussenried bekommen. Im ID 207 war mal was von der Mittelstreichung für unser JUZ zu lesen. Jetzt hat die Stadt uns bis zum 15.2. ein Ultimatum gestellt - wir sollen einen Mietvertrag unterschreiben, der uns die Selbstverwaltung austreibt. Wenn wir nicht unterschreiben, sollen wir aus dem JUZ rausfliegen. Zum aktuellen Stand noch ein extra Bericht:*

In nichtöffentlicher Gemeinderatsitzung der Stadt Bad Schussenried wurde beschlossen, dem Jugendzentrum, das seit 1974 die Räume der Georg-Kaess-Schule benutzt, bis zum 30.April zu kündigen, wenn bis zum 15. 2. der bereits abgelehnte Mietvertrag nicht unterzeichnet würde.
Das Interesse der Gemeinde lag darin, das Jugendzentrum durch einen Mietvertrag in den Griff zu bekommen. Wegen bestimmter unliebsamer Vorgänge wollte die Stadt Veranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften und Personen aus dem Juz verbannen. Besonders angesprochen galten dabei die Lesersitzungen des "Motzer", betroffen werden können genauso Veranstaltungen von amnesty international oder die Sitzungen des Dachverbandes freier Jugendhäuser.
Die Jugendzentrumsbesucher lehnten während der Jahreshauptversammlung am 14. Januar in namentlicher Abstimmung den Mietvertrag ab, weil er die Selbstverwaltung und die offene Jugendarbeit gefährde und somit abschafft.
Die Kampfbereitschaft der Jugendlichen für ihr Juz muß ungebrochen bleiben. Wer die Jugend nicht in ein Randgruppendasein drängen will, der muß das Jugendzentrum in seinem Kampf das Jugendhaus zu erhalten, unterstützen.

**Die Jugendzentrumsbewegung hat erst begonnen!**

**Selbstverwaltetes Jugendzentrum, Bad Schussenried,**
**c/o W.-Schussen-Str. 68, 7953 Bad Schussenried**

**Bürgermeister Kohler, 7953 Bad Schussenried**

## RUSSELL TRIBUNAL: DGB -VORSTAND ERLÄSST BERUFSVERBOT GEGEN JURY MITGLIEDER

DÜSSELDORF, 1. Februar, 78 — Das hier abgedruckte Rundschreiben wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), Abteilung "Vorsitzender", mit Unterschrift von Heinz Oskar Vetter herausgegeben und richtet sich an die DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise; diese werden um "Beachtung und Bekanntgabe dieses Beschlusses" gebeten.

Inhaltlich spricht dieser Beschluß wohl für sich selbst, doch ist darauf hinzuweisen, daß dadurch die Existenz mindestens eines zweiten Papiers des Verfassungsschutzes sicher ist, in dem die Mitglieder der Jury daraufhin untersucht werden, on sie auf dem Boden der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.
Wenn also die erste Verschlußsache der Bundesregierung selbst Gegenstand des Tribunals werden wird, (s. ID 213) dürfen die Mitglieder der Jury jetzt auch zur Kenntnis nehmen, daß gegen etliche von ihnen ein Berufsverbot ausgesprochen worden ist.

Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand –
– Abt. Vorsitzender –
4 Düsseldorf 1
Postfach 2601 18. Januar 1978

3. Internationales Russell-Tribunal

"Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

In seiner Dezember-Sitzung beschäftigte sich der BUNDESVORSTAND eingehend mit dem von der privaten "Bertrand Russell Peace Foundation Ltd.," geplanten 3. sogenannten "Russell-Tribunal" über Verletzung von Menschenrechten in der Bundesrepublik Deutschland.

Das erste dieser Tribunale wurde 1966/67 - nach Verbot seiner Durchführung in Frankreich - in Stockholm, das zweite 1973/74 in Brüssel und Rom durchgeführt. Die dort behandelten Themen waren: Kriegsverbrechen in Vietnam und Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika.

Zu dem nun vorgesehenen 3. Tribunal, das sich mit der angeblichen politischen Unterdrückung und Verletzung von Menschenrechten in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere mit den sogenannten Berufsverboten befassen soll, sind uns folgende Fakten bekannt:

Auf dem "Anti-Repressions-Kongreß" des "Sozialistischen Büros" (SB) im Juni 1976 in Frankfurt/Main wurde von der französischen "Partie Socialiste Unifie" (PSU) dem "Sozialistischen Büro" (SB) und dem Kommunistischen Bund (KB) der Vorschlag gemacht, beim Aufbau eines "Internationalen Komitees gegen Berufsverbote" mitzuwirken.

Im Oktober/November 1976 fanden dann zwei weitere internationale Treffen in Paris mit Vertretern der Russell-Stiftung statt. An ihnen beteiligten sich von deutscher Seite das SB, der KB, die Trotzkistische Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM) und Mitarbeiter des "Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID). Hier wurde nun beschlossen, ein Tribunal gegen die Repressionen in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.

Im Februar 1977 rief dann die Russell-Stiftung auf, dieses Tribunal vorzubereiten und warb um "weltweite Unterstützung" durch Bildung "nationaler Unterstützungskomitees" und Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden bislang einige vorbereitende Konferenzen durchgeführt. Hierbei und in den Unterstützungskomitees kam es zwischen den Gruppen der "Neuen Linken" zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten über das durchzuführende Programm und die erforderliche taktische Marschroute.

Dem SB kam es auf eine breite Unterstützung des Tribunals durch "radikale, demokratische Kräfte" aus Gewerkschaften, Kirchen, Kultur und auch demokratischen Parteien an.

Die GIM forderte, neben Gruppen der "Neuen Linken" auch "demokratische" Kräfte aber auch die DKP für das Tribunal zu gewinnen. Im übrigen verlangte sie, das Tribunal auf "Berufsverbote" zu beschränken.

KB und ID verlangten demgegenüber ein auf Gruppen der "Neuen Linken" beschränktes Tribunal. Der KB forderte außerdem, das Tribunal müsse die seiner Meinung nach zunehmende faschistische Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland behandeln.

Zwischenzeitlich wurde ein "vorläufiges Sekretariat" eingerichtet und der Öffentlichkeit im Oktober 1977 von diesem die "Jurymitglieder" für das bevorstehende Tribunal vorgestellt. Dieser "unabhängigen" Jury, die während des Tribunals dann über die Bundesrepublik Deutschland zu Gericht sitzen soll, gehören folgende Personen an:

Dr. Günther ANDERS , Österreich
Schriftsteller

Prof. Eric BENDLEY, USA
Historiker und Brecht-Übersetzer

Claude BOURDET, Frankreich
Journalist, Mitglied Parti Socialiste Unifie, Vizepräsident der "Internationalen Konförderation für Abrüstung und Frieden (IKAF)". *Sprach auf dem berüchtigten Vietnam-Kongreß des SDS am 22.5.66 in Frankfurt/M. (Kursiv-Hervorhebung durch Red. ID)*

Howart BRENTON, England
Schriftsteller

Dr. Noel BROWNE, Irland
Mitglied der Labour-Party, früherer Gesundheitsminister von Irland

Othelo de CARVALHO, Portugal
*Exponent ultralinker Offiziere in Gremien der Militärjunta nach dem Staatsstreich in Portugal.*

Prof. Georg CASALIS, Frankreich
Theologe, Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Mitglied der Jury im II. Russel-Tribunal gegen Repressionen in Lateinamerika, *Mitglied der Untersuchungskommission über den Tod Ulrike Meinhofs.*

Prof. Vladimir DEDIJER, Jugoslawien
Historiker, Prof. in USA Mitglied der Jury im II. Russell-Tribunal, Verfasser der bekannten Tito-Biographie

Jean Pierre FAYE, Frankreich
Schriftsteller

Prof. Johan Galtung, Norwegen
Friedensforscher, Mitglied *des wissenschaftlichen Beirats des orthodox-kommunistisch-beeinflußten "Internationalen Insituts für den Frieden Wien"*

Lord T. GIFFORD, England
Rechtsanwalt, *Mitglied der kommunistisch- beeinflußten HALDANE- Rechtsanwaltsgewerkschaft. Diese Gewerkschaft setzte sich sehr für den deutschen RA Groenwald ein.*

Porf. Dr. Ruth GLASS, England
Soziologin an der Uni London, beschäftigt sich mit Problemen des Städtebaus, *gilt als kommunistische Sympathisantin, soll* Präsidentin der 1. Sitzungsperiode des III. Tribunals werden.

Trevor GRIFFITHS, England
Schriftsteller, *gilt als trotzkistischer Sympathisant*

Andre JEANSON, Frankreich
ehemaliger Vorsitzender der "Confederation Francaise Democratique du Travail (CFDT)". *Die CFDT gilt als linksextremistisch*

Dr. Robert JUNGK, Österreich
Publizist und Futurologe, *Mitglied des Pressedienst Demo-*

*kratische Initiative (PDI) tritt bei vielen Protestaktionen der AKW-Gegner als Redner auf.*

Prof. Sven KRISTENSEN, Dänemark
Schriftsteller

Ricardo LOMBARDI, Italien
Mitglied der PSI (Italienische sozialistische Partei)

Luigo LOMBARDO-RADICE, Italien
Mitglied des ZK der KPI

Prof. Steven LUKES, England
Wissenschaftler

Prof. Lolle NAUTA, Holland
Philosoph und Mitglied der Partei der Arbeit

Prof. Otto NATHAN, USA
Finanzberater

Josephine RICHARDSON, England
Labour-Abgeordnete im Wahlkreis Barking

David ROUSSET, Frankreich
ehemaliger gaullistischer Abgeordneter

Prof. Albert FOUGUL, Frankreich
Historiker

Elliot A. TAIKEFF, USA
Jurist

Umberto TERRACINI, Italien
Mitglied der Leitung des ZK der KPI

Zu dieser Jury wurde ein deutscher "Beitat" gewählt, der die Jury in allen anstehenden Fragen beraten soll und auch an deren Sitzungen teilnimmt, bei der abschließenden Beurteilung aber kein Stimmrecht besitzt. Dem Beirat gehören an:

1.) Dr. Ingeborg DREWITZ
Schriftstellerin, *seit Anfang 1973 Mitglied des "Pressedienst Demokratische Initiative", Unterzeichnerin von Aufrufen kommunistisch-beeinflußter Organisationen,* seit Januar 1976 stellvertretende Vorsitzende des "Verband Deutscher Schriftsteller", Präsidiumsmitglied des PEN der Bundesrepublik Deutschland.

2.) Prof. Helmut GOLLWITZER
Theologe, *Mitarbeiter der prokommunistischen "Christlichen Friedenskonferenz", Unterstützer in Wort und Schrift der kommunistisch-gesteuerten Kampagnen gegen atomare Bewaffnung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg und „Berufsverbote"*

3.) Prof. Wolf-Dieter NARR
Politologe an der FU Berlin, Mitglied der SPD, Mitglied des "Arbeitsausschusses" des "Sozialistischen Büros" (SB) in Offenbach.

4.) Martin NIEMÖLLER
Theologe, *Ehrenpräsident des prokommunistischen "Weltfriedensrates", u.a. Träger des Leninpreises (1967). Büromitglied der DKP-beeinflußten "Konferenz für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ).*

5.) Prof. Uwe WESEL
Politologe FU Berlin, zeitweilig Vizepräsident der FU Berlin.

Selbstverständlich bemühen sich die Initiatoren und nun auch die bereits gebildeten Gremien des Tribunals um eine Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen und um die herrschende Isolierung linksextremistischer Gruppen in unserer Gesellschaft aufzubrechen. Auch der DGB ist Anfang dieses Jahres durch einen Beschluß des Beirats zu Gesprächen über das Russell-Tribunal aufgefordert wirden.

Angesichts der politischen Zielsetzungen, der Zusammensetzung der Initiativgruppen sowie der "berufenen Gremien" dieses Tribunals sieht sich der DGB nicht in der Lage, diese "Veranstaltung" zu unterstützen.
*Da es sich bei den Initiatoren und Mitwirkenden dieses Tribunals z.T. zweifelsfrei um Vertreter DGB-feindlicher Gruppen handelt, die das Ziel verfolgen, die Bundesrepublik Deutschland als einen faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat darzustellen, Ziele also, die sich auch gegen den DGB wenden, fordert der Bundesvorstand die Mitgliedschaft auf, sich in keiner Weise an den Vorbereitungen oder Durchführungen dieses Tribunals zu beteiligen. Eine Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen oder einzelner Gewerkschaftsmitglieder würde sich strikt gegen die Interessen des DGB auswirken.*

Die DGB-Landesbezirke und die DGB-Kreise werden um Beachtung und entsprechende Bekanntgabe dieses Beschlusses gebeten".

Mit freundlichen Grüßen
Heinz O. Vetter

## FRAUEN-GRUPPEN FÜR EIN RUSSELL–TRIBUNAL

HANNOVER 31.Januar — *Am 14./15.1.1978 fand in Hannover eine Arbeitskonferenz zur Unterstützung eines Russell-Tribunals statt. Von den dort anwesenden Frauen wurde nachfolgende Resolution verabschiedet:*

„Die auf der Arbeitskonferenz in Hannover am 14./15.Januar 1978 anwesenden Frauen, Frauengruppen und Frauenzentren wollen die Frauenbewegung der BRD sowie die demokratische Öffentlichkeit des In- und Auslandes auf die sich verschärfende Repression, die speziell die Frauen betrifft, aufmerksam machen und zur Gegenwehr auffordern.

Wir unterstützen mit allem Nachdruck die Vorbereitungen für ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD.
Wir Frauen erfahren täglich, daß die staatliche, politische und ideologische Repression in großem Maßstab zunimmt.

Es setzte z.B. im Rahmen der sogenannten Terroristenjagd eine breite Hetzkampagne gegen uns Frauen ein, die wir es wagen, politisch aktiv zu sein, uns autonom als Frauen zu organisieren und nicht in das erwünschte bürgerliche Rollenbild der Frau fügen. Danach wird überall in der BRD-Presse und in den Medien verbreitet, daß jede Emanzipationsbestrebung von uns notwendigerweise zum Terrorismus führen müsse.

Diese Diffamierung muß jedesmal herhalten, wenn in der letzten Zeit Frauenprojekte, Frauenzentren, Frauenwohngemeinschaften und Frauengruppen überfallen wurden. Die verschärfte Registrierung und Überprüfung von Frauen an den BRD-Grenzen ist Teil der Kriminalisierungskampagne gegen uns alle.

Wie der BRD-Staat mit uns Frauen umgeht, die er als angebliche Terroristinnen festgenommen hat, beweisen die Schreckensmeldungen, die uns aus den Gefängnissen bekannt werden. Wir sind entsetzt über die Brutalität, die in den Knästen bis zur physischen Vernichtung geht und die in den sogenannten Selbstmorden von Stammheim ihren bisherigen Höhepunkt gefunden hat. Wir bekunden hiermit unsere ausdrückliche Solidarität mit all denen, die noch unter derartigen Bedingungen gefangen gehalten werden.

In diesem Sinne fordern wir, daß das geplante Russell-Tribunal über die politischen Verhältnisse in der BRD stattfindet und sichern ihm die uns mögliche Unterstützung zu. Unsere Unterstützung ist umso nachdrücklicher, als uns gerade bekannt geworden ist, daß laut einem Geheimpapier Pläne bestehen, das Russell-Tribunal mit allen Mitteln zu verhindern. Es wird ein Verbot ins Auge gefasst.
Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Pläne und fordern für die ausländischen Teilnehmer ungehinderte Ein- und Ausreise und einen ungestörten Ablauf des Tribunals.

Als Ausdruck der Frauenbewegung gegen Repression finden im Frühjahr zwei Kongresse gegen die Repression gegen Frauen statt – initiiert vom Nürnberger und vom Kölner Frauenzentrum. Wir werden das auf diesen Kongressen erarbeitete Material der Jury des geplanten Russell-Tribunals zur Verfügung stellen und appellieren an sie, dieses zu behandeln."

Die Nürnberger und die Kölner Frauen haben dazu aufgerufen, die Repression in der BRD zu diskutieren. Während die Nürnberger Frauen mehr darauf orientieren, die politische Situation in der BRD aufzuzeigen, soll das Thema des Kölner Treffens die Unterdrückung der Frau in allen Lebensbereichen sein.
Am 12.2.78 findet ein Vorbereitungstreffen in Frankfurt für den Kongreß in Frankfurt statt. Nähere Informationen können bei **Sabine Bröck, Rödelheimerstr. 33, 6 Frankfurt, Tel. 0611/ 77 91 52 abgerufen werden.** Der Kongreß selbst findet am 10./11./12. März 78 in Frankfurt statt.
Der Kongreß ,Gewalt gegen Frauen' findet am **28.4.-30.4.** in Köln statt.

Kontaktadressen:
**Frauenzentrum, Ludwigstraße 44, 63 Gießen**

**Frauenzentrum, Eifelstr.33,5Köln 1, Tel.0221 / 32 17 92**

## NACH HOLLAND NUR NOCH DER TULPEN WEGEN

FRANKFURT, 1. Februar 78 Wir, die Frauen der Frauenzentren in Frankfurt Eckenheim/Bockenheim und Neu-Isenburg, haben die Hollandfahrten mit dem Bus eingestellt.
Mit dem ersten Bus fuhren im Juni 1975 schwangere Frauen zu einer holländischen Klinik, um einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt war der alte § 218 in Kraft, der so gut wie keinen Schwangerschaftsabbruch in der BRD ermöglichte. Tagtäglich suchten daher verzweifelte Schwangere in den Beratungsgruppen der Frauenzentren Hilfe. In dieser katastrophalen Situation sahen wir uns gezwungen zur Selbsthilfe zu greifen und organisierten den Bus nach Holland als Schritt in die "öffentliche Illegalität".
Die anfänglichen Einschüchterungsversuche durch Polizeirazzien von Kripo und Verfassungsschautz in den Frauenzentren unterblieben, als die Verantwortlichen - Ärzte und Politiker - realisierten, daß sie die Probleme mit dem Schwangerschaftsabbruch auf diese Weise bequem abschieben konnten.
Durch die Reform des § 218 im Juni 1976 wurden die Mißstände nur geringfügig geändert. Die neue Indikationsmöglichkeit wird in der Praxis boykottiert: zahlreiche Ärzte weigern sich, Indikationen auszustellen; die Mehrheit der Krankenhäuser lehnt die Durchführung ab oder macht z.B. den Schwangerschaftsabbruch abhängig von einer Einwilligung in eine Sterilisation (Zwangssterilisation). Auch weiterhin versuchen viele Ärzte, sich an der Notlage der Frauen zu bereichern.
Wir sehen nicht ein, daß die betroffenen Frauen diese Lage weiterhin so ausbaden müssen und ihnen ihr Recht auf eine eigene Entscheidung vorenthalten wird. Es geht darum, verändernd in die gängige § 218 -Praxis hier in der BRD einzuwirken. Die Frauen werden von den Beratungsgruppen der Frauenzentren weiterhin darin unterstützt, ihr Recht auf eine Indikation durchzusetzen: d.h. wir informieren sie, wir begleiten sie auf dem Instanzweg zu Arzt, Pro Familia, Klinik. So werden auch Ärzte und Krankenhäuser dazu gebracht, sich endlich ernsthaft mit diesem Problem auseinanderzusetzen.
Die Hollandfahrten sind eingestellt worden, damit das Problem nicht länger ausgelagert werden kann.
In den Frauenzentren finden zu folgenden Terminen Beratungen statt:

*Montag 17.00 – 20.00 Uhr: Frauenzentrum Bockenheim*
*Landgrafenstr. 13*
*Tel.: 0611/778288*

*Dienstag u. Mittwoch 17.00–20.00 FZ Eckenheim*
*Eckenheimer Landstr. 72*
*Tel.: 0611/ 596218*

*Mittwoch u. Freitag 17.00–20.00 Uhr:*
*Frauenzentrum Neu-Isenburg*
*Buchenbusch 29*
*Tel.: 06102/34338*

## ZINSGEWINNE, KEINE LOHNERHÖHUNGEN UND EIN GEFEUERTER BETRIEBSRAT.

FRANKFURT, 30. Januar 78 Ein trauriges Jubiläum kann der gefeuerte Betriebsratsvorsitzende der Langener Maschinenfabrik Pittler bei seinem nächsten Gerichtstermin feiern. Am 20 Februar nämlich, wenn vor dem Frankfurter Landesarbeitsgericht die Sache Bruno Belawa gegen Pittler (s. ID 168 und 184) zur weiteren Verhandlung steht, ist der Jahrestag seines Rauswurfs schon vorüber und die neuen Betriebsratswahlen stehen ins Haus. Wenn Belawa dann nicht sehr bald wieder in den Betrieb darf, ist es, selbst nach seinen eigenen Worten, zu spät. Wenn er es nicht rechtzeitig vor den Wahlen schafft, war das ganze nur ein Kampf um die Höhe einer Abfindung, einer Art einmaliger Frührente – denn Arbeit finden, das ist für einen ehemaligen Betriebsrat unmöglich. Das mußte Belawa auch am 5.12. wieder vor dem Richter erklären, denn die obligate Frage nach der Abfindung blieb nicht aus, wenn auch diesmal geschmückt mit der Sorge um das Klima im Betrieb. Belawa beruhigte den Richter bezüglich des Betriebswetters: er habe ja, wenn er jetzt in den Betrieb komme, überhaupt nicht mehr mit den gleichen Leuten zu tun. Das gesamte Management ist ausgetauscht.

Belawa ist noch zuversichtlich, denn der Richter Dr. Joachim (Kammerpräsident des Landesarbeitsgerichtes) hat mit dem Hinweis, er habe keine Lust, sich den Prozeß vom Bundesgericht zurückverweisen zu lassen, einen neuen Prozeßtermin und neue Beweise geordert. Trotz Widerspruch des Herrn Niederhausen, Vertreter der Firma Pittler AG. Der Richter sagte, es sei ja nicht so ganz unmöglich, daß Betriebsräte wieder eingestellt werden müssen, auch der Honeywell-Betriebsrat Knecht (Dörnigheim bei Hanau) sei ja wieder im Betrieb. Solche eigenwilligen Erklärungen finden nicht häufig statt vor Vertretern großer Firmen.

Während der nächsten Verhandlung soll auch die Richtigkeit der Zahlen geprüft werden, die Belawa gegenüber dem Arbeitsamt benutzte, um seine Ablehnung der Kurzarbeit vom 25.1. 1977 zu begründen, die dann mit zur Begründung der fristlosen Entlassung gebraucht wurde. Ein Zeuge der Geschäftsleitung

mußte einen Teil der "Behauptungen" Belawas bereits zugeben. Während Kurzarbeit beantragt wurde, hatte man gleichzeitig dem Arbeitsamt die Fremdvergabe von 136.000 Arbeitsstunden unterschlagen.

Neuerdings argumentiert die Geschäftsleitung, es habe sich dabei überhaupt immer um geheime Zahlen gehandelt, Belawa habe überhaupt nur geheime Dinge öffentlich ausgeplaudert und sich so geschäftsschädigend verhalten. Darüber, daß die Zahlen geheim waren, steht zwar nichts in der Schrift zu Belawas Entlassung, auch wollte der ehemalige Werksleiter Fleischer sie erst aus dem Gerichtsverfahren kennen, trotzdem aber sollen sie plötzlich ganz schrecklich geheim gewesen sein und Entlassungsgrund. Da es sich bei Belawas Zahlen ausschließlich um äußerst offizielle Geschäftsleitungszahlen, teilweise aus einem richtig öffentlichen Info an alle Mitarbeiter, teilweise aus Mitteilungen an den Betriebsrat, handelt, erübrigt sich diese Diskussion. Trotzdem verging mit ihr zwei Drittel der Zeit des letzten Prozeßtermins.
Belawa:"Langsam glaube ich, wir waren nicht Betriebsräte, sondern Geheimräte".

Pittler vergibt also weiter Fremdaufträge, sonst müßte die Firma ja auch noch ein paar mehr Leute einstellen und, kleiner Tip, sie fiele dann unter die, von allen so geliebte Mitbestimmungsregelung (wirklich verwunderlich, warum die den Herrn Abs stören kann? ). Die Fremdvergabe verteuert natürlich den Produktionsprozeß. Und außerdem hat Pittler Schulden und erwirtschaftet nicht einmal die Schuldzinsen, geschweige denn eine Abtragung, woher also soll Geld für Lohnerhöhungen kommen. Die fallen aus, hat die Geschäftsleitung bekanntgegeben. Die Zinsen gehen vor, die nämlich bekommen die Deutsche Bank und der Herr Abs und die Dresdner Bank, und diesen Damen und Herren gehört auch, ganz nebenbei, die Aktienmehrheit der Firma Pittler, da bleibt nichts für die Löhne. Auch deshalb muß Belawa wieder in den Betrieb.

*Neuer Termin: am 20. Februar, 9.30 Uhr Zimmer 301 Landesarbeitsgericht, Adickesallee, Frankfurt.*

*Kontaktadresse: Bruno Belawa, Sophienstr. 33, 6070 Langen.*

## SCHRUMPFKOPFJÄGER IM VÖLKERKUNDEMUSEUM

GÖTTINGEN/QUITO 30. Januar — *Dieser Bericht einer exemplarischen Aktion ging bei uns anonym ein:*

„Um die Jahreswende 1977/78 entfernten wir aus einer Vitrine des Völkerkundemuseums der Universität Göttingen zwei sogenannte Schrumpfköpfe („tsantsas") der Shuar-Indianer in Ecuador und schickten sie noch am gleichen Tag an diese zurück. Die „tsantsas" sind behandelte Köpfe getöteter Feinde, die für die Shuar von großer Bedeutung waren und sind. In seinem Buch „Schrumpfkopf-Macher? " beschreibt Mark Münzel die Auswirkungen des schwunghaften Souvenirhandels, den weiße Kolonialisten mit den Schrumpfköpfen seit dem 19. Jahrhundert betrieben. Schließlich ließ dieses Interesse „die Kopfjagden Anfang des 20. Jahrhunderts zur echten Gefahr für das Überleben einiger Gruppen werden. Angetrieben von immer höheren Angeboten zogen die Jibaro immer häufiger in den Krieg und griffen sogar jetzt enge Verwandte an. ... Das Interesse der Weißen an solchen Köpfen wirkt wie einem geheimen Vergnügen an Greueln entsprungen, die Indianer nicht begangen haben."

Daß zwei dieser Köpfe im Institutsmuseum ausgestellt sind, wurde vielen Völkerkundestudenten erst klar, als ein Brief aus Ecuador an die Fachschaft kam, in dem um die baldige Rückführung der Köpfe gebeten wurde. Nach einigen Diskussionen (vor ungefähr zwei Jahren) wurde von der Fachschaft beschlossen, die Köpfe ihren Besitzern zurückzuschikken. Statt seiner verdammten Ethnologenpflicht nachzukommen, schrieb der Chef in einem offenen Brief an den Vertreter der Shuar unter anderem: „In der Angelegenheit der „Tsantsas" ist es mir nicht erlaubt, mit Ihnen in Verhandlungen einzutreten." Weiterhin verweist er auf eine UNESCO-Komission, die sich mit derartigen Problemen zu befassen habe, und delegiert die Bitte weiter an den Kurator. Es hieße, die Ergebnisse dieser Komission abzuwarten, und im Schreiben an den Kurator sagt er eindeutig, daß er im Verein mit seinen Museumskollegen der Auffassung ist, „daß man diesen zu erwartenden Ergebnissen nicht durch Einzelaktionen vorgreifen sollte." Für alle Beteiligten waren wohl damit die Möglichkeiten ausgeschöpft und die Sache abgeschoben und gestorben.

Für uns nicht.

Wir holten die Köpfe aus dem entwürdigenden Schaukasten und warten inzwischen auf die Bestätigung aus Ecuador, daß sie unbeschadet bei ihren Besitzern eingetroffen sind. Die einfältigen und lustlosen Untersuchungsmethoden der hiesigen Polizei kommen bei den Ermittlungen natürlich nur auf so profane Werkzeuge wie General- und Vierkantschlüssel, wobei für uns, Dank unserer ethnologischen Grundkenntnisse in praktischer Magie und Zauberei derartige primitive Hilfsmittel völlig überflüssig waren. Deshalb wird die Kripo weiterhin im Dunkeln tappen.

Plötzlich war die sorgsam gehegte Ruhe am Institut dahin. Wer distanziert sich öffentlich und privat am schnellsten, höchsten und weitesten? Selbstzensur: Studenten beantragen durch Abnehmen von unzweideutigen Wandbildern, den Fachschaftsraum zu neutralisieren. Bespitzelung, Polizeiverhöre und Denunziantentum am Institut nähren Mißtrauen, Existenz- und Karriereängste. Und dabei war das erst eine der magischen Anfängerübungen.

(Übrigens: zaubern kann jeder.)

Es grüßt das MEK der DGV (Mobiles Einsatzkommando der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde)."

## DAS RECHT, GEGEN DIE GOTHAER VERSICHERUNG ZU KÄMPFEN

*KÖLN 30. Januar* — *Aus einer Broschüre der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK):*

"Nur weil wir ständig um Wohnraum kämpfen, können wir existieren. Deshalb können wir unsere Firmen betreiben. Deshalb können heute Jugendliche, Kinder, Alte und Familien beim SSK leben.
Der SSK hat schon immer aus Leuten bestanden, die irgendwann einmal in ihrem Leben gescheitert sind, oft, weil sie nie ein richtiges zu Hause hatten. Viele sind in die Zuständigkeit der verschiedensten Behörden gelangt, ihnen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Bei vielen Jugendlichen, die früher aus Heimen und zerstörten Elternhäusern zu uns kamen, und oft dann im SSK versuchten, ihre Wut über ein fehlendes zu Hause los zu werden, suchten wir noch die Schuld für die Ursache dieser Schicksale bei Eltern und Behörden. Als wir uns dann unter uns umschauten, konnten wir feststellen, daß viele SSK -

Mitglieder, egal wie alt und woher sie zu uns kamen, ins Elend gestoßen wurden, weil sie nie eine menschenwürdige Wohnung hatten: Kinder und Jugendliche mußten deswegen ins Heim, Familien zerbrachen an zu hohen Mieten, den Alten wurde das Anrecht auf einen menschenwürdigen Lebensabend genommen.
Die Wohnungen, die alle diese Menschen hätten bezahlen können, werden ihnen genommen und den Banken, Versicherungen und Behörden geopfert. Die Opfer werden feinsäuberlich auseinander sortiert: Die Kinder kommen aus der zu kleinen Wohnung ins Heim, die Jugendlichen, die in der Obdachlosensiedlung kriminell werden, in den Knast, die Väter, die anfangen zu trinken, ins Irrenhaus und die Alten ins Altersheim. Die Ursache ist bei allen ein und diesselbe: Die Not an preiswerten, menschenwürdigen Wohnungen."

*Daran, daß diese Not auch weiterhin bestehen bleibt, arbeitet auch die Gothaer-Versicherungsgesellschaft mit. In Köln hat sie gegen den Widerstand der Bevölkerung, dem Hansaviertel durch den Abbruch eines Häuserblocks den Lebensnerv zerstört. Vor ein paar Jahren hatte sie bereits die Bebauung eines Parkes veranlaßt. Im Namen der Gothaer wurden Mieter auf die Straße gesetzt, notfalls wurden Möbel zerschlagen. Mitglieder des SSK, die gegen die Wohnraumzerstörung durch die Gothaer gearbeitet haben, stehen nun wegen Sachbeschädigung vor Gericht. Um die Angeklagten vor Gericht nicht allein zu lassen, hat der SSK zusammen mit dem Kölner Volksblatt Vorschläge für eine Öffentlichkeitsarbeit erdacht.*

*Ein Plakat und Flugblätter zur Geschichte der Auseinandersetzungen sind direkt beim SSK zu bestellen. Beides kostenlos. Außerdem sollen Fragen an die Niederlassung der Gothaer in Köln gerichtet werden. In einem Flugblatt der SSK heißt es:*

AN ALLE KUNDEN DER GOTHAER

Sind Sie etwa gefragt worden, ob die GOTHAER Ihre Beiträge für luxuriöse Prunkbauten auf dem teuersten Baugrund der Städte verschwenden darf?

Oder ob die GOTHAER anläßlich eines Bauantrages für einen überhöhten Bau einen DM 400.000 teuren Brunnen verschenken darf?

Probieren Sie die Kundenfreundlichkeit Ihrer Versicherung aus.
Verlangen Sie eine Stellungnahme zu den Abbrüchen in Köln!

Fragen Sie, ob die GOTHAER weiterhin auf Kosten der Kunden mit protzigen Marmorpalästen guterhaltene Wohnviertel zerstören will.

Warum ihr keine zweckmäßigen Verwaltungsgebäude genügen, für die keine Menschen vertrieben werden müssen.

Fordern Sie die GOTHAER auf, die Strafanträge wegen der Protestaktionen in Köln zurückzuziehen.

Schreiben Sie an die GOTHAER, 5 Köln 1, Kaiser-Wilhelm-Ring 23, (und an Ihren Versicherungsagenten!)

**Die Sozialistische Selbsthilfe Köln hat eine Broschüre herausgegeben, in der der Konflikt ausführlich dokumentiert ist. Zu beziehen über:**

**SSK, Salierring 41, 5000 Köln 1, Tel. 0221/ 21 31 75**

## RÄUMUNGSKLAGE GEGEN WOHNGEMEINSCHAFT,
### GARNIERT MIT SEXUELLEN VORWÜRFEN

BOCHUM
25. Januar

*Einer Bochumer Wohngemeinschaft wurde fristlos gekündigt. In einem Flugblatt äußert sie sich zu der Geschichte:*

" . . .

*„Eine nachhaltige Störung der Hausgemeinschaft haben die Beklagten dadurch hervorgerufen, daß sie bei der Ausgestaltung ihrer intimen Beziehungen einen für andere Hausbewohner unzumutbaren Lärmpegel erzeugten. Überdies haben die Beklagten zwischen 7 und 12 Jahre alten Kindern anderer Hausbewohner bei unverhängten Fenstern Gelegenheit gegeben, Szenen ihres Liebeslebens zu verfolgen. Hierüber sind die Erziehungsberechtigten mit Recht empört. Ferner haben die Beklagten die Fenster des von ihnen bewohnten, zur Straßenfront gelegenen Raumes bemalt und mit einer Reihe von ca. 10 x 15 cm großen Aufklebern, teilweise politischen, teilweise allgemein weltanschaulichen Inhaltes, versehen. Es handelt sich um Darstellungen von Hammer und Sichel sowie von männlichen und weiblichen Geschlechtssymbolen in auffallender roter und anderer Farbe. Der mit dem Hammer und Sichel versehene Aufkleber trägt den Text: 'Nieder mit den Verbotsanträgen. Auf zur Kundgebung nach Bonn am 8. 10. 1977, 15.00 Uhr.' Bei einem weiteren Aufkleber handelt es sich um die Parole: 'Atomkraft – Nein danke!'. Ein weiterer Aufkleber enthält einen Kreis, aus dem nach oben rechts aufsteigend und nach unten rechts abfallend ein männliches Glied hervortritt, aus dem Tropfen auf ein kleineres Symbol herabfallen; dieser Aufkleber trägt den Text: 'Runter mit dem Männlichkeitswahn'."*

(aus der Räumungsklage)

Das sieht zunächst so aus, als seien die Liebesleben-klamotten die Hauptseite der Klage. Tatsächlich aber war es so:

Lange, lange Zeit waren die Fenster der Wohnung mit bunten Tigern, Dinosauriern, Ostereiern und Eistüten bemalt und beklebt. Viele, besonders Kinder, freuten sich über diese Farbkleckse in der grauen Häuserschlucht der Oskar-Hoffmann-Straße. Eines Tages aber kamen einige Aufkleber dazu:

– erst ein Frauenzeichen (schon seit Sommer)
– dann eine Atomkraft-Nein danke-Sonne
– und dann ein Aufkleber gegen die K-Gruppen-Verbotsanträge.

Und schon stand die Vermieterin auf der Fußmatte, wohl angestachelt von zwei anderen Mietparteien, dem CDU-Katholiken-Oberstudienrat Schneider und Gebhardt (SPD): die beiden neuen Aufkleber müßten weg. Wir nahmen die Aufkleber aber nicht ab. Es kam später noch der abgebildete Aufkleber hinzu.

Dann flatterten die Abmahnungen ins Haus, dann die fristlose Kündigung und schließlich die Räumungsklage. Gleichzeitig wuchsen die 'Gründe' lawinenartig. Nicht mehr nur die politischen Aufkleber, nein alle Aufkleber und Bemalungen sollten ab. Und, äußerst passend dazu – denn Linke sind ja auch sexuell abartig – der Exhibitionismusvorwurf und der gewisse 'Lärm'. Dabei kann von 'Lärm' nicht die Rede sein. Es ist die Art der Geräusche, welche die Schneiders, die über uns wohnen, erregt. Ihre fünf Kinder könnten ja auf unreine Gedanken kommen. Diese 'Kleinkinder' (so hieß es in der Kündigung) sind übrigens alle im




Alter von 7 bis 12 Jahren. Anders kann es nicht sein, wie könnten sie sonst durchs Fenster gucken? Sind die Kinder etwa aus verständlicher Neugier (Sexualunterdrückung zu Hause? ) auf den Mauersims geklettert?

Lustig ist ja die Beschreibung des Männlichkeitswahn-Aufklebers in der Räumungsanklage. Ein Pfeil wird zu einem Penis, eine Klostrippe zu 'herabfallenden Tropfen'. Oh, wie merkwürdig ist die Wahrnehmung dieser Leute eingerastet! Das Frauenzeichen würde von dem Katholiken auch schon für eine Verhohnepipelung der Kirche angesehen, als umgedrehtes Kirchenzeichen mit einer Faust in der Mitte. Gar nicht lustig ist, wie die Saat der Linkenhetze in einigen Bürgerköpfen aufgeht."

**Wolfgang Jöst, Ulrike Busolt, Oskar-Hoffmann-Straße 121, 4630 Bochum**

## ENDGÜLTIGE KÜNDIGUNG FÜR DIE FREE CLINIC

HEIDELBERG 30. Jan. 78 *Presseerklärung der Free Clinic:*

"Mit Urteil vom 20. 1.1978 hat das Landgericht Heidelberg entschieden, daß die fristgerechte Kündigung zum 31.12. 77 der Stadt Heidelberg für die Räume der Free Clinic in der Brunnengasse 20-24 berechtigt ist. Es hat die Klage auf fristlose Kündigung abgewiesen. Dieser Antrag war von der Stadt bereits in der ersten Verhandlung nicht mehr gestellt worden, auch nicht hilfsweise. Der Stadt Heidelberg sind deshalb auch die Kosten für das Verfahren zu einem Viertel auferlegt worden.

Ruft man sich in Erinnerung, daß die Stadt die außerordentliche Kündigung durch eine 59-seitige Klageschrift begründete, die sie zudem in unbekannter Auflage verbreitete, bevor sie der Free Clinic zuging, drängt sich die Vermutung auf, daß die Stadt mit der außerordentlichen Kündigung prozeßfremde Zwecke verfolgte. Denn das Ziel einer Räumung der Free Clinic zum Sanierungsbeginn hätte die Stadt einfacher durch eine schlichte fristgemäße Kündigung erreichen können — ohne vorherige Vorwürfe, deren gerichtliche Klärung sie hinterher vermeidet. Beschuldigungen u.a. wie: die Free Clinic manipuliere Klienten, sie versuche, politisch zu indoktrinieren oder gar sie betreibe keine Drogenarbeit, hatte die Free Clinic wiederholt zurückgewiesen.

Bereits vor dem Urteil war durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialforschung festgestellt worden, daß die Free Clinic ihre Aufgaben entsprechend den Förderungsrichtlinien wahrgenommen habe. Die Stadt hatte deshalb den Bundeszuschuß, den sie anfänglich zurückgehalten hatte, auszahlen. müssen.

Angesichts des Urteils ist es für die Free Clinic vordringlich, in allernächster Zeit Ersatzräume zu finden bzw. die Vollstrekkung des Urteils abzuwenden. Die bisherige Suche nach anderen Räumlichkeiten verlief ergebnislos. Finanziell ist die Free Clinic vorläufig in der Lage und auch bereit weiterzuarbeiten. Sie hat vor kurzem ein Konzept vorgelegt (siehe ID 211/212) und damit ihre Überlegungen für die zukünftige psychosoziale und medizinische Versorgung Drogenabhängiger und -gefährdeter in Heidelberg einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Stadt sieht keine Grundlage zu einem gemeinsamen Gespräch.Sie ist nach Auskunft durch Herrn Oberbürgermeister Zundel auch nicht bereit, die Free Clinic an den Städtischen Überlegungen teilnehmen zu lassen. Sie hat sich lediglich bereiterklärt, über die Modalitäten der Räumung zu verhandeln. Die Free Clinic bedauert diese Entscheidungen. Sie betont weiterhin ihre Bereitschaft — nicht zuletzt im Interesse der betroffenen Jugendlichen — mit der Stadt ein Gespräch zu führen."

**Kontaktadresse:**
**Brunnengasse 18, 69 Heidelberg, Tel. 06221/28436**

Presseerklärung
der Evangelischen Studentengemeinde an der Pädagogischen Hochschule Berlin (ESG–PH) zur geplanten Streichung im § 1 des Schulgesetzes:

## "DER NAZISTISCHEN IDEOLOGIE UNERBITTLICH ENTGEGENSTEHEN" ALS ERZIEHUNGSZIEL UNVERMINDERT WICHTIG UND NOTWENDIG!

BERLIN, 1. Februar 78 "Mit Unverständnis und Besorgnis haben wir erfahren, daß die Berliner Schulverwaltung plant, im Entwurf zum 14. Änderungsgesetz zum Schulgesetz im § 1 folgende Formulierung zu den Erziehungszielen zu streichen:

*"Ziel muß die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, die vollständige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer und friedlicher Grundlage zustande zu bringen, und welche der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegenstehen,sowie auch von dem Gefühl ihrer Verpflichtung der Menschheit gegenüber durchdrungen sind."*

Zur gleichen Zeit müssen wir mit Bestürzung erfahren, daß ein wegen schwerer Brandstiftung verurteilter Rechtsextremist einen Journalisten bei der Urteilsverkündung vor Gericht blutig schlägt und rechtsextremistische Zuhörer sogar mit Mord drohen.
Dies alles geschieht in Berlin wenige Tage vor dem 30. Januar 1978. Vor 45 Jahren, am 30. Januar 1933, begann die zwölfjährige menschenverachtende und -zerstörende Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland. Wir haben uns entschlossen, die Meldungen und dieses Datum nicht nur zur Kenntnis zu nehmen.

Besonders betroffen hat uns, als christliche Gemeinde im Erziehungsbereich die geplante Streichung im § 1 des Schulgesetzes, gegen die sich bereits die, bei den Vereinten Nationen akkreditierte Internationale Liga für Menschenrechte/ Sektion Berlin, sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ausgesprochen haben.

Wir stellen fest:
Das im § 1 des Schulgesetzes enthaltene Erziehungsziel "der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegen(zu) stehen" ist heute, angesichts der besorgniserregenden Zunahme verharmlosender "Objektivierung" und "Rehabilitierung" des Nationalsozialismus in den Medien sowie zunehmender antisemitischer und neo-nazistischer Aktivitäten gerade von Jugendlichen, unvermindert wichtig und notwendig".

*Evangelische Studentengemeinde an der Pädagogischen Hochschule Berlin*
*1 Berlin 46, Marchandstr. 18*
*Tel.: 030/7758068*

## AUFRUF ZU EINEM BUNDESWEITEN TRIBUNAL ZUR HEIMERZIEHUNG IN DER BRD

BREMEN
Januar 1978

*Die Gruppe „Schnürschuh" schickte uns ein Flugblatt, in dem sie die Geschichte der Heimrevolten seit 1969 schildert und über Erfahrungen mit Heimskandalen in der letzten Zeit berichtet. Insgesamt stellen sie fest, daß die Veränderungen in den Heimen nichts weiter als kosmetische Operationen waren, daß immer mehr Erzieher sich aus Resignation in alternative Projekte zurückziehen, daß die Zustände in den Heimen noch immer alarmierend sind.*

„In der BRD leben ca. 130.000 Kinder und Jugendliche in etwa 3.000 Heimen. Ein großer Teil dieser Heime ist kasernenartig gebaut und oftmals mit Gefängnischarakter geführt. Viele Heimleiter und Sozialpädagogen, Sozialarbeiter und Erzieher leiden unter dieser Situation. Jedoch nur wenig kann von ihnen geändert werden. Die einzelnen Trägereinrichtungen und verantwortlichen Stellen stören diese Zustände nicht. Für sie gilt vielfach das Motto „fest verwahrt ist besser als therapeutisch-pädagogisch rumzuexperimentieren. ...

Am 10. und 11. Dezember 1977 fand in Berlin eine Tagung von Heimerziehern aus dem ganzen Bundesgebiet statt. Ungefähr 350 Teilnehmer. Es wurde über halboffene und geschlossene Heime diskutiert. Man bemerkte immer wieder die Resignation der Erzieher, die in Repressionsanstalten der Fürsorge arbeiten. Sie möchten gern was daran verändern, aber alleine können sie dies nicht tun. Daher kam dann auch der Vorschlag, ein bundesweites Tribunal in der Bundesrepublik zum Thema „Fürsorgeerziehung in der BRD" zu machen. Dieser Vorschlag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Es wurde zur Vorgehensweise beschlossen, daß in folgenden Länderregionen gearbeitet werden soll:

Bremen und Hamburg untersucht Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Frankfurt macht Hessen. Köln macht Nordrhein-Westfalen, München untersucht die Situation in Bayern und in der Pfalz und im Saarland muß noch eine Gruppe gesucht werden. In den verschiedenen Regionen sollen für diese Untersuchungen auch die einzelnen Fachhochschulen in den Bundesländern um Unterstützung gebeten werden. Bis April 1978 sollen erst einmal alle geschlossenen Heime in den einzelnen Regionen erfaßt sein und wenn möglich bereits mit den Untersuchungen begonnen werden. Heimjugendliche sowie Erzieher und Sozialarbeiter in den Behörden können hierzu wichtige Informationen geben. Aber besonders gut wäre ihre direkte Mitarbeit. Außerdem sollten immer wieder die Möglichkeiten zu Arbeitstreffen ermöglicht werden.

Außerdem ist vorgeschlagen worden, die nächste überregionale Heimerziehertagung eventuell in Bremen durchzuführen. Zum Jugendhilfetag im November 1978 in Köln sollen die ersten Zwischenberichte aus den Regionen fertig sein und eventuell schon einiges veröffentlicht werden. Als Tribunaltermin ist der April 1979 geplant.

Vor dem Tribunal sollen nochmals in Deutschland Veranstaltungen durchgeführt werden, die über die Heimsituation berichten. Hiermit fordern wir alle auf, sich an den Vorbereitungen zu beteiligen. Außerdem solidarisiert euch mit den Kollegen durch Resolutionen und direkte Unterstützung.
Nur gemeinsam kann man diesen Heimterror zerschlagen und die verantwortlichen Leute zur Rechenschaft ziehen. Wir konnten bemerken, wie den Herren bereits bei der regionalen Auseinandersetzung in Hessen 1969 die Angst im Nacken saß. Und wie sich 1977 der Bremer Senat in den Skandal einschaltete und jetzt dort schnellstens die Situation reformiert. Gemeinsam kämpfen macht stark! Wer mitarbeiten will, schreibe an

**Schnürschuh-Gruppe, Fedelhörn 43, 2800 Bremen 1"**



## SPIELWERKER GEHEN AUF REISEN

*ASCHAFFENBURG*
*17. Januar*

*Die Gruppe Spielwerk schickte uns ein ausführliches Selbstdarstellungspapier, aus dem wir Auszüge veröffentlichen:*

"Wir sind eine Gruppe von vielen, die zur Zeit versuchen, ihre Existenz auf eigene Füße zu stellen. Von anderen Selbsthilfegruppen unterscheiden wir uns dadurch, daß wir (bis jetzt jedenfalls noch) Anstellungen in unseren angestammten Berufen (Sozialarbeiter, Sozialpädagogin, Dekorateur, Artzhelferin, Redakteurin, Künstler) finden könnten - aber nicht mehr wollen.

"SPIELWERK" versteht sich, vorläufig jedenfalls, als reisende Truppe, die ihre "SPIELWERK"-statt überall aufschlägt, wo sie angefordert wird. Ihr Programm reicht von Spielaktionen über Kulturwochen, Festen und Fortbildung bis zur Ferienbetreuung von Kindern. Resonanz erhofft sich die Gruppe vorzugsweise auf dem Land und in kleineren Städten, dort, wo sich Kultur mangels Finanzen und Personal in gelegentlichen Theatergastspielen erschöpft und die Sozial- und Kulturarbeit ausschließlich Domäne der Kirchen und Vereine ist. Der stets wechselnde Arbeitsplatz, so meinen die "Spielwerker", schützt sie auch vor der zwangsläufigen Berufskrankheit der seßhaften Sozial- und Kulturarbeiter, der Betriebblindheit.

Für Spielwerker steht beispielsweise in der Jugendarbeit die hoffnungslose Ausschließlichkeit Diskothek oder Diskussion nicht mehr zur Debatte; sie wird ersetzt durch das Vertrautmachen mit vielfältigen Materialien, Medien, Spielen, Kommunikationsformen und gesellschaftlichen Zusammenhängen. In diesem Bereich hat die Gruppe mit Aktionswochen bereits ermutigende Erfahrungen gesammelt, die sich auch auf Feste, Workshops, Spieltage in Schulen und Jugendzentren sowie bei entsprechender Differenzierung - auf weitere Zielgruppen übertragen lassen.

An dieser Stelle können nicht alle bisherigen Erfahrungen ausgeführt und die weiteren Tätigkeitsbereiche von Spielwerk nur angedeutet werden: betreute Kinderspielplätze, Familienspieltage, Stadtspiele, Feste mit Menschen allen Alters - für ein

ganzes Dorf, einen Stadtteil, einen Landkreis; Aktionswochen mit Workshops in Musikimprovisation, Batik, Plakatmalerei und -druck, Video, Theater, Töpfern (um nur ein paar Beispiele herauszugreifen) sowie Dokumentation und anschließender Auswertung (bei allen Aktionen möglich); Seminare zu den Themen Kennenlernen, Partnerbeziehungen, alternative Lebensformen, Sexualität ... undsoweiter.

**SPIELWERK**
**Aktionsgruppe Spielpädagogik und Kultur**
**c/o Christoph Preuß**
**Würzbuger Straße 12, 875 Aschaffenburg, Tel. 06021/27 975"**

## EINE WANDERAUSSTELLUNG GEGEN DIE BILD-ZEITUNG

BERLIN
25. Januar

*In Zusammenarbeit mit Günter Wallraf beabsichtigt die Galerie 70 in Berlin in der Zeit vom 5. April bis 10. Juni 1978 eine Ausstellung gegen die Bild-Zeitung durchzuführen. Die Ausstellung soll sich in drei Teile gliedern:*

1. SPRINGER '68 – eine Dokumentation der damaligen Kampagne „enteignet Springer"
2. SPRINGER '78 –
   a) Die Entwicklung des Konzerns
   b) Dessen publizistischer Machtmißbrauch (Arbeitsmethoden etc.)
   c) Repräsentative Beispiele
3. Die Kampagne gegen das Buch von Günter Wallraf

*Die Organisatoren der Ausstellung fragen an, wer die Ausstellung mit Material unterstützen kann und wer Interesse hat, die Ausstellung am eigenen Ort durchzuführen.*

**Kontakt:**
**Galerie 70, Schillerstraße 70, 1000 Berlin 12**

## NEUE PRÜFUNGSORDNUNG FÜR ARCHITEKTEN –



AACHEN
26. Jan. 78

*Im Reiffmuseum (Architekturabteilung der TH Aachen soll es bald zu Ende sein mit der akademischen Freiheit von Studenten und Professoren – jedenfalls, wenn es nach dem Willen der verantwortlichen Herren im Wissenschaftsministerium geht. Per Prüfungsordnung und Regelstudienzeit sollen alle kritischen Inhalte aus dem Studium exkommuniziert werden und die Studenten in 8 Semestern durch ein Studium gejagt werden, für das früher im Durchschnitt 12 Semester nötig waren. Wir veröffentlichen ein Flugblatt von der Fachschaft Architektur zu diesem Konflikt.*
*Auf einer Vollversammlung im total überfüllten Hörsaal haben die Studenten jetzt einen 3-tägigen Warnstreik beschlossen.*

Und los gehts: raus aus der Schule, auf den Studienplatz hoffen, rein in die Uni, und dann: gib ihm saures: Baukonstruktion, darstellende Geometrie, Kunstgeschichte ...

Nach acht Semestern Diplom? Na klar!

Haaalt! So geht das ja nun nicht, da machen wir nicht mit! Da gibt es in Aachen einige Bürgerinitiativen (was hat das denn jetzt damit zu tun? ), also Bürgerinitiativen, die sich gegen die Stadtplanung der Stadt wenden, zum Beispiel gegen die Verbreiterung der Gördeler Straße.

Da gibt es im Roosviertel Hausbesitzer und Mieter, die nicht genau wissen, was es für sie bedeutet, wenn Modernisierungs- oder Sanierungsmaßnahmen geplant sind.

Da gibt es Schlagworte wie: Bürger planen mit, Bürger gestalten ihre Umwelt selbst.

Doch wenn ich mir die Städte anschaue, dann können diese Schlagworte noch nicht Wirklichkeit geworden sein.Unsere Städte sind häßlich. Ein Haus sieht aus wie das andere, keins hat ein Gesicht. Die Straßen sind dauern mit stinkenden und lärmenden Autos verstopft.

Schuld an dieser häßlichen Wirklichkeit ist unter anderem sicherlich auch eine schlechte Ausbildung.

Nicht, daß unsere Vorgänger hier in Aachen zu wenig gezeichnet hätten oder nicht kreativ gewesen wären – ganz im Gegenteil. Doch dieser Schöpfungskraft wurde in deren Ausbildung ganz eindeutig und unwidersprochen auf die Interessen der Wohnungsbaugesellschaften orientiert: Mieter treten dort nur als anonyme Benutzermassen in Erscheinung. Die Städte wurden nach den Anforderungen des Autoverkehrs geplant: Anwohner waren nur dann interessant, wenn sie enteignet werden mußten. Architektonische Gestaltung wurde nur am Beispiel von Kirchen und Villen gelehrt, alles andere war "modern", nämlich häßlich, eckig und uniformiert.

In der Bevölkerung regt sich Unmut gegen die Ergebnisse unserer "modernen Architektur", bei uns Studenten regt sich Unmut gegen eine Ausbildung, die zu solchen Ergebnissen führt. Innerhalb unseres Studiums lassen wir diesen Unmut praktisch werden. Studentengruppen an unserer Architekturabteilung haben eine Bürgerinitiative im Ruhrgebiet, die sich gegen den Abriß einer Zechensiedlung zur Wehr setzte, mit einem Gutachten unterstützt, das gegen den Abriß der Siedlung Stellung bezog.

Eine Studentengruppe hat sich mit einer alternativen Verkehrsführung im Bereich Oppenhoffallee/Gördeler Straße auseinandergesetzt, um damit Argumente gegen den Abriß einer Häuserzeile zu liefern.

Andere Studenten haben sich im Sanierungsgebiet Roosviertel engagiert, wieder andere in der Königsstraße, in Haaren, an der Neupforte ...

Diese Art des Studierens will der Minister jetzt endgültig abschaffen: In Düsseldorf bei den Bürokraten im Wissenschaftsministerium, die selber noch nicht einmal Architekten sondern Juristen sind, wird jetzt bestimmt, wie Architekten ausgebildet werden. In zwei Wochen sollen wir eine Prüfungsordnung von oben herab auf den Tisch kriegen! Die Erarbeitung dieser Prüfungsordnung lief völlig undemokratisch, ohne Beteiligung der Studenten und Professoren, für die diese ja schließlich gelten soll, ab. Das heißt, deren Vorstellungen sind überhaupt nicht beachtet worden.

So sieht diese Prüfungsordnung dann auch aus:
– 8 Semester Regelstudienzeit (ein zusätzliches Semester für die Diplomarbeit wird uns großzügigerweise noch gegönnt)
– völlig festgelegter Fächerkatalog
– Gruppenarbeit wird fast völlig abgeschafft bzw. unmöglich gemacht.

Wir glauben, daß durch eine in solchem Maße bürokratisch geplante und durch eine Unmenge Vorschriften reglementierte Ausbildung, wie sie diese Prüfungsordnung vorsieht, den vielfältigen Problemen der Architektur nicht entsprochen wird.

Nur wenn wir Studenten die Möglichkeit haben, unsere Spezialgebiete selbst zu wählen – unseren Neigungen entsprechend, nur wenn wir unser Studium in weitgehender Eigenverantwortung gestalten können, werden wir in unserem Beruf neue Impulse geben können für eine bessere Architektur.

Deshalb ist diese Prüfungsordnung keine Privatsache von Studenten, sondern sie richtet sich mit ihren einschnürenden Vorschriften auch gegen eine bessere, menschlichere Architektur.

## SPÄTH's "DEMOKRATISCHER DIALOG" NUR UNTER SCHUTZ VON 400 BULLEN MÖGLICH: DEMOKRATISCHER RASSISMUS

HEIDELBERG 25. Januar

Am Montag fand in Heidelberg eine Veranstaltung von RCDS und einer anderen rechten Gruppe statt; Thema: "Zukunftschancen der akademischen Jugend"; Redner Späth, Fraktionsvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg.
Das ganze fand in der Uni statt und war vorher durch die Rechten angeheizt worden, indem sie in Flugblättern und in der Presse den "demokratischen Dialog" propagierten und die Veranstaltung als Exempel für die "Besonnenheit" der Heidelberger Studenten verstehen wollten.
Für die Linken in Heidelberg war klar, daß wir den Späth nicht alleine lassen durften, wo er doch so sehr auf uns wartete. Was uns dann allerdings erwartete, war uns nicht klar. Die Uni war voll von Bullen, wir konnten noch unten rein, vor der Aula dann doppelte Kontrollen. Ernst, stadtbekannter Staatsschützer und andere Spitzel, geschützt von Bullen, machten Gesichtskontrolle und wer verdächtig aussah, durfte nicht rein. Wer's dennoch schaffte, wurde oben nochmal einer Leibesvisitation unterzogen. Ausweis mußte sowieso gezeigt werden.
200 von uns mußten draußen bleiben, aber trotzdem schafften es gut 400 reinzukommen und sie machten dort ein Höllenspektakel, daß der Späth keine Chance hatte und sein Referat keiner verstand. Danach zogen alle Linken aus, die Rechten blieben alleine. Drin blieben dann vielleicht 200 - 300 Leute. Obwohl der KBW mal wieder kolossal nervte, war die ganze Aktion doch ein Erfolg, weils diesen Typen nicht gelungen ist, ihre Scheiße zu erzählen. Leider konnten wir nicht, wie in Göttingen, Frankfurt und Berlin einige Volltreffer verzeichnen, aber was nicht ist, kann noch werden. Die CDU versucht es bestimmt noch einmal. Bis dann, einige Spontis aus Heidelberg.
(PS: Späth war uns zu hohl, wir wollen Helmut Kohl)

## SELBSTMORD BEI DER AAO

HAMBURG 30. Jan. 78

*Von der Homosexuellen Aktion Hamburg veröffentlichen wir Auszüge eines Flugblattes:*

Das frühere Mitglied der Homosexuellen Aktion Hamburg, Rainer Rüstig, hat sich mit Schalftabletten vergiftet und ist am 6.12.77 tot aufgefunden worden. Rainer war vor einiger Zeit der AAO (Aktionsanalyse-Organisation) beigetreten. Die AAO hatte sich Rainer als Lösung von Problemen, die er hatte, und als Alternative zu seiner vorherigen Lebenspraxis angepriesen. Otto Mühl und seine Propagandisten haben es verstanden, an seinen völlig legitimen Interessen anzuknüpfen. Er sah in der AAO eine hier und heute praktizierte 'Gegengesellschaft', die Kommune mit Prinzipien wie freier Sexualität, gemein sames Eigentum, gemeinsamer Arbeit und Produktion, er glaubte der AAO, daß 'schon jetzt ein Leben zu verwirklichen ist, das nach den Grundbedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist' (AAO-Werbeblatt).

Er hat dann als AAO-Mitglied auch in Kauf genommen, daß seine Homosexualität als 'Frauenhaß' gesehen wird, als 'Ekel vor Frauen', 'tiefverborgenem Haß gegen die Mutter'. Homosexualität sei eine 'biologische Fehlentwicklung', eine 'Schädigung' und ‚Krankheit' von der die AAO (die Schwulen ‚befreien' will (Zitate aus AA-Magazin Nr. 1). Rainer hat sich in den täglichen 'Selbstdarstellungen' im AAO-Kreis seiner angeblich deformierten Sexualität entledigt – wie bei der Teufelsaustreibung. Er verlor seine – immer noch brüchige – Identität als Schwuler, um sich der angeblich 'freien' Sexualität der AAO zu unterwerfen.

Wir sind betroffen und erschreckt über den Tod Rainers. Rainer hat sich für einen Versager gehalten. Er ist mutlos geworden und hat sich getötet. Die AAO war für ihn keine Alternative, sie ist es für niemand, der sich für eine Verbesserung der Verhältnisse einsetzt, und für Schwule schon gar nicht. Wir ziehen daraus die Konsequenz, daß wir zum einen gegen diese Leute mehr vorgehen müssen und zum anderen, daß wir unsere Sache selber in die Hand nehmen und jedem einzelnen von uns ein größeres Maß an Geborgenheit, Vertrauen und Sicherheit geben wollen. Denn wir können auch nicht daran vorbeisehen, daß Rainer niemals zur AAO gegangen wäre, wenn er in unserer schwulen Aktionsgruppe das Maß an Unterstützung gefunden hätte, das er suchte. Trotzdem ist die AAO keine Alternative für uns –

wir sind schwul und wir sind stolz darauf!

**Kontaktadresse:**
**Homosexuelle Aktion Hamburg, W. Klinker, Buttstr. 50/1, 2 Hamburg 50**

## ZUR DROHENDEN VERABSCHIEDUNG DES "RAZZIENGESETZES"

BERLIN 1. Februar 78

Im Februar soll eine erneute Änderung der Strafprozeßordnung (StPO) im Bundestag verabschiedet werden. Neben weiterer Einschränkungen der Verteidigungsrechte durch Einbau von Trennscheiben und erleichtertem Verteidigerausschluß, soll ein bedeutender Teil des geplanten, seit Jahren heftig umstrittenen "Einheitlichen Polizeigesetzes", im Voraus in die Strafprozeßordnung eingeführt werden. Diese Änderung wird vielfach als "Razziengesetz" bezeichnet, weil es polizeiliche Befugnisse bei der Strafverfolgung nicht mehr an konkrete Verdachtsmomente knüpft, sondern der Polizei erlauben soll, "razzienmäßig" ganze Wohnblocks und Stadtteile abzuriegeln und zu durchsuchen:

- daß die Wohnungen völlig unverdächtiger Bürger eines ganzen Gebäudes von der Polizei durchsucht werden können, ohne daß ein konkreter Verdacht für das Auffinden von Straftätern in einer bestimmten Wohnung vorliegen muß (§ 103 StPO),
- daß ganze Stadtteile durch "Kontrollstellen" abgeriegelt werden können und jeder dort vorbeikommende Bürger sich ausweisen und durchsuchen lassen muß (§111 StPO)
- daß auch ohne Kontrollstellen praktisch jeder Bürger von der Polizei überprüft, kontrolliert und durchsucht, bei Schwierigkeiten der Identifizierung auch festgehalten werden kann, wobei ihm das Recht, einen Familienangehörigen oder Anwalt benachrichtigen dann genommen werden soll, wenn dadurch "der Zweck der Untersuchung gefährdet" würde. (§ 163 StPO)

Daß diese umfassenden Befugnisse nicht zur Terroristenbekämpfung dienen, zeigten bereits die 147 000 durchsuchten Bürger an den Kontrollstellen vor der Anti-AKW-Demonstration von Kalkar ("Die Streife", Heft 10/77). Der nach wie vor zur Verabschiedung anstehende Musterentwurf für das Einheitliche Polizeigesetz gibt der Polizei noch über das "Razziengesetz" hinausgehende Befugnisse zur vorbeugenden "Gefahrenabwehr" . Danach dürften Kontrollstellen schon zur Verhinderung von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz eingerichtet werden.

Die Verhinderung des "Razziengesetzes" ist damit ein entscheidender Schritt zur Verhinderung des in der Einschränkung demokratischer Rechte noch weitergehenden Polizeigesetzes.

*INITIATIVE GEGEN DAS "EINHEITLICHE POLIZEI-GESETZ"*
*Kontaktadresse: C. Rothkegel, Ehrenbergstr. 31, 1 Berlin 33*

## RAZZIA BEIM VOLKSVERLAG

ANSBACH
30. Jan. 78

*In einem Flugblatt äußern sich die Mitarbeiter des Volksverlages zur Beschlagnahme einiger Bücher. Wir zitieren Auszüge aus dem Flugblatt:*

"Am 16.1.1978 liefen wieder einmal ca. 10 Beamte der Ansbacher Kriminalpolizei, sowie einige Bewacher der Landpolizei, sowie einige Bewacher der Landpolizei Bad Windsheim, in das Verlagsgebäude der Volksverlag Linden GmbH ein. Der Grund, bzw. die Gründe ihres Besuches waren zwei Beschlüsse, denen zwei Ermittlungsverfahren gegen Raymond Martin, den Geschäftsführer der Firma, zugrunde liegen.

Der erste Beschluß war vom Amtsgericht Neustadt/Aisch am 6.12.77 ausgestellt worden und zwar in dem Ermittlungsverfahren 'wegen Aufforderung zu Straftaten'. Dabei geht es um zwei Bücher, die der Verlag im Vertriebsprogramm führt und zwar dem 'Marijuane Growers Guide' und 'Psylocibin — Magic Mushromm Growers Guide'

Als Begründung für die Beschlagnahme, bzw. das Ermittlungsverfahren wird u.a. wie folgt ausgeführt: 'Die Broschüre Psylocibin gibt auf über 40 Seiten (genau sind es 72) eine Anleitung zum Anbau un der Verarbeitung von Magic Mushrooms der Art Stropharia cubensis in Wort und Bild. Diese Art wird empfohlen, da sie besonders reichhaltig an Halluzinogenen und auch für den Laien züchtbar ist, wobei genaue Anweisungen für die Dosierung der Einnahme gegeben werden. Der Genuß der Pilze wird über eine wissenschaftliche Schilderung der Wirkung der psychoaktiven Stoffe hinaus als Möglichkeit der Bewußtseinserweiterung und mystischer Verbindung angepriesen.'

'In der Broschüre Marijuana wird auf über 80 Seiten in Wort und Bild die Gewinnung von Marijuana beschrieben. Erklärtes Ziel ist, die Pflanzen so zu behandeln, daß schließlich ein rauchfähiges Grass mit möglichst hohem Anteil psychoaktiver Stoffe gewonnen wird. Auch in diesem Band wird der Genuß von Marijuana als Hilfe zum Selbstverständnis und zur gesellschaftlichen Veränderung verherrlicht. In beiden Broschüren wird durch Raterteilung und Verherrlichung des Drogengenusses aufgefordert, unerlaubt Marijuana und Psylocibin herzustellen und zu gewinnen.Demgegenüber kann der Hinweis in beiden Broschüren, daß nicht zum Bruch der Gesetze aufgefordert wird, nicht durchschlagen.'

Dem zweiten Beschluß, vom Amtsgericht Neustadt/A.,am 11.1.1978 ausgestellt, liegt ein Ermittlungsverfahren gegen Raymond Martin wegen 'Verdacht der Billigung von Straftaten' zugrunde. In diesem Fall geht es um 'Wie alles anfing' von Michael "Bommi' Baumann. Dazu sieht der Beschluß vor, 'sämtliche noch zur Verbreitung bestimmter Exemplare der Druckschrift ‚Wie alles anfing' von Michael ‚Bommi'Baumann, sowie der zur Herstellung dieses Druckwerks gebrauchten oder bestimmten Vorrichtungen, wie Platten, Formendrucksätze, Druckstöcke, Negative oder Matrizen zu beschlagnahmen.' "

Es wurden nicht nur etliche Exemplare der Bücher 'Marijuana Growers Guide' und Psylocibin' sichergestellt, sondern auch alle auffindbaren Bücher über Drogen überhaupt. In der Sache Bommi Baumann ist eine Einstellung des Ermittlungsverfahrens zu erwarten, da der Vertrieb der Gemeinschaftsausgabe ‚Wie alles anfing' nicht verboten ist.Bei den Drogenbüchern chern liegt es durchaus im Bereich des Möglichen, daß es zu einem Prozeß wegen 'Aufforderung zu Straftaten' kommt.

**Kontaktadresse:**
**Volksverlag, 8531 Linden, Tel.: 09846/397**

## ZU DEN ANSCHLÄGEN AUF FAHRKARTENAUTOMATEN DES FVV

FRANKFURT
1.Februar

Wie auch aus der gut bürgerlichen Presse wie z.B. der ‚Frankfurter Rundschau' von letzter Woche zu entnehmen ist, wurden mehrere Fahrkartenautomaten und Büro von Verkaufsstellen des Frankfurter Verkehrsverbundes (FVV) durch Molotow-Cocktails schwer beschädigt. Dazu bekamen wir eine Erklärung der Revolutionären Zellen zugeschickt:

„Wir haben dem FVV drei Hauptverkehrsstellen kaputtgemacht. Wir geben uns damit nicht zufrieden, über die Fahrpreiserhöhung entrüstet zu sein und schließlich dann noch zähneknirschend zu zahlen. Zu Erpressungen dieser Art gehören immer zwei: der, der erpreßt und der, der sich erpressen läßt. Geben wir nach, dann hört dieses Scheißspiel nie auf, sondern wir haben die Stadt- und Staatsmafia nur ermuntert, ihre Forderungen höher zu schrauben: vor zwei Jahren waren es noch 20%, diesmal sind es schon bis zu 50%. Und am meisten wollen sie die Berufstätigen schröpfen, die sich jeden Morgen und Abend in diese Sardinenbüchsen pressen müssen.

50%, das ist eine Preissteigerung, die sie sich sonst nirgends trauen, außer bei Leuten, die mit dem Pfennig rechnen müssen: bei Schülern, Lehrlingen, Hausfrauen, Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Berufstätigen, die sich kein Auto leisten können oder wollen.
Die Erpresser selber sitzen in den Aufsichtsräten der Unternehmen und der Banken und schustern sich regelmäßig Steuergeschenke, Finanzhilfen und Investitionshilfen zu. Sie verteidigen ihre Millionen und Milliarden mit Zähnen und Klauen. Man muß sich daran erinnern, was sich abspielt, wenn die Kapitalisten ein paar Prozent mehr Lohn zahlen sollen, oder den Ärzten ihr Verdienst um ein paar Mark gekürzt werden soll. Da wird um jeden einzelnen Pfennig, um jedes halbe Prozent mit allen Tricks und Mitteln gekämpft. Sie lassen sich ihre Beute nicht so leicht entreißen.

Das Geld wird deshalb vom ‚kleinen Mann' geholt, wie sie uns verächtlich nennen, weil sie schon tausendmal die Erfahrung gemacht haben, daß der stillhält — zwar jammert, aber sich letztendlich doch alles wegnehmen läßt.
Wer zahlt ist selber schuld!
Denn es gibt genügend Beispiele dafür, wie man sich mit List und Tücke gegen die Verkehrsvereine zur Wehr setzen kann. Beispiele, die beweisen, daß jeder etwas machen kann, egal, ob er nun jung oder alt, feige oder mutig, allein oder mit anderen Leuten zusammen ist. Wer es will, findet immer einen Weg..."

## AUSLÄNDERBEHÖRDE MÜNCHEN SCHIEBT WIDERRECHTLICH KURDEN IN DEN IRAK AB

BONN
18. Januar

In einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt München, Georg Kronawitter, hat die bundesdeutsche Sektion von amnesty international heute gegen die Abschiebung eines irakischen Kurden protestiert und gegen die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben.

Entgegen eindeutigen Anweisungen der gültigen Verwaltungsvorschriften hatte die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt München am 10.1.78 den Kurden auf dem Landweg in den Irak abgeschoben. Gegen die Ausweisungsverfügung der Behörde im November 1977 hatte der Anwalt des Betroffenen zweimal Widerspruch eingelegt und gleichzeitig beim Verwaltungsgericht München Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gestellt. Hierbei wies der Anwalt auf ein Urteil des

Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17. September 1976 hin,in dem das Bundesamt in Zirndorf zur Asylgewährung gegenüber Kurden aus dem Irak verpflichtet wird. In diesem Urteil würdigte der Gerichtshof ausführlich die politische Situation der Kurden im Irak, wobei er vor allem auf die zahlreichen Hinrichtungen und systematischen Folterungen hinwies.

- Erst kürzlich wieder hatte sich ai besorgt über das Schicksal von 389 kurdischen Gefangenen im Irak geäußert. Es ist wahrscheinlich, daß sie als Familienangehörige stellvertretend für kurdische Widerstandskämpfer inhaftiert wurden, die selbst nicht aufzufinden waren. -

"Es erschien uns unglaublich, daß dreiundvierzig Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus, der zehntausende von Deutschen entwurzelte, bundesdeutsche Behörden mit dem Grundrecht auf politisches Asyl umspringen könnten, als hätten Deutsche dieses Recht niemals in Anspruch nehmen müssen."

**amnesty international, Venusbergweg 48, 53 Bonn, tel. 02221/217 008/9**

## SOLDATEN WEGEN POLITISCHER AKTIVITÄT IN HAFT

SPEYER 1.Februar Mindestens sechs französische Soldaten im ersten Spai (gepanzertes Aufklärungsregiment) sind seit einer Woche in Haft. Angebliche Gründe: Haschisch. Dazu sagen ‚gut informierte Quellen' in der Nähe des illegalen Soldatenkomitees, daß eigentlich die meisten dieser Strafen keineswegs wegen irgendwelchen Drogengebrauchs, sondern wegen politischer Aktivitäten innerhalb der Armee vollstreckt worden sind. Insbesondere laufen zur Zeit zwei verschiedene Kampagnen unter den Soldaten an: erstens die Forderung für weitgehenden Gratis-Transport nach Hause (freie Heimfahrten). Zur Zeit ist (erst nach den großen Demonstrationen vom Herbst 74/Frühjahr 75 verbunden mit dem ‚Aufruf der 100', der Anfang der jetzigen französischen Soldatenbewegung) eine Gratis-Heimfahrt im Monat erlaubt.

Es gab auch damals eine dreifache Erhöhung des Soldes, der heute fast 110 DM pro Monat beträgt — vorher war es unter 35 DM. Trotzdem bedeutet dies, daß Soldaten, die zufälligerweise mehr als einmal im Monat ihre so ‚schönen' Kasernen in der BRD, aber auch in Frankreich, verlassen wollen, um sich nach Hause zu begeben, die Heimfahrten aus eigener Tasche bezahlen müssen. Sie bekommen teilweise Vergünstigungen in Frankreich, müssen aber den bundesrepublikanischen Teil voll bezahlen.
Zum anderen haben zur Zeit mindestens 13 wehrpflichtige Soldaten ihre Kandidatur für die bevorstehenden Parlamentswahlen angemeldet, obwohl alle politischen Aktivitäten in der französischen Armee natürlich streng verboten sind.
Ein Kandidat ist Aspirant (Fähnrich) von der IDS (Informationen für Recht der Soldaten), die anderen 12 sind von der Ligue Communiste Revolutionaire (LCR) - das ist die französische Sektion der 4.Internationalen.

Die Armee bestreitet das Recht der Wehrpflichtigen, sich als Parlamentskandidaten aufstellen zu lassen. Das wird damit begründet, daß man „erst eine Wehrpflicht abgeschlossen haben müsse" ehe man Abgeordneter werden kann. Dies widerspricht nicht nur dem Gesetz, das 1964 schon annulliert wurde, sondern auch der bisherigen Tradition, daß Soldaten als Stadtratskandidaten sowie als Präsident ohne weiteres kandidieren können. In der Präsidentenwahl von 1969 kandidierte Alain Krivine für die LCR aus seiner Kaserne; er erhielt über ein Prozent der Stimmten (fast 300 000).

Kontaktadresse:
**B.Plagemann,Postfach 1222,7420 Münsingen (AMAK)**

## GENERELLER AUSSCHLUSS VON ZEITSCHRIFTEN AUFGEHOBEN

*FRANKFURT 31. Januar* *Das Oberlandesgericht Frankfurt hat nachfolgenden Beschluß gefällt, nach dem der generelle Ausschluß von Zeitschriften gesetzlich nicht zulässig ist. Gründe:*

Der Vorsitzende der Strafkammer hat durch die angefochtenen Verfügungen die Druckschriften "Info Berliner Undogmatischer Gruppen" und "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" vom künftigen Bezug durch den in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten generell ausgeschlossen und angeordnet, daß die eingehenden Exemplare dieser Druckerzeugnisse zur Habe des Gefangenen zu nehmen sind. Zur Begründung dieser Maßnahme wird angeführt, die betreffenden Zeitschriften hätten bereits in 11 bzw. 12 Fällen von der Aushändigung an die Gefangenen ausgeschlossen werden müssen, weil sie das Ziel verfolgten, die Gefangenen mit falschen Berichten über Maßnahmen staatlicher Organe der Bundesrepublik, insbesondere der Justizbehörden, gegen die Staatsorgane aufzuwiegeln und damit auch feindliche Reaktionen gegen das Anstaltspersonal auszulösen. Die Verbreitung des Inhalts dieser Druckschriften führe daher zu einer Störung und Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt. Die in den bisherigen Fällen zutage getretene Tendenz dieser Druckschriften rechtfertigt die Annahme, daß auch die künftigen Ausgaben dieser Zeitschriften die gleiche - die Sicherheit und Ordnung in der Vollzugsanstalt gefährdende - Absicht verfolgten, so daß diese vom künftigen Bezug durch die Gefangenen generell auszuschliessen seien.

Der Angeklagte wendet hiergegen mit seiner Beschwerde ein, der Inhalt der bisher einbehaltenen einzelnen Druckschriften rechtfertige keine generelle Einschränkung seines Grundrechtes auf Informationsfreiheit dergestalt, daß ihm der Bezug dieser Druckschriften in der Vollzugsanstalt generell in Zukunft verwehrt werden könne.

Die Beschwerde ist nach § 304 StPO zulässig, sie hat auch in der Sache Erfolg.
Die angefochtenen Verfügungen des Vorsitzenden der Strafkammer, mit denen der Angeklagte vom künftigen Bezug der genannten Zeitschriften generell ausgeschlossen wurde, findet im Gesetz keine ausreichende Stütze.
Das Verbot der Aushändigung dieser Druckschriften an den Angeklagten stellt einen Eingriff in das durch Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG geschützte Grundrecht des Angeklagten auf Informationsfreiheit dar, das jedermann gewährleistet, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.
Bei einem Untersuchungsgefangenen sind Eingriffe in dieses Grundrecht nach § 119 Abs. 3 STPO nur dann zulässig, wenn der Eingriff unerläßlich ist, um den Zweck der Untersuchungshaft zu sichern oder die Ordnung der Vollzugsanstalt zu sichern oder die Ordnung der Vollzugsanstalt zu gewährleisten (vgl. Senatsbeschluß vom 11.4.1977 - 4 Ws 31 - 36/77 - mit Verweis auf BVerfG in NJW 1972, S. 811).

Ein Verbot der Aushändigung einer Druckschrift an einen Gefangenen kommt deshalb nur dann in Betracht, wenn die Bekanntgabe ihres Inhalts an den Gefangenen den ordnungsgemäßen Vollzug der Untersuchungshaft in Frage stellen oder wenn die Verbreitung ihres Inhalts für den Gefangenen zu einer Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Vollzugsanstalt führen würde.
Wenn der Vorsitzende der Strafkammer bei den angefochtenen Verfügungen davon ausgegangen ist, daß die Verbreitung des Inhalts der angeführten Druckschriften in der Vollzugsanstalt zu einer Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt führen werde, so kann diese Feststellung jedoch nicht generell für die Zukunft getroffen werden - wie es jetzt geschehen ist - sondern immer nur von Fall zu Fall an Hand einer Überprüfung

des Inhalts der einzelnen Druckschrift. Die Tatsache, daß die angeführten Druckschriften 11 mal bzw. 12 mal von der Aushändigung an den Gefangenen ausgeschlossen werden mußten, weil die Verbreitung ihres Inhalts zu einer Gefährdung der Sicherheit und Ordnung in der Vollzugsanstalt geführt hätte, rechtfertigt zwar die Annahme, daß auch die künftigen Ausgaben dieser Druckschriften eine ähnliche, die Anstaltsordnung gefährdende Tendenz verfolgen werden. Diese Vermutung rechtfertigt es jedoch nach Auffassung des Senats - entgegen der in einer Entscheidung des OLG Hamm vertretenen Auffassung (vgl. OLG Hamm, NJW 1977, S. 594); nicht, die Zeitschriften generell vom künftigen Bezug auszuschließen, denn auf eine bloße Vermutung kann eine grundrechtseinschränkende Maßnahme nach § 119 Abs. 3 StPO nicht gestützt werden. Vielmehr verlangt das grundrechtliche Gebot der Abwägung des jeweiligen Einzelfalles trotz der feststellbaren Tendenz der erwähnten Druckschriften jeweils die Prüfung, ob die Aushändigung der betreffenden Ausgabe der Druckschrift im Einzelfall zu einer Gefährdung der Ordnung in der Vollzugsanstalt führen kann. Das Bundesverfassungsgericht hat für den Empfang von Briefen und Nachrichten durch Gefangene wiederholt festgestellt, daß die Zulässigkeit grundrechtseinschränkender Maßnahmen nach § 119 Abs. 3 StPO bzw. § 116 Abs. 2 StPO a.F. immer nur nach Maßgabe des jeweiligen Einzelfalles beurteilt werden könne (vgl. hierzu BverfG. NJW 63, S. 755; NJW 74, S. 26 ff.).
Für den Fall des Briefempfanges hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß selbst dann, wenn eine gewisse Vermutung dafür spräche, daß beleidigende Äußerungen gegen Justizorgane in Briefen an Untersuchungsgefangene diese auf wiegeln und zu einem Verhalten veranlassen könnten, das eine Störung der Ordnung in der Anstalt zur Folge hätte, dennoch zu prüfen wäre, ob diese Vermutung im konkreten Fall zutrifft (vgl. BVerfG. NJW 74, S. 28).

Dieses grundrechtliche Gebot der Einzelabwägung ist in den angefochtenen Verfügungen des Vorsitzenden der Strafkammer verkannt worden.
Der Senat verkennt nicht, daß die Überprüfung des Inhalts der einzelnen Ausgaben der verschiedenen Zeitschriften zu einer erheblichen zusätzlichen Arbeitsbelastung des für die Briefzensur zuständigen Richters führen kann. Derartige Überwachungsschwierigkeiten sind jedoch - wie das Bundesverfassungsgericht wiederholt ausgeführt hat - bloße „Lästigkeiten, die grundsätzlich hingenommen werden müssen, weil Grundrechte nicht nur nach Maßgabe dessen bestehen, was an Verwaltungseinrichtungen üblicherweise vorhanden ist" (vgl. BVerfG E 15, 288; und 34, S. 380, 381, Sen.Beschl.v. 7.3.77 - 4 Ws 920/77 -).
Die angefochtenen Verfügungen waren daher auf die Beschwerde des Angeklagten hin aufzuheben.

Aktenzeichen: 4 Ws 213/77

## WIR DÜRFEN UNS NICHT AN DIE TOTEN GEWÖHNEN ...
### „FREITOD" IM GEFÄNGNIS

HAMBURG
1. Februar

*Von der Gefangenenselbstinitiative Hamburg (siehe ID 214) erhielten wir folgenden Brief. Er bezieht sich nur auf die JVA Fuhlsbüttel – in der Presse oft als Hotelvollzug bezeichnet –; sie gilt unter Gefangenen in der Tat auch als etwas liberaler als andere Gefängnisse.*

**„Der Freitod von Ralf Nagel**

Bereits gleich mit Beginn des neuen Jahres präsentierte sich wieder mit seinem wahren Gesicht der ach so „humane Strafvollzug". Den tragischen Anfang bildet diesmal der Gefangene Ralf Nagel, als er sich in der Nacht vom 1. zum 2. Januar 197 nach fast 2 1/2jähriger Haftzeit am Zellenfenster erhängte. Wie uns sein mit ihm früher in einer Zelle einsitzender Freund berichtete, hatte Ralf schon des öfteren vom „Schlußmachen" gesprochen, welches auch den Verantwortlichen sehr wohl bekannt gewesen sein müßte. Daß dieses tragische Ende von Ralf nicht bereits früher eintrat, ist einzig und allein dem Engagement seines Freundes zu verdanken. Ralf wurde trotz seines kritischen Zustandes jedoch in eine Einzelzelle verlegt mit der fadenscheinigen Begründung des Medikamentenmißbrauchs. Obwohl er als selbstmordgefährdet galt, wurde er in Einzelhaft auf die Strafstation D I gesteckt, wo Menschen psychisch nur noch mehr zugrunde gehen. Insgesamt mußte er dort 9 Wochen verbringen. Dies ist entschieden länger, als die Isolationshaft überhaupt angewandt werden darf.

Sein Freund bemühte sich später vergebens darum, daß ihre Einzelhaft wieder aufgehoben wird. Zuletzt noch am 1.Januar hat er seinen Abteilungsleiter nachgesucht und verlangt, ihm gemeinsam mit Ralf Umschluß zu gewähren. Der Abteilungsleiter sprach jedoch von einem Umschlußverbot, das gar nicht verfügt war.

Ralf behauste eine Zelle, wo noch nicht einmal ein Schrank oder ähnliches anwesend war, um seine persönlichen Sachen zu verstauen. Er hatte seiner Mutter gegenüber öfters seine Isolationshaft beschrieben und auf die menschenunwürdige Bedingungen, unter denen er dahinvegetieren mußte, mitgeteilt. Er hat sich immer wieder über diese Zustände beschwert und wollte, da er rauschgiftsüchtig war, zurückverlegt werden nach Ochsenzoll. Seine Bitten waren jedoch vergebens.

Seine Mutter ist davon überzeugt, daß er aus Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Tod gegangen ist. Und sie ist auch davon überzeugt, daß er vorher noch einen Abschiedsbrief geschrieben haben muß, denn wie seine Mutter berichtete, hat er immer viel gelesen und geschrieben und hat ihr davon berichtet, daß er über diesen Mordvollzug eine Dokumentation anfertigen wollte. Der Mutter sind bereits auch einige Informationen zugegangen, und sie schließt aus, daß ihr Sohn in den Tod gegangen ist, ohne vorher einen entsprechenden Abschiedsbrief geschrieben zu haben. Bei Durchsuchung der Zelle jedoch sollen keinerlei solche Schriftstücke gefunden worden sein. Es soll kein Artikel für die Dokumentation gefunden worden sein. Dafür wurde der Mutter hingegen das sich während seiner bisherigen Haftzeit angesammelte Entlassungsgeld in Höhe von 45,43 DM (!) ausgehändigt.

Hier gibt es zu viele Ungereimtheiten, die es gilt aufzudekken und an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir alle müssen solchen Praktiken den Kampf ansagen. Die Schuld am Tod von Ralf liegt allein in der Praxis dieses menschenzerstörenden Vollzugs.

Auch Ralfs Freund weiß, warum er sich getötet hat, und obwohl dieser Tod keinerlei Veränderung in den Vollzug brachte, wollte sich am Abend des 15. Januar aus Solidarität zu Ralf sein Freund durch eine Überdosis von Medikamenten ebenfalls das Leben nehmen, da auch er keine andere Möglichkeit mehr sah, gegen diesen Vollzug zu protestieren. Er konnte im Krankenhaus zwar noch gerettet werden, doch muß ständig mit einem neuen Freitodversuch gerechnet werden, solange der Vollzug sich nicht ändert. Lange wird er solchen Nerventerror nicht mehr durchhalten können. Er hat aber von einer Gesamtstrafe von 10 Jahren noch 6 (!) abzusitzen.

**Der Freitodversuch von Heinz D.**

Ein weiteres makaberes Beispiel dieser Vernichtungsstrategie im Knast von Fuhlsbüttel fand am 17. Januar einen erneuten Höhepunkt in der versuchten Selbstverbrennung des Gefangenen Heinz D. Auch dieser Freitodversuch hätte verhindert werden können, zumal bekannt war, daß Heinz bereits am Vortage versucht hatte, sich mit einer Überdosis Tabletten

das Leben zu nehmen. Er konnte zum Glück im Krankenhaus Barmbek gerettet werden. Für die Anstalt war der Fall somit erledigt, als er anschließend wieder in seine Zelle verfrachtet wurde. Heute liegt Heinz im Krankenhaus Boberg mit einer Rauchvergiftung und sehr schweren Brandverletzungen, vor allem im Gesicht und an den Händen. Schon bei seinem ersten Freitodversuch von Heinz ist der Grund in den Haftbedingungen zu suchen. Eine von ihm verlangte Ausführung wurde ihm absolut nicht gewährt u. a. m.

**Terrorurteil gegen Artur Sarrach**

Wie Menschen im Knast Fuhlsbüttel und anderswo verachtet, brutal unterdrückt und vernichtet werden, läßt sich durch beliebig viele andere Sauereien belegen. Eines der schockierendsten Beispiele ist u. a. der Fall des Gefangenen Artur Sarrach, der sich, um den schleichenden Tod im Knast „Santa Fu" öffentlich zu machen, an die Tageszeitung „Die Welt" in Form eines Leserbriefes wandte, welcher auch abgedruckt wurde. Da Artur für seine Aussage keine Zeugen benannte, wurde er am 28. Februar 1977 vom Hamburger Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen (gleich 240,-- DM) verurteilt, die er heute im Knast durch monatlich 20,-- DM abbezahlen muß und das, obwohl ein Gefangener, der im Knast täglich arbeitet , kaum über 100,-- DM Monatseinkommen verfügen dürfte.

In der Urteilsbegründung heißt es: „Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, in Hamburg am 16. 3. 1976 öffentlich in Beziehung auf andere Tatsachen behauptet zu haben, welche dieselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind, wobei diese Tatsachenbehauptung nicht erweislich wahr sind, indem Sie in einem Leserbrief, der am 16. 3. 1976 in der Tageszeitung „Die Welt" veröffentlicht wurde, u. a. schrieben:

*„Als Häftling in der Strafanstalt II Santa Fu las ich die Anzeige gegen die zwei Ärzte und Beamte der Untersuchungsanstalt Hamburg, die die mutige Rechtsanwältin Frau Hammerer-Samwer einreichte, mit Bewunderung. Ich selbst war eine Zeit auch im U. G. und dort als Hausarbeiter tätig. Ich bin aus dieser Zeit mit einem Selbstmord eines Mitgefangenen belastet, der verhindert hätte werden können, wenn man auf mich gehört hätte. Man hat einen nervenkaputten Gefangenen zu zwei ähnlich Kaputten in eine Zelle gelegt, die sich dann miteinander noch mehr kaputtmachten. Ich merkte den Tiefstand eines dieser Kaputten beim Essenausgeben am Abend und bat, etwas zu unternehmen. Ich wurde nicht einmal angehört. Am Morgen war dieser Gefangene tot. Einer von vielen, die nicht bekannt wurden usw.*
*Da ich für jede Kleinigkeit harte Strafen verbüßen mußte, ohne zu jammern, weil ich mich schuldig fühle, ist es mir unbegreiflich, daß mir so ein zweierlei Maß vorgelegt wird, mit dem ich Achtung vor dem Gesetz bekommen soll und möchte. Es ist mir auch unbegreiflich, daß selbst der Justizsenator, der vorgibt, so für die Menschlichkeit im Vollzug zu sein und vielleicht auch ist (?), heute im Rundfunk den Fall mit einem 'Fußballunglück' zu vergleichen suchte. Das macht mich stutzig, da stimmt doch etwas nicht? Es gibt Dinge, wo es keine Kompromisse gibt – da, wo es um die Würde des Menschen geht. Solange dies und anderes so bleibt, werden wir nicht Traumnoten von 11 % Rückfall wie in einigen anderen Ländern erreichen, und es wird weiter unwürdig gestorben, die einen schnell, wie in Fällen Glocke, und die anderen langsam – nicht einmal selbst – wahrnehmbar... Bitte, helfen Sie, dies mit diesem und anderen Leserbriefen einzudämmen?*

*Artur Sarrach, Am Hasenberge 26, 2000 Hamburg 63*

Vergehen strafbar nach § 186, 194, 40, 42 43 StGB."

Artur selbst schreibt in einem Brief vom 25. September 1977 dazu:

*„ . . . Ich hatte mich persönlich mit einem Selbstmord belastet gefühlt und meinem Herzen Luft gemacht und mich an die Zeitungen gewandt, da ich hier und anderswo nicht erhört wurde. Wie Recht ich mit meinen Mahnungen hatte, zeigten die anschließenden weiteren Toten? 10 Stück in einer so kurzen Zeit ist für mich zum Ertragen und Mittragen zuviel. Man hatte mir einen Strafbefehl ohne mich richterlich zu hören, zugesandt, um mich mundtot zu machen usw. und jetzt bittet man uns von der Vollzugsbehörde, daß wir aufeinander aufpassen sollen. Mich bestraft man aber genau dafür. Und auch die Urlaubsablehnung soll eine Strafe für mich sein, was aus mir wird nach 7 Jahren (!) Haft, interessiert denen wenig. Ich lege Ihnen den Strafbefehl bei, für dessen Aussagen ich Zeugen habe, die ich nicht nannte. Aber unserer ktl. Geistliche ist einer der Zeugen, daß ich die Wahrheit sage und andere Gefangene sind weitere Zeugen. Gerade vor kurzem sind zwei wieder gestorben und heute nacht wieder einer und mehrere in Gefahr. Ich halte dies Sterben hier bald nicht mehr aus!!! Es ist schon wie ein Totenhaus hier . . . Die Presse ist immer Geburtshelfer oder Totengräber?! Tot ist hier schon viele und es wird immer toter . . . "*

**„Humaner Strafvollzug – Human für wen?**

Die Bedingungen, die Menschen im Knast in den Tod treiben, sind in den Willkürmaßnahmen der Justiz zu suchen. Immer wieder werden die Anträge auf Ausführung, Urlaub usw. von „unbequemen" Gefangenen durch vorgeschobene Gründe abgelehnt, Isolationshaft eingeführt, Besuchs-, Schreib- und Leseverbote und ähnliches mehr eingeführt, um den berechtigten Widerstandswillen der Gefangenen zu brechen. Dem Gefangenen Arnold Steinbach z. B. ist erst kürzlich der Übergangsvollzug wegen seiner „Abstammung" (!!!) (Zigeuner) abgelehnt worden. Dieser Strafvollzug ist für die Vernichtung der Gefangenen verantwotlich. Human ist der Strafvollzug nur bei den Nazis wie Rosenbaum. Er z. B. bekommt in „Santa Fu" alle nur erdenklichen Hafterleichterungen, wie jetzt Urlaub über Weihnachten, kann als einziger Häftling dort wöchentlich Besuch empfangen u. a. m.

Es ist schon beängstigend, wenn man/frau sieht, wie wenig Beachtung heute nur noch ein Freitod im Knast findet. Die Reaktion der Bediensteten erstreckt sich heute lediglich noch auf eine Meldung zur Küche – heut ein Mann weniger in Verpflegung. Wir dürfen uns aber nicht an die vielen Toten gewöhnen, wir müssen diese Bedingungen bekämpfen. Jetzt erst recht.

**gez. Gefangenenselbstinitiative"**

**Weitere Informationen sind zu erhalten bei: Gefangenenselbstinitiative e.V., Max-Brauer-Allee 225, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/43 32 96, täglich geöffnet von 17.oo – 20.oo Uhr.**

## FREISPRUCH FÜR KARL-HEINZ ROTH UND ROLAND OTTO IST ENDGÜLTIG

*KÖLN 31. Januar* — *Die Staatsanwaltschaft hat die Revisionsanträge im Roth/Otto Prozeß zurückgenommen. Damit steht der Freispruch endgültig fest. In einem offenen Brief schreibt das Unterstützungsbüro:*

"Wir haben in früheren Rundbriefen bereits daraufhingewiesen, daß hiermit unser Verfahren noch nicht zu Ende ist. Nachwievor gilt es, den Vorwurf der Staatsanwaltschaft und des Ge-

richts, Werner Sauber habe als erster geschossen, zurückzuweisen und öffentlich zu widerlegen. Wir meinen, wir sollten an diesem Punkt weiterarbeiten.
Dem Unterstützungsbüro liegt ein Brief von Prof. Peter von Oertzen vor, in dem sich dieser bereit erklärt, ggf. an einer öffentlichen Untersuchung dieses Falles mitzuwirken.

Im übrigen hat die neue Entwicklung natürlich auch Konsequenzen für die weiteren Veröffentlichungen des Unterstützungsbüros. Die bereits mehrfach angekündigte Dokumentation wird nun in erweiterter Fassung erscheinen.
Wir werden uns in den nächsten Wochen nochmals und ausführlicher melden. Freut Euch recht schön, auch wenn es manchmal nicht zum Freuen ist. Bleibt in jedem Falle widerspenstig und phantasievoll.
Mit freundlichen Grüßen, Euer Unterstützungsbüro"

**Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl-Heinz Roth, Glasstr. 80, 5 Köln 30, Tel. 0221/ 52 05 79**

Aus dem Nachlass von Ingrid Schubert:

## AUFZEICHNUNGEN ZUR KONTAKTSPERRE UND EIN WEITERER BRIEF

HÖLLDOBL/ MÜNCHEN 2. Februar *Im ID 213 haben wir zwei Briefe von Ingrid Schubert veröffentlicht, die sie vor ihrem Tod dem Buchhändler Max Dieter Witzel geschrieben hatte. Wir hatten die Briefe nicht direkt von Max Dieter Witzel und wohl deshalb seinen Namen in der Anrede auf den Anfangsbuchstaben seines Vornamens gekürzt. Er hat uns daraufhin geschrieben und noch die Abschrift eines nicht vollendeten Briefes an ihn und Aufzeichnungen während der Kontaktsperre, beides von Ingrid Schubert, zur Veröffentlichung mitgeschickt:*

Lieber Frieder Kern,

ich hab nichts gegen die Veröffentlichung der beiden Briefe von Ingrid (Nina) Schubert - nur weshalb erfinden Sie in der Anrede ein Pseudonym, das es nicht gibt, statt so wie er dasteht meinen Namen zu nennen.

Ich bin über diese wie immer gemeinte Zensur nicht sehr glücklich, weil sie erstens eine verschwörerhafte Heimlichtuerei vortäuscht, die nicht mein Stil ist und zweitens ein Gegensatz zur Tatsache ist, daß ich im Interesse noch Lebender einer Reihe politisch Verantwortlicher diese Briefe geschickt habe, damit sie als Primärinformation einmal sehen, wie die sog. 'Terroristin' vor ihrem Tod schreibt.

Ich kann mir im Sinne der Menschen, denen ich zu helfen versuche, keine Zweideutigkeiten leisten. Deshalb meine Bitte an Sie, diesen Brief als eine Art Berichtigung abzudrucken, dabei auch auf zwei sinnentstellende Druckfehler hinzuweisen: unersetzlich(es) Material, nicht unersättlich, und Bild der ,Terroristin' (meine zweijährige Tochter), nicht Bild der Terroristen.

Als Anlage noch die Abschrift eines nicht vollendeten Briefes vom 8.11., der im Nachlass gefunden wurde und die ich nach dem Original korrigiert habe, sowie Aufzeichnungen über Geschehnisse während und nach der Kontaktsperre.

Falls es Sie freut: ich lese aus naheliegenden Gründen keine Zeitungen - Sie sind die Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Herzlich

### AUFZEICHNUNGEN VON FRAU INGRID SCHUBERT WÄHREND DER KONTAKTSPERRE

Schmidts Gerede, es passiere nichts Ungesetzliches, hat insofern was Wahres, als sie inzwischen jedes Gesetz haben, es in kürzester Zeit produzieren, das Geiselstatus und jede Form von Folter legalisiert. Das Kontaktsperregesetz ist Verrechtlichung des Geiselstatus - Vollstreckung staatlicher Totalmacht an wehrlosen Gefangenen - Staatsgeiseln. Basis jeder Form von Stressmanipulation (nach AI-Definition:Folter).

Was Isolation ist und subjektiv bedeutet, haben wir in jeder Form und jeder Auswirkung beschrieben - es gibt die Grenze, daß der, der sie nicht erlebt, nicht begreift, was da abläuft. Kontaktsperre ist die zigfache Potenz: absolutes Vakuum in äußerstem Dauerstress - in der Aktion, in der es um das Leben geht. Jede Minute Drehzahl hundert - 6 Wochen lang.

Das absolute Vakuum schafft absolute Reizbarkeit - jeder Reiz wirkt zigfach, unkontrollierbar, irrational. Jedes Telefonklingeln, jeder Hubschrauber löst Hyperreaktionen aus. Halluzinationen: höre große Mengen Bullenautos vorfahren, Türeklappern, Waffengeklirr usw., fang an zu packen, bin sicher jetzt geht's los. Also für jeden Reiz offen. Beispiele für Stressmanipulation in dieser Situation:

1) während der ganzen Zeit wird von den Grünen kein Wort zu mir oder vor der Tür oder auch nur in der Nähe davon gesprochen, es ist, als ob die Aktion nicht liefe. Sonntagabend, fünf Tage nach der Entführung, als ich nach allen Überlegungen mit einer Entscheidung rechnen mußte, inszenieren zwei Schließer vor meiner Tür folgendes Stückchen: der erste ruft laut und betont vor meiner Tür dem zweiten zu: 'Du, der Schleyer ist frei, Gott sei Dank'. Der zweite ruft zurück: 'Ja, wann ist denn das durchgekommen, daß der Schleyer frei ist? ' Keine Antwort mehr, Flüstern, dann ab.
Schleyer frei sollte nur suggerieren, das Kommando ist eingekreist, tot, oder was immer, auf jeden Fall, Aktion doppelt gescheitert.

2) Die selben Grünen — Nachtdienst —, lassen jeden Abend das Radio laut laufen bei offener Tür. Zur Nachrichtenzeit große Versammlung von allen Stationen - die Tür wird betont zugemacht - ich höre Nachrichten Laufen, kann aber nichts verstehen. Stimmengewirr nach Nachrichtenschluß, Tür auf, einer sagt: 'So, jetzt aber Ruhe, kein Wort mehr', und alle ziehen wieder ab. Das jeden Abend.

3) Steierer - der Anstaltsleiter - sagt offen 'Geiselstatus', kein Gespräch mit ihm, das nicht mit 'Mordbande' anfängt und 'Herr Schleyer hat nicht ... ', 'Sie haben überhaupt nichts zu wollen ... , von Rechts wegen dürften sie überhaupt nicht ... ' usw. Nach Ende der Entführung und mit Einsatz der Rache verlegt er mich ohne jeden Sicherheits- oder sonstigen Grund in ein eiskaltes, gekacheltes Loch mit Blendscheibe, in einen Toten Trakt, in dem nur ich bin. Als ich dort krank werde, muß er mich zurückverlegen, womit bewiesen ist, daß es eine Schikane war.

4) Dienstag - 1 Woche nach der Entführung - kommt ein BKA-SG-Beamter mit dem Fragebogen. Seine wörtliche Formulierung ist, daß Herr Schleyer ausgetauscht werden soll und wird, also eine definitive Aussage, was auch seinem übrigen Verhalten entspricht. Er vermittelte den Eindruck, daß der Austausch sicher ist - und das, nachdem die definitive Entscheidung bereits am 2. Tag gelaufen war, daß nicht ausgetauscht wird. Ich gehe von ihm weg mit dem Glauben, daß es sich nur um ein paar Tage handeln kann. - Aber weitere 5 Wochen nichts, absolut nichts.

5) Bis zum 15.10. abends 20 Uhr, als derselbe SG-Typ wiederkommt, mir die Tatsache der Flugzeugentführung mitteilt und Fragen nach Somalia. Also entscheidende Phase - die Spannung wird unerträglich, zum Zerreißen - und keine Information.

6) Dienstagmorgen plötzlich werde ich ins Arztzimmer gerufen. Dort Versammlung von Ärztinnen, Pflegern und dem stellvertretenden Anstaltsleiter. Ich solle körperlich durchsucht werden, ebenso die Zelle - es kann mir aber kein Grund genannt werden. Ich verweigere die körperliche Durchsuchung, nachdem klar wird, daß sie mich gynäkologisch untersuchen wollen. Daraufhin überfallen mich vier Pfleger, drei Ärztinnen, zwei Beamtinnen, ziehen mich mit Gewalt aus, zwei Pfleger halten die Beine auseinander und eine Ärztin untersucht. Ich brülle und wehre mich wie verrückt (und bekomme dafür Einkaufssperre später). In die Zelle zurück: alles ausgeräumt, Matratze, Decken, jeder Fetzen bis zum Scheuerlappen und Taschentücher. Kurze Zeit darauf flüstert ein Gefangener durch die Tür: a., g., jn. und Gabi haben sich erhängt.
Ich krieg sowas wie einen Schock: der brutale, entwürdigende, demütigende Überfall erklärt sich plötzlich und zugleich ist klar, daß alles aus ist. Ich weiß nicht wie und was. Bekomme einen stundenlangen Heulkrampf, sehe und höre nichts mehr,

total im Arsch. Unbeschreiblich. — Nachmittags erst wieder einigermaßen klar.
7) Um 17 Uhr werde ich wieder gerufen: 2 LKA-Beamte. Ob ich informiert sei über die Vorgänge der letzten Tage. Ich: 'Nein'. Soll erzählen. Einer berichtet (Hausmann) Mogadischu — dann, daß Baader, Ensslin, Raspe heute morgen Selbstmord begangen haben und Möller einen Selbstmordversuch. — Beide beobachten mich genau — und kalkulieren natürlich mit einer Schockwirkung und Zusammenbruch. Ich reagiere nicht, sondern stelle die Forderung, sofort nach Stammheim zu Verena Becker gebracht zu werden und daß sofort die Dauerüberwachung aufhört.
Hausmann darauf: 'Ja, Sie fordern hier einfach. Was glauben Sie denn, was los ist. Die Drei, die heute morgen Selbstmord gemacht haben, haben sich sicher auch was überlegt. Bedenken Sie das mal. Es ist 5 vor 12. Machen Sie sich das klar!'
Also erst schocken, dann Angst einjagen, dann väterlich gesprächhaft:' Überlegen Sie doch mal, was jetzt auf Sie zukommt, wollen Sie sich das nicht etwas erleichtern? Wenn Sie fordern wollen, müssen Sie auch schon etwas Entgegenkommen zeigen. Schließlich fehlt immer noch der Herr Schleyer. Also wenn Sie da was wissen ... !'
Ich steh auf und will gehen, fängt der andere nochmal an, Maurer: ' Stammheim sei ja die reinste Basis gewesen und es ist jammervoll, so reden wir doch vernünftig, daß wir auf der anderen Seite sind.' Und ob ich gewußt hätte und wie ich mir das erkläre, daß Baader und Raspe eine Waffe in der Zelle hatten ... Ich gehe jetzt endgültig.

Also ein Verhörversuch in einer Schrecksituation bzw. mit der Absicht, einen Schock hervorzurufen und ihn ausnutzen, um Informationen zu erzwingen.
8) Am nächsten Tag Schlag auf Schlag: Verlegung in den Schlächterbunker, Einkaufssperre, Ankündigung, daß Totalisolation auf Dauer ist.

ABSCHRIFT EINES UNVOLLENDETEN BRIEFES

"Lieber Witzel,
Jetzt komme ich langsam wieder zu mir — zumindest bilde ich mir das ein. Was eine Aussage über den Zustand ist: Realität und Wahn sind nicht mehr zu unterscheiden. Ich beiße mich stundenlang in total irreale Gespinste rein und bin darin weg, d.h., in einem glücklichen Zustand, der aber keinerlei Realitätsbezug hat. Was mit in irgendeinem Moment dann klar wird, ohne Bedauern oder Erstaunen. Es ist einfach so. Dann gibts die grausamen Zustände: die Dumpfheit, Schwärze, das Unerträgliche, das man keine Sekunde länger aushalten will, wo man dagegen arbeitet, zu steuern versucht — es aber nichts gibt an dem man sich orientieren, lenken kann — also ein Gegenstand, Bild, Reize einfach, die man sich hier pausenlos setzen muß, um am Leben zu bleiben. Also leben, das etwas mehr als fressen, schlafen, scheissen, worauf die Existenz hier reduziert werden soll, und in der Öffentlichen als durchaus ausreichend angesehen wird. Jedes Mehr ist der Luxus in dem die Terroristen baden.
Aber ich habe jetzt den - sinnlichen - Begriff davon, wie Manipulation - Unterwerfung - Vernichtung des Ichs funktioniert, also wie diese auf dem Bauch kriechenden Ungeheuer entstehen, drin sowieso, aber auch draussen - bzw. in welchen Handlungen sich Widerstand ausdrückt, sich nicht dazu machen zu lassen. Ich rede nur vom unbewußten, denn bewußt heißt schon: Organisieren, was aus der Rebellion entsteht. So: Es gibt (von irgend ner Frau - Beauvoir? ) den Satz: Verstehen heißt verzeihen. Er ist falsch - ich fand ihn mal richtig. Das war, als ich zum Beispiel den, der hier - im Loch - rostige Nägel oder "highballs" (Rasierklingen) frißt, nicht "verstand" d.h., ich lehnte da - überheblich - ab, also reine Wertung. Es geht aber nicht um werten, sondern ums Begreifen was da abläuft - ohne jede Wertung. „Verzeihen" impliziert die Instanz. Dazu Druck - von oben -, der andere das Objekt und du,das urteilende Subjekt, das dem Objekt keine Beziehung zu dir genehmigt. Der Highballschlucker will kein Verzeihen - sondern er wehrt sich dagegen, als Objekt behandelt zu werden - und begibt sich in den nächsten Objektstatus, dem des Patienten, um den man sich ne Weile gezwungenermaßen kümmert. Diese winzige Veränderung eines 24stündigen Foltertages ist sein, sagen wir mal, taktisches Ziel. Wo in diesem Vorgang hat "Verzeihen" Platz oder einen Sinn. Daß es keine Lösung ist, versteht sich, auch darum geht es hier nicht.
Der äußerste Ausdruck - höchste oder zugespitzte Form dessen, wurde mal gesagt, ist der Selbstmord, also des Widerspruchs in der Metropole: zwischen leben wollen und nicht leben können. Und darüber weiß man jetzt alles.
Was ich meine, ist der Widerspruch - unaufhebbare - zwischen von unten und von oben. Der von oben sieht und ist immer in der Position des Beurteilenden - Verurteilenden. Er ist Rich- • Der von unten ist der Handelnde, der Aggressor oder der mit dem Schlamm in der Tasche (wenn Du das Märchen kennst) - der sich jeder Instanz verweigert außer seiner eigenen Moralität und dem gegenüber jeder Versuch, ihn sich zum Objekt des Urteils oder Verzeihens zu machen, ein Akt der Vernichtung und Unterdrückung ist. Das ist eine Lehre, die die von unten denen von oben erteilen, wenn sie aufeinander stoßen, also hier z.B.. „Unten" und „oben" ist nicht identisch mit der Klasse in die du geboren wirst - sondern Bewußtsein, die Lebensweise, die in der Guerilla ihre politische Organisation hat und damit vom Subjektiven zur Einheit des Subjektiven und Objektiven kommt.

## ROOS/SCHULZ — EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT
1. Feb. 78

*Ein weiterer Bericht aus dem Gerichtssaal in der Preungesheimer Festung:*

**"4. und 5. Verhandlungstag, 27. Januar und 1. Februar**

Der Befangenheitsantrag, den Johannes gegen das Gericht gestellt hatte, wird abgelehnt. Richter Spahn verliest in der Begründung, er sei ein Musterbeispiel an Unvoreingenommenheit und Fairneß.

Es folgen die Erklärungen zur Sache: Detlef sagt nichts, weil er vermutet, daß die im Zuschauerraum sitzenden BKA-Beamten seine Einlassung mißbrauchen könnten. Was Johannes sagt, ist im Anschluß an diesen Bericht nachzulesen. Die Anträge der Rechtsanwälte drehen sich darum, daß sogenannte Spurenakten fehlen (Spurenakten sind Ermittlungsakten der Polizei). Der Oberstaatsanwalt beteuert, er habe die vermißten Akten auch nicht.

Ein Antrag auf Prozeßunterbrechung bis zur Beischaffung der fehlenden Akten wird abgelehnt. Vorsitzender Richter Spahn sagt: 'Die Spurenakten waren nicht bei den Gerichtsakten, und was nicht bei den Gerichtsakten ist, ist keine Gerichtsakte.' Richter Spahn blickt nicht mehr durch, als der Antrag auf Beischafffung der Akten erneut präzisiert wird. Er überhört das einfach, verwuselt sich in seinen Leitzordnern und kommt auf den rettenden Gedanken: 'Mittagspause!' verkündet er.

Danach wird der Antrag erneut abgelehnt. Es geht weiter im Text. Als Zeuge ist Polizeiwachtmeister Korol geladen. Der schildert den Tathergang aus seiner Sicht etwa so:

Er sei während der Spätschicht mit seinem Kollegen in den Sprendlinger Wald gefahren, weil dort ein Exhibitionist gesichtet worden sei. Nach längerem Suchen habe man einen Mann entdeckt, der in etwas auf die Beschreibung des Exhibi-

tionisten paßte. Der sollte dann seine Jacke ausziehen, wollte aber nicht. Zwei Männer von den umstehenden Passanten hätten gesagt, man solle den Mann in Ruhe lassen, er habe nicht getan. Als die beiden Beamten den 'Verdächtigen' dennoch mit zur Wache nehmen – sprich ins Auto zerren – wollten, habe 'es' plötzlich geschossen. Die beiden Männer, die sich vorher 'eingemischt' hätten, wären plötzlich bewaffnet gewesen. Einen Schuß aus deren Waffen habe Korol aber nicht gesehen. Die wären dann abgehauen. Er hätte geschossen. Wie oft und in welcher Körperhaltung (liegend oder stehend) wisse er nicht. Er wisse aber genau, wohin er geschossen habe. Sicher sei er, daß die Kugel, die seinen Kollegen Sippel tötete, nicht aus seiner Waffe stamme. Woher die 7,65 Kugel (Polizeimunition) stamme, könne er sich nicht erklären. Wie er seine Verletzung erhalten habe (Schußbruch am rechten Handgelenk), habe er auch keine Ahnung.

Nebenbei erzählt er, daß man ihn in einem Gespräch auf den Prozeß vorbereitet habe (das Gespräch sei aber eine ganz allgemeine Zeugenvorbereitung gewesen, sagt er auf Befragen von Rechtsanwalt Funke).

Am 5. Verhandlungstag stellt sich heraus, daß Zeuge Korol vor Johannes schon Siegried Haag u.a. als Täter entlarvt hat. Es fehlen außerdem immer noch Akten. Vor allem fehlen die Phantombilder der Täter, die nach Korols Angaben gefertigt wurden. Anträge auf Unterbrechung und Beischaffung werden wieder abgelehnt. Nach der Mittagspause sind die Bilder plötzlich da. Korol erkennt, von Richter Spahn befragt. im Gerichtssaal den Täter, nämlich Detlef Schulz, mit '100 %iger Sicherheit'. Sonst erkennt er niemanden, also auch nicht Johannes. Die aufgetauchten Phantombilder sehen weder allen bisher irrtümlich identifizierten Tatverdächtigen noch Johannes oder Detlef ähnlich. Eins ähnelt aber offensichtlich verblüffend dem Staatsanwalt Rammelmeyer.

Johannes stellt einen weiteren Befangenheitsantrag gegen das Gericht. Die drei Richter und Schöffen erklären, sie seien nicht befangen. Der Prozeß wird unterbrochen bis Freitag, 3. Februar. Weitere Spurenakten sollen nachgeliefert werden. Zeit für die Akteneinsicht gibt es nicht."

**Erklärung von Johannes Roos am 3. Verhandlungstag**

*(Leicht gekürzt, da wo Johannes über seine Zwangsvorführung und die Manipulation der Belastungszeugen berichtet – siehe I 98.)*

"Das soll keine politische Erklärung sein, sondern ich werde nur kurz begründen, warum ich mich nicht zur Sache einlassen werde. Der Staatsanwalt und das Gericht haben behauptet, daß es sich hierbei um einen ganz normalen Mordporzeß handelt – der äußere Rahmen und die Sicherheitsvorkehrungen beweisen bereits das Gegenteil. ...

Bei diesem Verfahren hier geht es weniger darum, daß 2 Linke aufgrund bestimmter Aktionen im Knast begraben werden sollen, als vielmehr darum, daß der Eigendynamik des wachsenden Repressionsapparates Rechnung getragen werden muß. Bei der ständigen Mobilisierung des Staatsschutzfahndungsapparates zur Jagd auf alle Linken und den massiven Apellen an die Bevölkerung zur gegenseitigen Überwachung und Denunziation müssen auch von der Justiz Erfolge produziert werden, um den Jagdeifer zu motivieren und zu belohnen. Motiviert wird dieser Jagdeifer sicher nicht dadurch, daß es einen erschossenen Polizisten gibt, aber kein Täter dafür verurteilt wird. Also muß mit aller Gewalt ein Täter her, und es ist für die Justiz völlig uninteressant, ob es sich dabei tatsächlich um einen Tatbeteiligten handelt, oder um sonstwen. Hauptsache, man kann ihn als Täter verkaufen, ohne daß die rechtsstaatliche Fassade gänzlich zu Bruch geht. Das ist aber auch die einzige Grenze, die der Justiz momentan noch gesetzt ist. Daß man Linke immer mehr als Täter verkaufen kann, ist bekannt.

Die zweite Funktion, die dieses Verfahren hat, ist dann auch, zwei Linke für immer aus dem Verkehr zu ziehen. Was in Zukunft durch Verhängung der Sicherheitsverwahrung bei Erstverurteilung erreicht werden soll – das wird hier über den Weg der Mordanklage vorweggenommen. Die besonders auch im letzten Jahr stark zugenommene Tendenz, Genossen und Genossinen auch wegen im Grunde lächerlicher Delikte zu hohen Freiheitsstrafen zu verurteilen, diese Linie findet hier ihre perfekte Fortsetzung.

Auch hier weiß das Gericht, daß es der eben skizzierten Funktion entsprechen muß. Es kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Daß die Verhandlung im Knast stattfindet, dieses irrwitzige Sicherheitsspektakel, die Zulassung der absurden Anklage zur Hauptverhandlung – das alles beweist, daß es auch gewillt ist, den Staatsschutzerwartungen Rechnung zu tragen.

So nebenbei erfüllt dieser Prozeß noch einen weiteren Zweck. Die Öffentlichkeit soll verstärkt daran gewöhnt werden, daß politische Prozesse unter Sonderbedingungen stattfinden, was nach außen auch dadurch dokumentiert wird, daß man in Sondergerichtsgebäuden verhandelt. Daß dann auch innerhalb der Verfahren Sonderbedingungen gelten müssen, dem wird kaum noch jemand widersprechen. Daß Prozesse hier im Knast zum Dauerzustand werden, wird vom Darmstädter Landgerichtspräsidenten in schöner Offenheit gesagt. Und zwar erklärt er in einem Schreiben vom 19.12.77, (nachdem er sagt, daß dieser Prozeß aus Sicherheitsgründen nicht in Darmstadt stattfinden könne), daß er die Preungesheimer Mehrzweckhalle zur Verfügung stelle. Auf deutsch: Der Raum ist eingerichtet, (hinten wurde das gesamte Krankenrevier geräumt) also muß er auch benutzt werden.

Sicher, für sich genommen ist es ein relativ unbedeutender Schritt, politische Prozesse in Sondergebäuden abzuhalten. Aber die Sache hat ja System: Für politische Prozesse wurden spezielle Paragraphen in die STPO eingebaut, ins STGB wurden Sonderparagraphen eingefügt, die nur für Linke Anwendung finden; das Kontaktsperregesetz als deutlichster Ausdruck einer Sondergesetzgebung wurde in Rekordzeit eingeführt und außerdem verhandelt man in Sondergebäuden. Vom Prozeß im Knast mit registrierter Öffentlichkeit und behinderter Verteidigung bis zum Prozeß im Knast unter Ausschluß der Öffentlichkeit und nur noch mit Zwangsanwälten ist es nur noch ein kleiner Schritt.

Angesichts der Art der Ermittlungen, der Zulassung dieser lächerlichen Anklageschriften, der Vorverurteilung durch die Presse, der massiven Behinderung der Verteidigung (wie schon früher im einzelnen dargelegt), der Verhandlung im Knast, der damit verbundenen Behinderung der Öffentlichkeit, durch Kontrollen und Registrierung, und angesichts des politischen Drucks, dem sich das Gericht ja auch bisher schon voll unterworfen hat, ist es völlig sinnlos für mich, irgendetwas zur Sache selbst zu sagen. Das hätte keinerlei Wirkung, ich kann es mir somit schenken.

Prozesse finden nicht im Knast statt, um hinterher mit Freisprüchen zu enden!

Die Verteidigung wird dennoch während der Verhandlung die Widersprüchlichkeit der Belastungszeugen und die Unhaltbarkeit der Anklagekonstruktion aufzeigen. Darauf zu verzichten hieße, der anderen Seite kampflos das Feld zu überlassen – und so einfach wollen wir es ihr nun auch wieder nicht machen. Auch wenn das Urteil wohl nicht verhindert werden kann, so ist immerhin zu erreichen, daß Prozeß und Urteil klar als politisch erkennbar werden und nicht als Produkte rechtsstaatlicher Juristerei verkauft werden können.

Und wo ich gerade bei Sonderbedingungen bin: Die Isolationsfolter als Sonderhaftform für Linke ist ja bekannt. Das Geschwätz von Rebmann, wir würden doch in den Normal-

vollzug integriert, ist nur ein Manöver, um die Öffentlichkeit von diesem Problem abzulenken. Denn nicht die Integration in den Normalvollzug, sondern die Verschärfung der Haftbedingungen steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Seit Herbst letzten Jahres haben sich die Bedingungen für die Genossinnen und Genossen im Knast erheblich verschlechtert. Unter den Stichworten 'Verhinderung von Selbstmorden' begann ein unglaublicher Kontroll- und Überwachungsterror, der durch totale Überwachung den Gefangenen psychisch und physisch vernichten soll. Ein paar Genossen, die unter Bedingungen existieren müssen, die extrem lebensbedrohend sind, befinden sich deswegen zur Zeit im Hungerstreik.

Auch wenn in der Öffentlichkeit wenig Interesse an diesem Thema besteht, so sind die vernichtenden Haftbedingungen, denen viele Genossen unterworfen sind, nach wie vor ein brennendes Problem, das nicht unter den Tisch fallen darf!

Und ich kann hier nur wiederholen, was der Genosse Rolf Pohle gesagt hat: Menschenrechte für alle Gefangenen, hier und anderswo. Gegen den Knast im Knast, gegen weiße Folter und Mord."

## "FUSSBALL UND FOLTER - ARGENTINISCHE REALITÄT WM '78 "




BERLIN 31. Januar Im Juni '78 wird in 5 Städten Argentiniens die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen. Informationen über das Land, in dem die WM stattfindet, werden über alle Medien an die Bundesbürger herangetragen. Aber diese Informationen sind meist lückenhaft und kommen selten über Folkloristisches heraus. Da Fußball apolitisch sein soll, sind Informationen über die wirkliche Situation in Argentinien eher hinderlich.

In Argentinien herrscht seit dem 24.3.1976 eine Militärdiktatur. Eine Wirtschaftspolitik, die in extremer Weise die Lohnabhängigen belastet, hat es innerhalb eines Jahres erreicht, den Reallohn um 48 % zu senken. Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Die staatlichen Leistungen für Gesundheit, Erziehung, Wohnungsbau und Fürsorge sind deutlich verringert worden.

Zur Absicherung dieser Zustände wurden die wichtigsten verfassungsmäßigen Rechte aufgehoben. Es herrschen: Streikverbot, Militärkontrolle der Gewerkschaften, Pressezensur, Verbot jeglicher politischer Betätigung. Staatliche "Sicherheitskräfte" (Militär und Polizei) sind verantwortlich für Verfolgung, Entführung und Ermordung tausender Argentinier. Von "15.000 erlegten Subversiven", wie ein hoher Offizier sich brüstete, seien "60 Prozent Unschuldige" (Süddt.Zeitung 8.8.77). Nach Informationen von amnesty international gibt es 6.000 bis 8.000 offiziell politische Gefangene und etwa 10.000 Verschwundene (Mindesteinschätzung).

Die meisten der Verhafteten und Verschleppten werden ohne Gerichtsverfahren in Haft gehalten. Ihr Leben und ihre Gesundheit sind äußerst gefährdet, da Folter und Mißhandlungen tägliche Praxis in argentinischen Gefängnissen und Konzentrationslagern sind.

Ziel unserer Ausstellung, die bis zur WM in 24 Städten der B[illegible] läuft, soll es sein, diese zusätzlichen Informationen zu geben. Sie soll Hintergrundberichte über Argentiniens wirtschaftliche und politische Verhältnisse liefern.

Zu dieser Ausstellung erscheint ein Katalog, dessen Schwerpunkt drei Informationsblöcke sein werden:

- die gesellschaftliche Funktion des Sports, insb. des Fußballs, hier und in Argentinien;
- neben konkreten Daten über das Land soll die politische und wirtschaftliche Realität der letzten Monate des Peronismus und der Zeit der Militärdiktatur anschaulich dargestellt werden;
- im dritten Abschnitt werden die deutsch-argentinischen Beziehungen, verbunden mit einem Einblick in die argentinische Geschichte verständlich gemacht.

Die gesamte Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert, d.h. Informationsmaterial und evtl. Terminwünsche sollten so schnell als möglich uns mitgeteilt werden.

Mit einer Bestellung dieses Katalogs zum Preis von DM 5 + Porto helfen Sie mit dieses so wichtige Projekt, welches sich keiner offiziellen Unterstützung erfreut, zu unterstützen.

**Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika**
**Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. 030/ 313 50 65**

**HERAUSGEBER:**

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

**Verantwortlicher Redakteur:**
Frieder Kern - Walter Spruck

## PROZESS SCHWALL/ALBARTUS/SCHLEHUBER

DÜSSELDORF
2. Februar

*Vom Prozeßbüro erhielten wir folgenden Bericht:*

**Bericht von der zweiten Prozeßwoche vom 24. bis 27. Januar 1978**

In der zweiten Prozeßwoche ging es einmal um die Einlassung zur Sache von Enno Schwall und Hans-Joachim Schlehuber und zum anderen um die ersten Zeugenvernehmungen zum Komplex Brandanschlag auf den Aachener Gloria-Palast.

Zu Beginn des vierten Prozeßtages ließ sich Enno Schwall ausführlich zur Anklage ein. Insbesondere erläuterte er, daß und warum er mit Gerd Albartus, dem zweiten Hauptangeklagten, nach Aachen gefahren sei, und daß er dort den „Entebbe"-Film angesehen habe. Ebenso wie Gerd Albartus hat er erhebliche Kritik an diesem allgemein umstrittenen Film gehabt und wollte versuchen, durch Diskussion über diesen Film mit den Besuchern dessen Charakter aufzuzeigen, und durch kritische Öffentlichkeit seine Absetzung erzwingen. Dazu sei es nicht gekommen, weil sie sich observiert glaubten. Er bestritt jedoch, irgendetwas mit dem versuchten Brandanschlag zu tun zu haben. Ebenso ging er auch auf die weiteren Vorwürfe der Anklage ein und erklärte, daß er nicht Mitglied einer „Revolutionären Zelle" sei. Er gab weiterhin an, absolut nichts mit Plänen der Geiselnahme einer Ministerin zu tun zu haben.

Der als „Unterstützer" einer „terroristischen Vereinigung" angeklagte Schlehuber äußerte sich eingehend zu sämtlichen Anklagevorwürfen. Er schilderte, wie eine Umzugskiste in seine Wohnung gekommen war, deren strafbarer Inhalt ihm nicht bekannt war. Im Kern der Anklage gegen ihm ging es um nichts anderes, als um „Kontaktschuld" (seine Bekanntschaft mit Enno Schwall) und Gesinnungsverfolgung. Seine „terroristische Gesinnung" werde ihm von der Anklage ausschließlich über ein paar beschlagnahmte Bücher angehängt.

In den nächsten zweieinhalb Prozeßtagen wurden fünf Zeugen vernommen. Der Oberservationsbeamte Allebrodt besaß zunächst eine uneingeschränkte Aussagegenehmigung. Diese wurde im Verlauf der weiteren Vernehmung nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten erheblich eingeschränkt. Das führt zu einen dazu, daß das Verfahren unverhältnismäßig stark in die Länge gezogen wurde und wird zum anderen zur Unmöglichkeit für die Verteidigung, wichtige Fragen zu klären. Trotz der erheblichen Aussageeinschränkung verwickelte sich der Zeuge im Verlauf seiner Aussagen in erhebliche Widersprüche. So behauptete er zum Beispiel ursprünglich, er habe zweifelsfrei die beiden Hauptangeklagten in einem Kölner Lokal gesehen, und dann sei ein unbekannter Dritter dazugekommen. Am Schluß der Vernehmung mußte er jedoch einräumen, daß er es nicht für ausgeschlossen halte, Schwall sei der später dazugekommene Dritte gewesen. Zudem behauptete er ursprünglich, Albartus nicht gekannt zu haben, mußte aber später zugeben, daß er ihn von einem Foto her kannte und sogar ein Polizeifoto von ihm bei sich trug. Die Unbefangenheit dieses Zeugen erscheint vor dem Hintergrund seiner spontanen Äußerung „Ich muß ehrlich sagen, ich hätte das dem Herrn Albartus gar nicht zugetraut" als äußerst fragwürdig. Im Kollegenkreis sei über diesen Fall gesprochen worden, und er sei jetzt persönlich davon überzeugt, die beiden Angeklagten hätten versucht, den Brandsatz ins Aachener Kino zu legen.

Am dritten Verhandlungstag wird nicht die Vernehmung des Observierungsbeamten fortgesetzt, sondern Richter Wagner präsentiert den überraschten Verteidigern vier Zeugen zum Komplex Aachener Kino selbst. Dies war den Verteidigern nicht rechtzeitig bekannt gegeben worden. Sie konnten sich daher nicht detailliert auf diese Zeugenvernehmung vorbereiten.

Bei der Vernehmung dieser Zeugen ergaben sich folgende Einblicke: die Raumpflegerin des Aachener Kinos fand bei ihrer Arbeit in den frühen Morgenstunden des 4. Januar 1977 hinter der letzten Sitzreihe im Kino eine Plastiktüte. Auf diese Tüte wurde sie nur zufällig durch ein zwischen den Sitzen hervorstehendes Drahtende aufmerksam. Den Inhalt dieser schweren Tüte packte sie im Foyer aus und benachrichtigte, da sie den Eindruck gewann, es handele sich um einen gefährlichen Gegenstand, die Polizei. Eine überraschende Wende nahm die Vernehmung dieser Zeugin, als sie von einem jungen Mann berichtete, der sich am Morgen mindestens eine Stunde vor dem Kino aufhielt und sie beobachtete. Obwohl sie dieses am selben Morgen der Polizei bekanntgab, befand sich in den Prozeßakten erstaunlicherweise kein Bericht über weitere Ermittlungen zu dieser Person. Ein Antrag der Verteidigung, den Prozeß auszusetzen und die fehlenden Akten beizuziehen, wurde abgelehnt. Doch die Vernehmung wurde unterbrochen und der Bericht über die Vernehmung der Zeugin bei der Polizei zu dieser Beobachtung angefordert. Nach Ankunft dieses Berichts wurde folgendes deutlich: es gab hier aktenkundliche Ermittlungen, die das Gericht und die Verteidigung noch nicht zu Gesicht bekommen haben. Deutlich wird: nach Festnahme der beiden Angeklagten Albartus und Schwall konzentrierten sich die Ermittlungen nur noch auf deren Überführung. Weiteren Hinweisen wurde nicht nachgegangen. Der gleiche Polizist, der diese Spur nicht weiter verfolgte, erklärte sich in bezug auf Sprengstofffragen für inkompetent. Gleichwohl aber prägte er das Wort, den Begriff „Brandsprengsatz" für die Gegenstände in der Plastiktüte. Dieser Begriff – er begründet einen viel weitergehenden Verdacht als ein einfacher Brandsatz – zieht sich seitdem durch sämtliche Ermittlungen und Akten. Diese „Entschärfung" des Brandsatzes führte zu seiner Zündung. Alle Zeugen erklärten übereinstimmend, daß dabei keine Zerstörungen folgten, die auf einen Sprengsatz hindeuten würden.

**Solidaritätskonto G. Albartus u. a., Sparkasse Bochum-Querenburg, Konto-Nr. 133072991 (BLZ 43050001)**

**Prozeßbüro Albartus, Schwall und Schlehuber, Konkordiastraße 81, 4000 Düsseldorf-Bilk, Tel. 0211/396514**

## CHRISTIANIA: KLAGE ABGEWIESEN

CHRISTIANIA
2. Februar

Der oberste dänische Gerichtshof hat die Klage Christianias gegen die Regierung Dänemarks abgewiesen (siehe auch ID 208). Damit geht die Entscheidung über das Weiterleben Christianias ans Parlament zurück. Im Falle einer gewaltsamen Räumung wird ganz Dänemark über eine Telefon-Alarmkette mobilisiert. In ziemlich jeder Stadt finden gewaltfreie Aktionen (Straßentheater, Straßenfeste) unter dem Motto „Stoppt die Räumung" statt.

**Stat Christiania, Dronningensgade 14, Kopenhagen, Dänemark – Tel. (01) 57 93 57**

**„Community Action in Europe"-info BRD, c/o Schupo, Frankfurter Straße 10, 6100 Darmstadt**

## ACHTZEHN MONATE NACH DEM ELES–STREIK: GESPRÄCH MIT HASAN TÖREYEN IM KNAST

DARMSTADT/ANKARA 20. Januar *Der türkische Textilarbeiter Hasan Töreyen war 1975 beim Streik in der Strumpffirma Eles in Taunusstein aktiv, wurde danach von einem Streikbrecher provoziert, und verletzte diesen bei einer Rauferei. Jetzt sitzt er wegen versuchten Totschlags im Gefängnis. Der ID hat darüber mehrfach berichtet (Nr. 121, 163, 206). Ein türkischer Journalist hat Hasan vor einem halben Jahr im Gefängnis Darmstadt-Eberstadt besucht. Wir veröffentlichen hier das Interview, das er mit Hasan gemacht hat (aus dem Türkischen übersetzt). Nicht zuletzt deshalb, weil damals beim Eles-Streik die ganze Presse, ob gewerkschaftlich, liberal, DKP-gesinnt oder linksradikal, voller Bewunderung für die Türken war, die unter schwierigsten Umständen gegen Kälte, Polizei und Streikbrecher einen Kampf um ihre Rechte führten — als aber der Streikposten Hasan Töreyen hinter Gitter mußte, krähte kaum mehr ein Hahn danach. Und seit das Urteil bestätigt und er Strafgefangener ist, herrscht totales Schweigen, jedenfalls in den deutschsprachigen Medien. Das wollen wir zu durchbrechen versuchen, und zwar mit Hasans eigener Darstellung seiner Motive, seines Verhaltens und seiner politischen Konsequenzen.*

### SCHLECHTE ARBEIT UND ANGST BEIM UNTERNEHMER SZOR

JOURNALIST: Wie war es bei Eles? Arbeit und Lohn — die ganze Situation?

HASAN: Die meisten Leute im Betrieb haben damals zwölf Stunden gearbeitet. Es gab aber auch welche, vor allem in den unteren Lohngruppen, die Frauen, die haben 14 oder 15 Stunden gearbeitet und haben dafür 500 bis 600 DM gekriegt. Also die Lohnsituation, weil das auch nicht gewerkschaftlich und kein Tarifvertrag war, war miserabel. Es war dreckige Arbeit. Ich habe, wenn ich jedesmal — auch samstags — 12 Stunden gearbeitet habe, im Monat 1200 DM gehabt. In ähnlichen Betrieben hatten die Leute mit 5-Tage-Woche, 8 Stunden Arbeit, im Monat ebensoviel erreicht. Das war also eine miserable Ausgangsposition. Ich muß dazusagen, daß die Arbeitsbedingungen sehr dreckig waren, im Winter sehr kalt, im Sommer sehr warm, und die Frauen, die hatten meistens ihre Männer hier, aber sie hatten keine Aufenthaltsgenehmigung. Auch bei mir mußte die Frau arbeiten, ungefähr 14 bis 15 Stunden am Tag, und sie hatte ein Bruttogehalt von 1200 DM gehabt.

Ich hatte bei meinen 12 Stunden am Tag ungefähr 90 bis 95 Maschinen zu beaufsichtigen. Ich habe von ähnlichen Fabriken gehört, daß ein einzelner Stricker nur ungefähr 60 Maschinen zu beaufsichtigen hatte. Es gab auch keine Pausen. Das Mittagessen mußte während der Arbeit eingenommen werden. Urlaub? Wenn einer länger als 15 Tage Urlaub nehmen wollte, drohte der Unternehmer Szor immer mit Kündigung. Er hatte auch gute Beziehungen zu den Ärzten in der Gegend, so daß sie uns nie länger als zwei Tage krank geschrieben haben. Das war so eine miserable Situation in dieser kleinen Ortschaft im Taunus. Es kam nicht vor, daß einer mehr als zwei, drei Wochen krankgeschrieben wurde.

JOURNALIST: Was für Krankheiten und Unfälle kamen davor?

HASAN: Ich war ja in der Türkei kein Industriearbeiter, die meisten von uns waren es nicht. Ich war zum Beispiel Fahrer. Und das Stehen, 12 Stunden, das hat natürlich am Bein Schmerzen verursacht. Da war einmal die Müdigkeit, und das andere waren halt sehr starke Schmerzen an den Beinen, die lange gehalten haben, auch nach Feierabend und in den Pausen. Das war nicht nur bei mir, sondern auch durchgehend bei allen anderen, die vorher nicht stehend gearbeitet haben.

JOURNALIST: Was hattest du dir unter einem Streik vorgestellt, und wie hat die Gewerkschaft den Streik geführt?

HASAN: Ich war in der Türkei nicht an Streiks beteiligt gewesen, aber Freunde von mir waren es. Ihr wißt, wie ein Streik in der Türkei abläuft: Wir selber hatten einmal einen Streik von der Fahrergewerkschaft, und da haben wir unsere Forderungen auch durchgesetzt. Wir haben dann unsere Situation bei Eles denen von der Gewerkschaft geschildert, und die (die DGB-Gewerkschaft Textil und Bekleidung; ID) haben sich unheimlich gewundert, daß es solche Zustände noch in diesem Lande gibt. Wir haben uns dann, hundert Leute von Eles, gewerkschaftlich organisiert. Die meisten davon waren Türken, aber es gab auch einige Deutsche, Italiener und Griechen darunter. Ich hatte dabei allerdings auch unheimlich Angst, Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, denn ich hatte ja Frau und Kind. Damals gebar meine Frau ein zweites Kind, ein Mädchen, das später gestorben ist. Meine Familie arbeitete dort, aber ich mußte zunächst für uns alle das Geld verdienen.

Ich habe damals meine Frau und die Kinder in die Türkei geschickt, und als meine Tochter im Alter von vier Monaten gestorben ist, habe ich um Erlaubnis gebeten, in die Türkei zum Begräbnis zu fahren, aber der Szor hat es nicht erlaubt. Es geht nicht, hat er gesagt. Zur Geburt, da hatte ich zuhause bleiben dürfen, um für das andere Kind zu sorgen, weil meine Frau im Krankenhaus war. Aber nur für einen Tag! Am zweiten Tag mußte ich schon arbeiten.

Dann haben wir also gestreikt, und zwar mit Unterstützung der Gewerkschaft. Am ersten Tag haben wir nur eine Stunde gestreikt, so einen Warnstreik. Es waren ungefähr 100 bis 110 Leute — außer dem Taskin, mit dem ich dann Krach gehabt habe, und seiner Familie. Es waren alles Familien da. Diejenigen, die nicht Gewerkschaftsmitglieder waren, haben den Streik nicht mitgemacht. Und wir haben zwei Monate gestreikt, und haben Streikposten geschoben von morgens sechs bis abends sechs Uhr, sogar bis acht Uhr abends.

### WIE IN DEUTSCHLAND GESTREIKT WIRD

JOURNALIST: Habt ihr den Streik so geführt, wie ihr auch bei uns in der Türkei einen Streik führen würdet?

HASAN: In der Türkei hätten wir den Streik radikaler geführt. Du weißt, wenn bei uns gestreikt wird, dann läßt der Streikposten keinen rein. In den ersten drei Wochen bei Eles war die Polizei da und hat uns daran gehindert, die Streikposten dicht zu machen. Die Streikbrecher sind in den Betrieb reingegangen.

JOURNALIST: Bei uns in der Türkei muß man ja davon ausgehen, daß die Unternehmer und die Polizei Gewalt anwenden. Man muß sogar davon ausgehen, daß die Polizei angreift, und dagegen muß man sich wehren.War das beim Eles-Streik auch so?

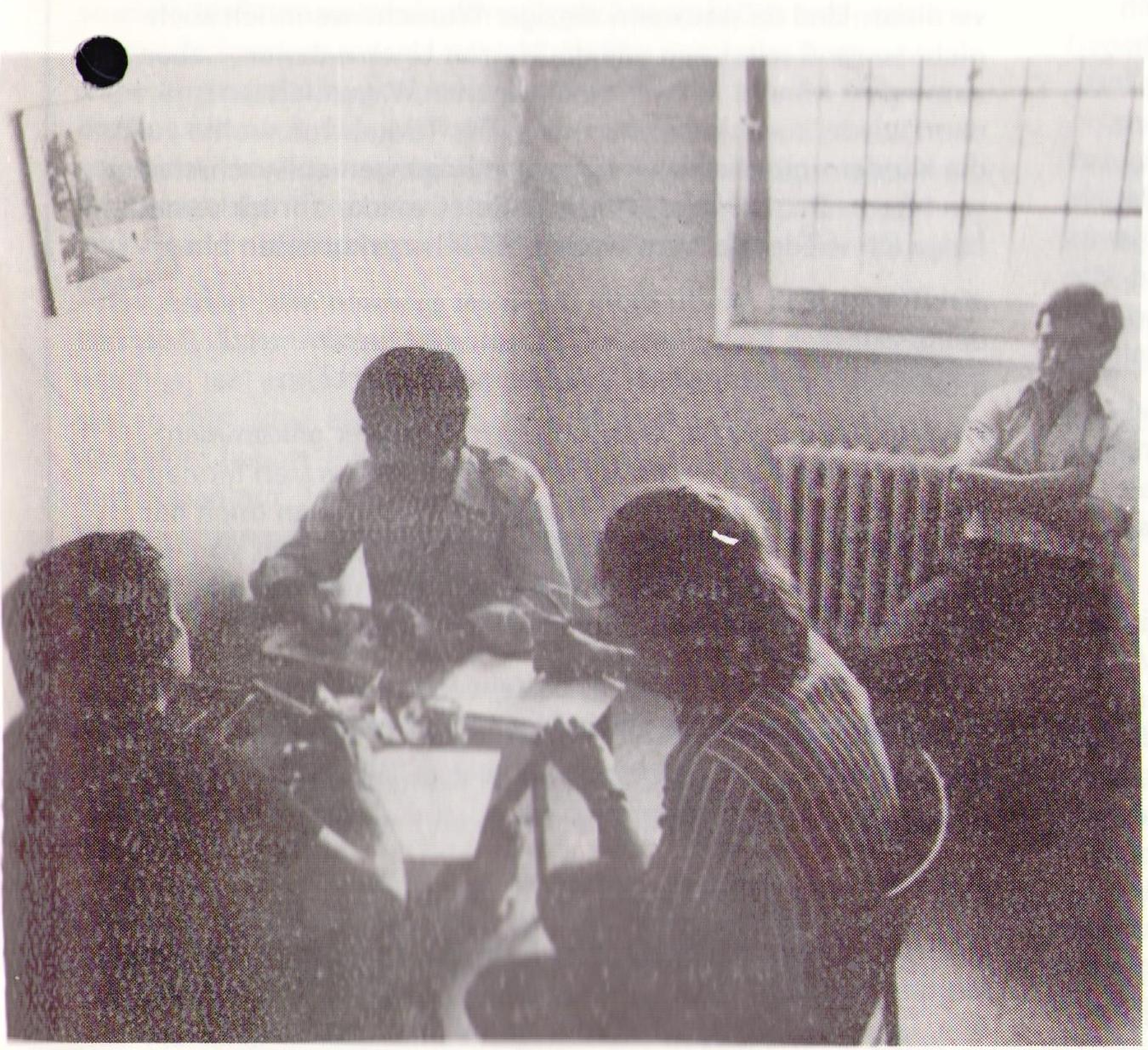
HASAN: Nein. Hier hat die Gewerkschaft von vornherein gesagt: Gegen die Polizei keine Gegenwehr. In der Türkei ist es üblich, daß Gewalt angewendet wird.

JOURNALIST: Der Streik hat keinen von euch zufriedengestellt? !

HASAN: Ich muß dazu sagen, daß sie uns gleich gekündigt haben, nachdem wir mit dem Streik angefangen hatten — die meisten, wenn auch nicht alle. Und am Ende haben die Gewerkschaftsfunktionäre gesagt: Wir haben Eure Kündigungen wieder rückgängig gemacht. Alles, was wir erreicht hatten, war, daß man die Kündigungen zurückgenommen hat.Sonst ist nichts herausgekommen.

Und früher hatte ich immer so an die 80 Vorgänge zu überwachen. Als ich zurückkam, hab ich auf einmal 95 gekriegt. Das war so indirekt die Strafe dafür, daß wir gestreikt hatten.

Auf einer Streikversammlung während des Streiks bei der Firma ELES in Taunusstein im Jahre 1975 ist auch Hasan Töreyen zu finden (links vor dem Fenster). Während des Streiks wurde er von einem Streikbrecher provoziert und verletzte diesen bei einer Rauferei. Jetzt sitzt er wegen versuchten Totschlags im Gefängnis Darmstadt-Eberstadt (Bild unten, während der Besuchsstunde)



JOURNALIST: Kannst du das noch ein bißchen beschreiben — deine Gefühle, als dieser Streik so abgebrochen wurde.

HASAN: An und für sich wollte ich gar nicht mehr in diesem Betrieb arbeiten. Aber die Familiensituation zwang mich dazu; außerdem hatten wir kein Streikgeld mehr gekriegt, nachdem der Streik auf diese Weise abgebrochen worden war (und die Arbeit noch nicht wieder angefangen hatte; ID). Sonst hätte ich dort nicht wieder gearbeitet. Aber es blieb mir nichts anderes übrig, als meine Arbeit dort wieder aufzunehmen. Es war einfach so: die Gewerkschaft hatte uns verkauft. Ich mußte unbedingt wieder dort arbeiten. Es waren auch Männer ohne Arbeitsgenehmigung da, und für die mußten wir auch arbeiten.

Wir hatten keine Nachtschichtzulage; auch nach dem Streik haben wir die nicht gehabt. Ich habe also drei, vier Tage gearbeitet und zwar von abends sechs bis morgens sechs. Und dann wollte ich nach sechs Uhr morgens weiterarbeiten, weil die finanzielle Situation so schlecht war. Um sechs Uhr habe ich also angefangen zu nähen, habe mich an die Nähmaschine gesetzt, und habe bis mittags um zwölf genäht. Das sind die Erfolge, die die Gewerkschaft für uns erkämpft hat!, habe ich mir da gesagt.

In der Näherei wird nur nach Stückzahl bezahlt, es gibt keinen Stundenlohn.

## SPANNUNGEN UND EINE PISTOLE

JOURNALIST: Wie ist denn diese Spannung aufgekommen zwischen dem Taskin und dir, zwischen den Gruppen der Streikbrecher und den anderen, wie ist sie so stark geworden? Denn viele deutsche Kollegen sagen, wir Türken seien gewalttätig, wir würden uns in Deutschland nicht anpassen.

HASAN: Ich war vor dem Streik gut mit diesem Typ befreundet gewesen, wir waren wie Brüder. Aber der hatte gearbeitet, als wir gestreikt hatten. Als wir Streikposten gestanden haben, und die sind zur Arbeit gegangen, haben wir sie ausgebuht. Als die dann wieder angefangen haben zu arbeiten, ist der in den Betrieb gekommen und hat gesagt: Ihr seid jetzt der Gewerkschaft in den Arsch gekrochen, aber jetzt habt ihr die Gewerkschaft nicht mehr hinter euch — was werdet ihr jetzt machen? Und

ich habe gesagt: hör jetzt auf mit dem Schimpfen, ich habe dich noch niemals beschimpft. Ich habe also erst mal nicht darauf reagiert, daß der immer geschimpft hat. Aber der kam extra zu mir, hat mich angefaßt, dann wollte er die Mutter ficken, dann die Tochter und so. Er war wahnsinnig nervös und agressiv. Er ist ja sechs oder sieben Jahre jünger als ich. Und ich hab' ihm gesagt: Hör auf, mach hier keinen Streit, ich habe eine Familie. Aber als diese Schimpfparade kam, mit Mutter und Tochter, das ist unheimlich beleidigend. Da war ich auch unheimlich agressiv. Da habe ich ihn gefragt: Willst du eigentlich mit mir Krach haben, eine Schlägerei, und er hat gesagt, ja, ich will eine Schlägerei haben. Da habe ich gesagt, ich gehe mal nach Hause und sage meiner Familie Bescheid, daß ich jetzt einen Krach kriegen werde. Dann kannst du deinen Krach haben. Die Familie hat mir gesagt, laß das, der haut dich kaputt, laß den ganzen Streit und arbeite weiter. Da habe ich mich auch wieder beruhigt und habe gesagt: Gut, lassen wir das mal.

Dann brauchte ich wieder Geld. Ich ging erst nicht zurück in den Betrieb, und dann bin ich mal gegangen und wollte Geld borgen von Freunden. Nächste Woche mußte ich früher arbeiten. Da bin ich um sechs zur Arbeit gegangen. Ich hab die Maschine angemacht. Die müssen zunächst erst mal eine halbe Stunde warm werden. Als ich dann arbeitete, kam der wieder, und wurde wieder unverschämt in der gleichen Art und Weise.

Die Pistole, die hatte ich als Pfand zurücklassen wollen, weil das bei uns so üblich ist, ein Pfand zurückzulassen, wenn man sich Geld borgt. Als ich da noch Zeit hatte, bis die Maschine warm gelaufen war, dachte ich, ich hole noch die Patronen raus, um die Pistole leer zu übergeben. Da kam mir der gerade entgegen, in dem Moment, wo ich die Patronen rausholen wollte. Daraufhin habe ich die Pistole hier reingesteckt. Ich hab dann gesagt: Komm, schimpf nicht hier, da sind zu viele Menschen, wenn du noch weiter schimpfen willst, komm mal raus. Wir sind beide rausgegangen. Er wollte zunächst gar nicht rausgehen. Aber vorher hat der andere gefragt: was hast du da in der Hand? Ich hab gesagt: Ich hab nichts in der Hand. Dann sind wir beide rausgegangen. Dann hab ich ihm die Pistole gezeigt und gesagt: das kann mein Ende und auch dein Ende sein. Die ist geladen, hab' ich gesagt, und hab' einmal in die Luft geschossen. In dem Moment, wo ich die Pistole wieder runtergeholt hab', hat der andere mich an der Hand gepackt und sie festgehalten. Dann haben wir uns beide angefaßt, es gab eine Rangelei. Während dieser Rangelei sind drei, vier Schüsse gefallen. Aber ich wollte ihn weder töten noch verletzen. Hätte ich ihn umbringen wollen, dann hätte ich ihm einen Schuß durch den Kopf gejagt, in dem Moment, wo wir draußen waren. Also, was ich wollte, war, daß wir uns mal wieder einigen, und daß er das, was er gesagt hatte, wieder zurücknimmt. Und das wir wieder so wie früher Freunde werden. Darauf ist die Pistole runtergefallen und da hab ich in dem Moment gedacht, ich bin gefangen, und da bin ich weggelaufen. Und da bin ich um 12 Uhr zur Polizei gelaufen und hab mich gestellt. Das ist der Vorfall.

JOURNALIST: Hattest du während des Streiks, als die Streikenden auf der einen Seite und die Streikbrecher auf der anderen Seite waren, Angst, sie würden irgendwann einmal gewalttätig gegen euch werden? Oder später, daß der andere gewalttätig gegen dich wird? Hattest du Angst?

HASAN: Davor hatten wir Angst, daß der uns angreifen würde. Wir hatten während des Streiks und auch nach dem Streik Angst wegen diesem Ausbuhen usw., daß da Spannungen da wären. Und die haben sich drinnen über die Gewerkschaft — also da waren zwei Leute, ein Türke und ein Deutscher, der eine heißt Fritz Meyer und der andere heißt Hüssein Yascuglu — und dann haben sie sich auch entschuldigt und nach dem Streik drinnen, daß es so Spannungen gegeben hat. Aber während des Streiks hatten wir auch Angst, daß sie angreifen würden.

JOURNALIST: Fritz Meyer hat vor Gericht ausgesagt: Die Spannung nach dem Streik war so hoch — das konnten Hasan und Taskin sein, das hätten auch ganz andere sein können.

HASAN: Der hat recht. Es war sehr gespannt. Da hat mancher gesagt, daß sie reingehen wollen und die anderen verprügeln und so weiter. Und ich habe gesagt: Nein, nein, so geht's nicht.

JOURNALIST: Hätte die Gewerkschaft sowas verhindern können? Hätte sie vielleicht vermitteln können zwischen Streikern und Streikbrechern?

HASAN: Ja, wir haben den Gewerkschaftsvertretern gesagt,daß sie reingehen und sich in unserem Namen entschuldigen. Aber nach meinen Informationen haben sie das nicht gemacht. Es könnte sein, wenn sie das gemacht hätten, daß es dann nicht so große Spannungen gegeben hätte.

JOURNALIST: Die Deutschen verstehen oft nicht, daß wir Türken oft auf Beleidigungen so heftig reagieren, sogar mit Waffen. Wie würdest du das einem deutschen Kollegen erklären?

HASAN: Also am besten würden die das verstehen, wenn sie einmal in die Türkei fahren würden und sich da die Situation angucken würden. Das ist bei uns halt so: die Verletzung der Ehre ist sehr schwerwiegend. Wir haben sowieso alles verloren. Wir haben gar nichts mehr. Und alles, was wir noch haben, ist die Ehre. Und die wird natürlich in der Türkei und genauso hier von uns Türken geschützt. Besitz und Eigentum, alles haben wir verloren, wir haben gar nichts.

Bei dem Prozeß sollte ein Sachverständiger aussagen, der sich in der Türkei sehr gut auskennt. Aber das Gericht hat ihn nicht akzeptiert.

JOURNALIST: Ja, ich weiß, der Richter hat gesagt: ich habe schon so viele Türken abgeurteilt, ich bin selber der beste Sachverständige!

## ALS TÜRKE IM WESTDEUTSCHEN KNAST

JOURNALIST: Kannst du ein bißchen die Situation in der Türkei schildern, aus der du kommst?

HASAN: Ich hatte sehr schlechte Bedingungen in der Türkei. Ich war Fahrer. Das war 1972. Am Tag hab ich so 20 bis 40 Pfund verdient. Bei dem Kurs sind das so 10 bis 12 Mark, also eine sehr schlechte Situation. Und hatte schon eine Frau und ein Kind. Und ich hab' die reichen Leute, die Unternehmer, beneidet. Und da hab' ich gehört, daß man in Deutschland mehr verdient. Und da war mein einziger Wunsch: wenn ich auch nicht so groß sein kann wie die Herren Unternehmer — aber zumindest könnte ich mir einen eigenen Wagen leisten und dann wieder mehr verdienen als in der Türkei. Ich wollte auch die Kinder unter besseren Lebensbedingungen aufwachsen lassen hier in Deutschland. Wenn ich jetzt wieder zurückkomme, fange ich wieder dort an, wo ich 1972 hergekommen bin.

JOURNALIST: Als du dann im Knast gesessen bist, haben sich deine früheren Kollegen von Eles um dich gekümmert? Oder hat sich die Gewerkschaft um dich gekümmert?

HASAN: Also von der Gewerkschaft ist keiner gekommen. Von den Freunden sind zwei oder drei in den ersten Monaten gekommen. Und nach sieben, acht Monaten haben mich nur Freunde besucht, die mich zwar nicht kannten, aber von dem Streik gehört hatten. Und meine Frau darf mich nur alle fünfzehn Tage besuchen. Für 15 bis 20 Minuten.

JOURNALIST: Das heißt, es besteht jetzt kein regelmäßiger Kontakt mehr zu früheren Kollegen von Eles?

HASAN: Ich habe persönlich keinen Kontakt mehr, aber die besuchen noch meine Familie mit ihren Familien.

JOUNALIST: Wie geht es Deiner Familie jetzt?

HASAN: Bis vor kurzem war es schlecht. Aber sechs, sieben Monate nachdem ich hier war, habe ich gehört, daß meiner Frau über die Gewerkschaft ein Arbeitsplatz vermittelt

worden ist. Sie ist Putzfrau. Sie kriegt 150 Mark im Monat. Sie sagen, daß es über die Gewerkschaft gelaufen ist. Aber ich denke: damit der Staat das nicht zahlt, haben sie aus meiner Frau eine Arbeiterin gemacht. Sie haben gesagt: du kannst nur sechs Monate Hilfe kriegen. Entweder du mußt in die Türkei fahren, oder du kriegst nur 6 Monate Geld (also Hilfe), also mußt du arbeiten. Die hat jetzt Arbeit gefunden. Sie hat gestern einen Brief gekriegt, sie hat eine Stelle, wo sie jetzt auch noch von 12 bis 14 Uhr arbeiten kommen muß. Das ist bei einem Kinderarzt.

JOURNALIST: Wie stehst du heute zu dem Taskin, zu dem anderen?

HASAN: Ich habe nichts von ihm gehört.

JOURNALIST: Fürchtest du Rache von ihm, wenn du hier rauskommst?

HASAN: An so was denke ich gar nicht, daß so was passieren könnte.

JOURNALIST: Hier im Knast war Ostern ein Hungerstreik. Da habt ihr was gemacht gegen die Haftbedingungen. Könntest du dazu ein bißchen was sagen?

HASAN: Wir hatten hier einen alten Freund. Der hat sich den Magen aufgeschnitten. Im Moment, wo der Schließer die Tür aufgeschlossen hat, hat er das Messer angesetzt und geschnitten. Und ich hatte gehört, daß er so was nochmal machen würde. Und da hat meine Familie mir an Ostern ein Päckchen gebracht. Die Knastverwaltung hat mir das nicht reingegeben, hat's verweigert. Meine Familie war als Besucher hier, und als Besucher darfst du nicht geben. Es waren so türkische Spezialitäten, es war Haarwaschmittel dabei, und da habe ich gesagt: wenn es wirklich was Verbotenes ist, dann gib es mir nicht, aber die Sachen brauch' ich. Und die haben es trotzdem nicht reingelassen. Dann bin ich zu meinem Arbeitsplatz gegangen — ich arbeite hier —. Und da haben sie mir das Frühstück gebracht, und ich habe gesagt: nein, ich ess' das nicht. Dieser alte Mann hat sich den Bauch aufgeschnitten. Es besteht die Gefahr, daß er das nochmal tut, und keiner kümmert sich darum. Und dann habe ich gesagt, ich mache erstmal Hungerstreik. Das hab' ich denen erzählt, damit sie dem Konsul sagen, er muß kommen. Denn der hat sich sowieso bis jetzt noch nie um uns gekümmert. Der soll mal vorbeigucken, wie es seinen Landsleuten geht. Das steht sogar als gesetzliche Pflicht in den Akten vom Konsul, aber der hat das noch nie getan. Wir haben dann ein Bittschreiben geschickt, das haben wir dem Aufseher gegeben. Darin haben wir gesagt, der Konsul soll mal vorbeikommen und das hier angucken. In den ganzen 19 Monaten war er nicht hier — wann kommt er?

Das ist typisch — wir Türken essen ja nicht so viel Kartoffeln wie hier, wir essen die ja kaum, weil es so viele andere Gemüsesorten gibt. Und als sie dann diese türkischen Spezialitäten abgelehnt haben, hab' ich einfach gestreikt! (In der Anstalt darf Hasan nur 2-mal im Jahr ein Päckchen bekommen — Weihnachten und Geburtstag!) Da war türkische Wurst drin, Schafskäse, Rinderschinken, Pistazien, Nüsse usw.
Mit dem Hungerstreik hab' ich erst alleine angefangen. Darauf hat ein anderer, der als Tourist hier war und jetzt abgeschoben ist, gesagt: alleine nützt nichts, da machen wir auch mit. Da haben wir zu dritt angefangen. Und noch einer aus Ost—Anatolien, der ist übernervös und sitzt wegen zweifachen Mordes. Der sitzt in der Zelle nebenan. Und als sie mir das Mittagessen gebracht haben, habe ich gesagt, ich will nicht essen. Und der Aufseher hat gesagt, das Essen mußt du nehmen, wenn du nicht willst, schütte ich es ins Klo. Und irgendwie — wie, weiß ich nicht — ist das Essen nicht im Klo, sondern auf dem Boden gelandet. Und daraufhin haben mich zwei Aufseher in eine Zelle reingeworfen, in eine andere Zelle. Dann haben sie mich in eine ganz andere Gegend des Knasts verschoben, wo überhaupt keine Türken waren. Da hab' ich zwei, drei Monate da gesessen.

Den Streik haben wir dann nach drei Tagen abgebrochen. Und dann habe ich noch ein Schreiben geschickt. Die hatten uns gedroht, wenn wir kein Essen zu uns nehmen, dann haben wir auch keinen Hofgang mehr, keine Freizeit mehr, auch kein Bad. Dann haben wir Angst gekriegt und den Hungerstreik abgebrochen. In der entfernten Zelle habe ich zwei Monate gesessen, und dann habe ich ein Schreiben an den Chef geschickt. Daraufhin bin ich wieder an den alten Platz gekommen.

JOURNALIST: Halten die türkischen Gefangenen hier zusammen?

HASAN: Da ist eine große Solidarität unter den Türken. Wir helfen uns gegenseitig sehr. Wenn einer keine Zigaretten hat, geben wir ihm Zigaretten. Die Deutschen verstehen das nicht, daß man auch Sachen gibt, ohne dafür etwas als Gegenleistung zu bekommen.

JOURNALIST: Wenn du hier wieder rauskommst, würdest du wieder versuchen, in Deutschland Arbeit zu finden?

HASAN: Ja, sicher. Ich sehne mich danach, hier arbeiten zu können. Ich muß einfach.

JOURNALIST: Die Zeit ist abgelaufen. Könntest du in einem Satz sagen, was für dich die Konsequenz ist aus dem Streik und den Ereignissen hinterher, weswegen du hier sitzt?

HASAN: Also den deutschen Kollegen würde ich sagen: die gewerkschaftliche Zusammenarbeit muß viel besser sein zwischen Deutschen und Türken. Die Gewerkschaft muß unsere Interessen bis zum Ende verteidigen. Wir sind nicht Spielzeuge der Gewerkschaft.

*Hasan wartet zur Zeit im Butzbacher Knast auf einen Zivilprozeß, den der seinerzeit von ihm verletzte Arbeitskollege, Taskin, angestrengt hat. Vermutlich wird er zu einem großen Schmerzensgeld, wenn auch vielleicht nicht zu der ganzen geforderten Summe von 30.000 DM verurteilt werden. Hinzu kommen Gerichts- und Anwaltskosten. Wenn er zwei Drittel seiner Strafe von viereinhalb Jahren abgesessen hat, im Oktober, droht ihm die Abschiebung in die Türkei.*

*Gegen die Arbeit, die ihm anfangs in Butzbach zugewiesen worden war — Netze knüpfen —, hat er mit Erfolg protestiert. Jetzt stellt er Autoteile her. Ein Anwalt, der ihn vor kurzem besuchte, berichtet, daß er einen ungebrochenen Eindruck macht, soweit man das im Knast sagen kann, daß er inzwischen ziemlich gut Deutsch gelernt hat, und daß er sich über Besuch sehr freut.*

Näheres über: Eles—Solidaritätskomitee, c/o G. Müller, Günthersburgallee 75, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/ 463485

Hasans Anschrift: Hasan Töreyen, JVA, Postfach 320, 6308 Butzbach.

## ZU DEN GROHNDE-PROZESSEN

HANNOVER
1. Feb. 78

*Aus Hannover erhielten wir folgende Beschwerde: "Wir sind einigermaßen sauer, daß ihr so wenig Informationen über die Grohnde-Prozesse abgedruckt habt. Wir glauben, daß die ganz schön wichtig sind ... Die Kriminalisierung der AKW-Bewegung können wir nur verhindern, indem wir viel Öffentlichkeit schaffen, die die Gerichte zwingt, die Verfahren einzustellen ..."*

*Wir meinen dazu:*
*1. Wir können die Prozeß-Berichte nur abdrucken, wenn sie rechtzeitig eingegangen sind. (D.h. bis Mittwoch Mittag, damit wir noch Zeit haben, die Sachen bis Redaktionsschluß zu bearbeiten).*
*2. Wir können nicht alle Berichte in der Form abdrucken, wie sie bei uns eingehen. Zum einen aus Platzgründen, zum anderen, weil vieles schon bei uns oder in anderen Zeitungen zu lesen war. Dies bezieht sich besonders auf sich ewig wiederholende Einschätzungen oder allgemein-politische Statements.*

*Was uns in den bisher eingetroffenen Prozeßberichten gefehlt hat, waren: persönliche Eindrücke der Angeklagten und der Zuschauer (Prozeßatmossphäre), ehrliche Berichte über Aktionen zu den Prozessen (also auch Mißerfolge) usw.*

*Im folgenden drucken wir den zusammenfassenden Bericht der Hamelner Gruppe zu den Grohnde-Prozessen ab (leicht gekürzt):*

**CHRONOLOGIE DER PROZESSTAGE GEGEN AKW-GEGNER IN HANNOVER VOR DEM LANDGERICHT**

13.1.
Karl. W. aus Kassel erscheint nicht. Daraufhin wird ein Haftbefehl erstellt. Linda E. aus Bremen wird abends, als sie mit anderen Leuten von einer Vollversammlung der BBA kommt, verhaftet. Angeblich soll seit dem 23.11.77 ein Haftbefehl bestehen. Spontane Demonstration von ca. 300 Leuten in Bremen zum Frauengefängnis.

14.1.
Demonstration in Bremen gegen die Verhaftung von Linda.

15.1.
Linda wird in die JVA Hildesheim gebracht. Abends Demonstration von ca. 400 Leuten vor der JVA.

16.1.
Rüdiger J. aus Hamburg geht nicht in das Gericht, da seine Anwälte noch nicht anwesend sind. Daraufhin stellt der Staatsanwalt sofort Antrag auf Ausstellung eines Haftbefehls. (Anwälte haben angerufen, daß sie ca. 1/4 Std. zu spät kommen würden). Als die Anwälte erscheinen zieht sich das Gericht zurück und stellt nach 3minütiger Beratung einen Haftbefehl aus. Daraufhin Demonstration mit den ca. 1000 Anwesenden durch die Stadt. Um 14 h soll eine Pressekonferenz mit Rüdiger im Raschplatzpavillon stattfinden. Sie wird von der Stadt verboten, da die Polizei Rüdiger herausholen will. Daraufhin Demonstration zu einem anderen Ort, wo diese Pressekonferenz stattfinden soll. Findet aber durch die massive Polizeianwesenheit nicht statt. Rüdiger verläßt unerkannt die Demonstration.

17.1.
Karl erscheint wieder nicht. Daraufhin werden gegen Helmut aus Lüchow-Dannenberg, gegen Andreas aus Göttingen und gegen Christian aus Hamburg Haftbefehl erlassen.

19.1.
Rüdiger erscheint im Gericht. Nach Antrag des Verteidigers wird der Haftbefehl aufgehoben. Danach erklärt der Anwalt (Pflichtverteidiger), daß er sein Mandat in Übereinstimmung mit dem Angeklagten niederlegen will, da daß Vertrauensverhältnis gestört sei durch die unterschiedliche Prozeßstrategie. Gleichzeitig teilt er dem Gericht einen neuen Anwalt des Vertrauens mit. Der Antrag wird abgelehnt. Daraufhin zieht der Pflichtverteidiger sich aus dem Saal zurück, obwohl ihm angedroht wird, daß er die Kosten für die Verzögerung des Prozesses tragen müßte. Das Gericht bestellt innerhalb ca. 1/4 Std. einen neuen Pflichtverteidiger, der von Rüdiger abgelehnt wird, weil er zu diesem kein Vertrauen hat. Das Gericht besteht aber auf Beibehaltung des "Zwangsverteidigers". Danach wird wieder Haftbefehl erlassen, weil Rüdiger erklärt, daß er diesem und jedem anderen Gericht die Kompetenz abspricht, in dieser Sache ein Urteil zu fällen.

Am selben Tag sind wir morgens um 8.00 h in Hannover in die Marktkirche gegangen. Wir haben Infotische aufgebaut, Videofilme über den Kampf gegen AKWs (z.B. Grohnde 19. 3.77) gezeigt. Es wurden Transparente an der Kirche angebracht. Der Besuch dauerte 2 Tage. Mit dieser Aktion wollten wir Öffentlichkeit herstellen, was uns auch gelungen ist. Nach einer Stünde waren die ersten Presseleute da. Am 2. Tag lief morgens um 11.00 h ein Live-Interview im NDR I. Pastoren dieser Kirche gaben öffentliche Solidaritätserklärungen zu den Grohnde-Angeklagten ab. Andere Arbeitskreise der Kirche schlossen sich an. Am Samstag, den 21.1., war in Hannover eine Demonstration mit ca. 700 Leuten. Während der ganzen Zeit liefen Straßentheater und Straßenmusik. Wir beschlossen, spontan, im Anschluß eine Aktion am Knast in der Schulenburger Landstra. zu machen. Dort sitzen Rüdiger und Jerry, der im Zusammenhang des Anti-Atomdorfes Grohnde verhaftet wurde und seitdem inhaftiert ist. Wir, ca. 150 Menschen, zogen um den Knast herum, sangen und riefen Parolen wie: Freiheit für Rüdiger und Jerry – Freiheit für Alle! Aus den Knastfenstern wurden Anti-Atom- und andere Fahnen gehißt, Fackeln aus den Fenstern geworfen. Zu diesem Zeitpunkt wurde in Hamburg von einer Demo heraus die Petrikirche besetzt, aus Protest gegen die Grohnde-Prozesse und die ausgesprochenen Haftbefehle gegen AKW-Gegner.

20.1.
Haftprüfungstermin wegen Linda in Hameln. Gegen 10.000 DM soll sie freigelassen werden. Die Staatsanwaltschaft legt aber Berufung ein, der stattgegeben wird.

23.1.
Andreas aus Göttingen erscheint zum Gerichtstermin. Zuerst stellt der Rechtsanwalt u.a. wegen der Zuschauerkontrollen diverse Anträge, die aber alle abgelehnt werden. Dann wird ein Befangenheitsantrag gegen die Berufsrichter gestellt. Begründung: die Sicherheitsanordnungen im Saal und vor dem Gerichtsgebäude stehen in einem vertraulichen Papier, in das nur noch der Name des Angeklagten eigetragen werden muß, was eine Vorverurteilung des Angeklagten bedeutet. Der Antrag wird durch eine andere Kammer abgelehnt. Danach gab der Richter dem Staatsanwalt das Wort zur Verlesung der Anklageschrift, ohne den Verteidiger vorher zu fragen, ob er noch weitere Anträge hat (Es gab noch Anträge.). Dann liest Andreas seine Erklärung vor, woraufhin der Verteidiger Antrag auf Einstellung des Verfahrens stellt, der aber abgelehnt wird.

Linda wird gegen 10.000 DM Kaution freigelassen.

26.1.
eiter Prozesstag gegen Andreas. Zuerst Antrag auf Einsicht in die Sicherungsakte, der aber abgelehnt wird. Daraufhin wird ein Beschwerdeantrag gestellt. Der Prozeß wird deshalb um eine Woche vertagt.

26.1.
Rüdiger wird zu spät vorgeführt, da die Vollzugsbeamten von dem Gerichtstermin nichts wußten. Als erstes wird ein Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gestellt, mit dem die Staatsanwaltschaft einverstanden ist. Das Gericht behält sich aber die Entscheidung bis zum Termischluß vor, da noch zwischenzeitlich Erkundigungen eingezogen werden müßten. Daraufhin wird ein Befangenheitsantrag gegen die drei Berufsrichter gestellt, da sie den Haftbefehl ohne Grund aufrechterhalten. (Voreingenommenheit der Richter). In den Verhandlungspausen werden Anti-AKW-Lieder gesungen. Dann wird der Befangenheitsantrag abgelehnt. Nun wieder Antrag auf sofortige Aufhebung des Haftbefehls, woraufhin sich die Richter wieder zur Beratung zurückziehen. Währenddessen werden wieder Lieder gesungen, weshalb der Richter das Publikum raus-

schmeißen läßt (zwei vorübergehende Festnahmen). Dadurch wird die Öffentlichkeit für die letzte Stunde ausgeschlossen. Dann wird der Haftbefehl ausgesetzt mit der Auflage, daß Rüdiger dreimal wöchentlich ohne Begleitung bei der Polizei in Hamburg sich melden muß. Die Hamburger AKW-Gegner begleiten ihn natürlich trotzdem dabei, beim ersten Meldetermin waren es etwa 50 Begleiter.

– 3. 2. nächster Termin –

27.1.

Gerd (Jerry) aus Hameln wird aus U-Haft vorgeführt, in der er sich seit einem halben Jahr(!) wegen eines verhältnismäßig geringfügigen Diesbstahls befindet. Der Rechtsanwalt teilt dem Gericht mit, er habe gegen den Staatsanwalt Dienstaufsichtsbeschwerde mit dem Ziel seiner Abberufung eingelegt, er beantragt deswegen die Vertagung des Verfahrens. Die Verhandlung wird für ca. eine Stunde unterbrochen. Währenddessen wird der Oberstaatsanwalt befragt, der die Beschwerde abweist. Der Rechtsanwalt kündigt an, er werden Beschwerde bei der nächsthöheren Instanz einlegen und stellt nochmals deren Gründe dar: Der Staatsanwalt hatte sich beim Antrag auf Haftbefehl auf einen Spitzelbericht berufen, daß die Angeklagten eine Absprache getroffen hätten, nicht zu den Prozessen zu erscheinen. Der Rechtsanwalt bestritt zwar die Richtigkeit dieses Berichts, machte aber darauf aufmerksam, daß sich daraus ergeben, daß der Staatsanwalt sich offenbar über Gespräche berichten lasse, die der Vorbereitung der Verteidigung dienten, und somit eine geordnete Verteidigung unmöglich mache. Die Richter verhandelten trotzdem weiter. Der Rechtsanwalt stellt nun einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht: Die Richter hatten bereits angekündigt, Jerrys Strafe in diesem Prozeß werde dann mit seiner alten Strafe zu einer Gesamtstrafe zusammengelegt. Daraus ergeibt sich: Für die Richter ist vor dem Prozeß schon klar, daß Jerry eine Strafe erhalten wird, fraglich ist nur noch deren Höhe. Die Kammer, die über die Befangenheit urteilen soll, ist mit einem anderen Grohnde-Prozeß befaßt und wird ebenfalls vom Rechtsanwalt als befangen abgelehnt. Eine weitere Kammer beschließt nacht mehrstündiger Beratung, daß alle Richter nicht befangen seien, denn sie hätten sich nur unmißverständlich ausgedrückt und alles in Wirklichkeit ganz anders gemeint.

## GROSSDEMONSTRATION IN HANNOVER

Auf einer Vorbereitungskonferenz in Göttingen wurde beschlossen, am 25.2.78 in Hannover eine bundesweite Demonstration gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegner durchzuführen.

Alle Bürgerinitiativen und Einzelpersonen werden gebeten, Infostände, Musik, Theater und ähnliches mitzubringen. Gemeinsames Treffen dieser Gruppen ist um 9.00 h am ZOB (beim Raschplatz hinterm Hauptbahnhof). Von da aus werden die Gruppen an verschiedene Orte in der Stadt gewiesen. Um 12.30 h sollen sich dann alle Leute zu einer Demonstration durch die Innenstadt und am Gericht vorbei (vielleicht auch zum Knast) versammeln. Der Treffpunkt steht noch nicht fest. (vielleicht Kröpcke). Danach Kundgebung, auf der Angeklagte, Vertreter der Ermittlungsausschüsse und eine bekannte Persönlichkeit reden. Abends soll dann eine große Diskussionsveranstaltung über unsere weiteren Schritte zur Verhinderung der Prozesse und des Atomprogramms stattfinden (vielleicht in der Niedersachsenhallte). Außerdem soll noch ein Musikgruppentreffen stattfinden.

Prozeßtermine:

2. Linda Engelbert (2. Tag) Amtsgericht Hameln
8.2. Andreas
14.2. Christian G.
16.2. Christian Matschkus (1.Tag)
2.3. Norbert Iwan (1. Tag) Landgericht Hannover
23.3. Matthias Künzel (1. Tag) Hameln;
6.4. Wolfgang Giesler (1.Tag)

Beginn immer um 9 h

Die bereits angelaufenen Prozesse werden ebenfalls fortgesetzt. Im und vor dem Gerichtssaal war es in letzter Zeit sehr ruhig. Heute, am 1. Februar, waren sogar noch 25 Plätze frei. Da noch mehr Leute als die Hannoveraner in Grohnde dabei waren, wäre es ganz gut, wenn ihr euch mal einen Tag frei nehmt, um nach Hannover zu fahren. Schlafplätze organisiert das Atom-Info-Zentrum!

**Kontaktadresse:**
**Atom-Info-Zentrum, Kornstr. 30, 3 Hannover 1, Tel. 0511/ 715033**
**Für die Prozesse in Hameln: Tel.: 05151/30 17**

## TRUPPENÜBUNGSPLATZ IN DER MAINSCHLEIFE – REVISITED

*NORDHEIM/ MAINSCHLEIFE 30. Januar* *Von Umweltschützern aus dem Lichtenmoor erhielten wir folgenden Reise- und Erfahrungsbericht über einen Besuch beim geplanten Truppenübungsplatz bei Nordheim in Mainfranken (s. ID 209/210). In einem Begleitschreiben dazu heißt es:*

*Wir waren gestern in Nordheim, und wir haben eine unheimliche Wut im Bauch, weil dort die wirklich schöne Landschaft total zerstört wird. Wir haben den Eindruck, daß die Nordheimer irgendwie allein dastehen und es müßte doch in Unterfranken ein paar Umweltschützer und Antimilitaristen geben, die die Nordheimer auch praktisch unterstützen können. Wir selbst wohnen weit weg und sind leider keine Berufsrevolutionäre.*

Samstag, den 28. Januar, waren wir im schönen Mainfranken, in Nordheim an der Mainschleife. Wenn man von der Vogelsburg runterschaut, sieht man unten am Hang das Dorf Eschern-dorf und am anderen Ufer des Mains Nordheim, ein kleines Dorf mit 900 Einwohnern. Zwischen dem Dorf und dem Mainufer sieht man Baufahrzeuge, Bagger, Schieber, Lastwagen, zusammengeschobene Wurzeln und Büsche, große Erdhügel und planierte Flächen.

Wir hatten im ID gelesen, hier soll ein Truppenübungsplatz für Wasserfahrzeuge eingerichtet werden und der Platz wäre von der Nordheimer Bevölkerung umzäumt und besetzt worden. Wir fuhren hinunter, um es von der Nähe zu sehen. Mit einer kleinen Fähre kommt man für eine Mark von Eschern-dorf nach Nordheim über den Main. Am anderen Ufer steht ein großes Schild: "Rettet die Mainschleife". Wir fuhren dorthin, wo die Baumaschinen stehen und sehn was da angerichtet war. Über Spargel und Erdbeerfelder die Spuren der Raupenfahrzeuge, der Mutterboden der Gemüsefelder weggeschoben, die Zerstörung hat bereits begonnen. Dies ist hier die einzige ebene Fläche in der Gegend, ringsherum hohe Weinberge, hier unten wird das Gemüse angebaut. Uns fällt auf, daß das Mainufer nicht befestigt ist, also der Main hier noch seinen natürlichen Verlauf nimmt. An der Straße nach Volkach steht eine stabile Holzhütte, der Straße entlang ist von Baum zu Baum ein uralter Stacheldraht gezogen, gelbe Kunstdüngersäcke sind daran gebunden, damit man ihn überhaupt sieht. Hier wieder große Schilder: "Weininsel - ja; Militärinsel - nein" und "Dieser Platz wurde von Nordheimer Winzern besetzt".

Aber die Holzhütte ist verschlossen und verlassen.

Wir gehen ins Dorf und besuchen einen Winzer. Er erzählt uns, daß seit dem 12. Januar weitergearbeitet wird. Wir sagen ihm, daß wir gehofft hatten, auf dem Platz Leute zu treffen, weil der doch besetzt ist.

Ja, das ist jetzt nicht mehr so einfach", sagt er. Inzwischen ist nämlich der erste Schritt zur Enteignung gelaufen, die Besitzeinweisung an den Bund. Das Gelände gehört jetzt formal also der BRD und die Winzer können zwar Widerspruch

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID war am Donnerstag

Nr. 215

einlegen, aber dieser Widerspruch hat keine rechtlichen Folgen (Vorher gehörte das Gelände der Gemeinde Nordheim und 60 Winzer hatten es gepachtet.). Deshalb trauen wir uns nicht mehr aufs Gelände, denn die Gegenseite hat mit hohen Geldstrafen gedroht, wenn wir die Bauarbeiten behindern und das bedroht unsere Existenz. Ja es sieht schon traurig aus. Vorher hatten wir das Gelände selbst eingezäunt und Schilder aufgestellt. 'Verbotener Weg. Die Ortspolizei'. Diese Schilder stellen wir im Sommer in die Weinberge, damit uns keiner die Trauben klaut. Die Schilder und die Hütte werden jetzt noch geduldet, weil sie noch nicht stören.

Jetzt versuchen wir gegen die 'Besitzeinweisung' nicht nur Widerspruch einzulegen, sondern auch zu klagen. Am Mittwoch, den 1. Februar machen wir Winzer eine Demonstration zum Baugelände."

Wir fragten, wie es denn aussieht mit der Unterstützung durch die Umweltschutzgruppen aus Würzburg. "Ja, die rufen öfter mal an, fragen wie's steht und sagen wir sollen so weitermachen. Sonst helfen die uns nicht viel, wir haben Flugblätter gedruckt und werden die noch nicht mal los, es wär' ganz gut, wenn die mal in der Stadt verteilt würden," meint er.

In Nordheim sind alle gegen das Truppenübungsgelände, die anderen Dörfer fühlen sich nicht betroffen. Seit über 2 Wochen wird gebaut, obwohl das Gericht über den Bau noch gar nicht entschieden hat. Das Urteil wird erst Ende Februar/März erwartet. So werden von der Bundesregierung & Bundeswehr einfach Tatsachen geschaffen. Morgen ist Montag und die Zerstörung der Mainschleife geht weiter.

Die offizielle Kontaktadresse der Bürgeraktion Nordheim ist **H Christ, Haus Nr. 84, 8711 Nordheim.**

## DGB-VORSTAND FÜR KERNENERGIE – Jetzt erst recht: ‚GEWERKSCHAFTER GEGEN AKW's'

HAMBURG 10.Januar Seit dem 10.November 1977 setzt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund für die Atomenergie ein. Auf einer Großkundgebung im Dortmunder Stadion wurde diese Neuorientierung unter dem Beifall von 30 000 Menschen bekanntgegeben. Allen voran marschierten die Vorstände der Einzelgewerkschaften Bau, Steine,Erden; Bergbau und Energie; Öffentliche Dienste,Transport und Verkehr.

Adolf Schmidt (SPD-Mitglied, Vorsitzender der IG Berg-Bau) erklärte u.a.: „Bürgerinitiativen, die den Bau moderner Kraftwerke verhindern, sind in Wahrheit keine Umweltschützer... Die Zukunft unseres Landes darf nicht allein von den Theoretikern entschieden werden. Es gibt schon einen Unterschied zwischen warmer Studierstube und der kalten Realität unseres Arbeitsalltags."So etwas sind demagogische Ausfälle, die allerdings die Zustimmung vieler Kreise erhielten. So von der ‚Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung', breiten Kreisen der Presse, ganz zu schweigen von der Atomindustrie selber.

Zurechtgerückt werden muß allerdings, daß es sich um eine (wie Schmidt es verkündete) Kundgebung gehandelt habe, bei der die ‚Arbeitnehmer nicht mehr die schweigende Mehrheit" seien! Zu sehr bekannt wurde mittlerweile, daß eine Unmenge von Betrieben ‚ihren' Arbeitnehmern bezahlt frei gaben, ja ihnen sogar Reisespesen zahlten. So geschehen bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken, bei Hartmann & Braun in Frankfurt oder der Kraftwerks-Union. (siehe dazu Frankfurter Rundschau vom 11.11.77).

UNSERE INITIATIVE IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Die Mitglieder unserer Bürgerinitiative ‚Angestellte gegen AKW's' setzt sich hauptsächlich aus Gewerkschaftern und einigen Betriebsräten der Gewerkschaft Handel,Banken,Versicherungen zusammen. Wir arbeiten innerhalb der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe in Hamburg.
Seit es den Kampf gegen das neuere Atomenergieprogramm gibt, hat es innerhalb der HBV nicht eine einzige Mitglieder- oder Delegiertenversammlung gegeben, wo die Vorstände unserer Gewerkschaft einmal von sich aus das Thema ‚Gewerkschaften und AKW's' reingetragen hätten.
Seit Ende 1976 erschienen im HBV-Organ ‚ausblick' ganze zwei Artikel über die Kernenergie, die sich um eine klare Haltung herumdrücken.

Daß sich unsere Initiative bei der HBV entwickelte, hat natürlich auch damit zu tun, daß in ihr nicht Kollegen der KWU u.ä. organisiert sind. Es wurde so von rechten Betriebsräten und den Unternehmern kein direkter Druck ausgeübt.

Aber nach den DGB-Thesen und Beschlüssen zur Kernenergie muß auch HBV (wie jede Einzelgewerkschaft im DGB) diese Orientierung laut Satzung übernehmen. So haben wir mit einiger Spannung auf den ‚ausblick' im Dezember gewartet. Er enthielt aber wiederum kein Sterbenswörtchen. Wenn man also das Thema überhaupt disktuieren will, muß man entsprechende Initiativen an der Basis starten, wo wir selber vertreten sind.

Im November/Dezember 1977 stellte sich bei Mitgliederversammlungen der Fachgruppen ‚Großhandel' und ‚Wirtschaftsdienste' heraus, daß jeweils der größte Teil der Gewerkschafter den Pro-AKW-Kurs nicht billigte. Schon gar nicht die Argumente von sicheren Arbeitsplätzen durch AKW's (in unserem Bereich wird kräftig rationalisiert – vgl. ID 214!) Verabschiedet wurde eine Resolution, in der es heißt:

Die Kampagne ‚Gewerkschafter gegen AKW's hat unter Gewerkschaftern Unterschriften gegen AKW's gesammelt und am 9.Januar eine Kundgebung veranstaltet (siehe ID 211/212), auf der unter anderem der Betriebsratsvorsitzende des Reynolds-Aluminiumwerks Hamburg und viele ausländische Gewerkschafter gegen Atomenergie sprachen.

Kontaktadresse:
**Bürgerinitiative Angestellte gegen Atomkraftwerke,**
**c/o Rainer Zwanzleitner,Bahrenfelder Steindamm 70**
**2000 Hamburg 50**